

»Aufgeben ist keine Option!«

**Dokumentation über 40 Jahre Einsatz für Chancengerechtigkeit
und gleichberechtigte Teilhabe**

Ausländerbeirat

Integrationsrat

Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration

1985 – 2025

»Aufgeben ist keine Option!«

Dokumentation über 40 Jahre Einsatz für Chancengerechtigkeit und gleichberechtigte Teilhabe

Ausländerbeirat

Integrationsrat

Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration

1985 – 2025

Impressum

Herausgegeben vom Integrationsrat Köln

Konzeption und Texte: Andreas Vetter

Lektorat: Barbara Piontek

Layout: Georg Bungarten

Barrierefreies PDF: Benjamin Brandt

Druck und Bindung: Stadt Köln

Dank an

DOMiD – Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland

sowie dem Historisches Archiv der Stadt Köln

für die Möglichkeit des Studiums der Unterlagen und die Bereitstellung des Bildmaterials

Quellen

Sitzungsunterlagen des Ausländerbeirates und des Integrationsrates
eingesehen im Historischen Archiv der Stadt Köln und im städtischen Ratsinformationssystem,

Schriftreihe »Aktuelles – Informationen des Kölner Ausländerbeirates«,
herausgegeben von Stadt Köln, Ausländerreferat,

Handreichung »Arbeit der Integrationsräte in Nordrhein-Westfalen«
herausgegeben vom Landesintegrationsrat NRW.

Veröffentlichungen und Unterlagen des Integrationsrates Köln

1. Auflage März 2025

2. Auflage Juni 2026

INTEGRATIONS RAT
Köln



Mit freundlicher Unterstützung der Stadt Köln und
des Landesintegrationsrates NRW



Stadt Köln

Landesintegrationsrat



Inhalt

- 6 Grußworte
Tayfun Keltek, Vorsitzender des Integrationsrates Köln
Torsten Burmester, Oberbürgermeister der Stadt Köln

- 10 Statements politischer Akteur*innen
40 Jahre Ausländerbeirat/Integrationsrat

- 13 Zu dieser Dokumentation

- 14 Wer würde denn sonst was sagen ...
warum ein Ausländerbeirat/Integrationsrat/Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration so wichtig ist!

- 18 Jedes Gremium lebt von seinen Akteuren ...
Tayfun Keltek – die treibende Kraft von Beginn an.

- 21 Der Ausländerbeirat und der Integrationsrat in Köln von 1985 bis 2025
eine Chronologie.

- 110 Eine persönliche Anmerkung zum Schluss

- 111 Bildnachweise
- 112 Register »Im Blickfeld« und Wahlen Ausländerbeirat und Integrationsrat
- 113 Aktuelle Rechtsgrundlagen



Grußwort Tayfun Keltek

Vorsitzender des Integrationsrates Köln

Liebe Mitstreiter*innen,

seit 40 Jahren setzt sich der Ausländerbeirat/Integrationsrat für die Rechte und Interessen von Kölner*innen mit internationaler Familiengeschichte ein. Dieses Jubiläum ist ein bedeutender Meilenstein und ein Anlass, die Erfolge zu würdigen, aber auch den Blick – wie immer – nach vorne zu richten.

Die Kölner Gesellschaft ist geprägt von Vielfalt. Menschen mit einer internationalen Familiengeschichte tragen mit ihren Erfahrungen, ihrem Engagement und ihren kulturellen Prägungen zur Entwicklung unseres gemeinsamen Lebensraums bei. Doch noch immer erleben viele von ihnen Herausforderungen – sei es in der Bildung, im Arbeitsmarkt oder im gesellschaftlichen Zusammenleben. Gerade deshalb ist der Integrationsrat unverzichtbar: Er setzt sich dafür ein, dass diese Lebensrealitäten anerkannt, ernst genommen und politisch berücksichtigt werden. Auf diesem Weg haben wir dicke Bretter gebohrt. Mit Erfolg! Sei es, dass wir die interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung mit vielen Vorschlägen vorangebracht haben, sei es, dass wir auf die Bedeutung der Mehrsprachigkeit u. a. mit der Gründung des »Verbunds Kölner Europäischer Grundschulen« hingewirkt haben.

Ein zentrales Anliegen unserer Arbeit ist es, dass Menschen nicht zwischen ihrer Herkunft und ihrer Zugehörigkeit zu unserer Gesellschaft wählen müssen. Identität ist vielschichtig – und es ist unsere Aufgabe, eine Gesellschaft zu gestalten, in der alle Menschen ihre Wurzeln wertschätzen und gleichzeitig als gleichberechtigter Teil der Gemeinschaft anerkannt werden. Herkunft darf kein Hindernis sein – sie ist eine Bereicherung. Der Integrationsrat hat die Aufgabe, die Potentiale der Menschen für ein zukunfts-fähiges Köln politisch zur Geltung zu bringen, nicht zuletzt haben wir in dieser Wahlperiode den Ratsantrag »Identität stärken – natürliche Mehrsprachigkeit fördern« durchgesetzt.

In einer Gesellschaft, die von Vielfalt geprägt ist, braucht es starke Stimmen, die für Chancengerechtigkeit, gegenseitigen Respekt und gesellschaftlichen Zusammenhalt eintreten. Der Integrationsrat ist diese starke Stimme und ein unverzichtbarer Akteur, um die Anliegen der Kölner*innen mit internationaler Familiengeschichte in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen und so eine postmigran-tische Stadtgesellschaft zu gestalten.

Mein herzlicher Dank gilt allen, die sich in den vergangenen 4 Jahrzehnten für den Integrationsrat eingesetzt haben: den Mitgliedern, Unterstützenden und Kooperationspartnern. Ihr Engagement hat dazu beigetragen, dass der Integrationsrat ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Stadt geworden ist. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam weitergehen – für eine Gesellschaft, in der Vielfalt als Stärke verstanden wird.



Euer Tayfun Keltek



Grußwort Torsten Burmester

Oberbürgermeister der Stadt Köln

Sehr geehrte Leser*innen,

40 Jahre Integrationsrat – das ist ein Anlass, zurückzublicken und zugleich nach vorne zu schauen. Diese Dokumentation würdigt vier Jahrzehnte Einsatz für Chancengerechtigkeit, politische Teilhabe und gleichberechtigte Mitwirkung in unserer Stadt.

Seit der Gründung des Ausländerbeirats im Jahr 1985 haben sich viele Menschen ehrenamtlich in diesem Gremium engagiert. Sie haben Verantwortung übernommen, Interessen vertreten, Debatten angestoßen und dafür gesorgt, dass die Perspektiven von Kölner*innen mit internationaler Familiengeschichte in der Stadtpolitik gehört werden. Dafür gilt Ihnen mein ausdrücklicher Dank.

Die Entwicklung vom Ausländerbeirat über den Integrationsrat bis zum heutigen Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration zeigt, wie sehr sich unsere Stadtgesellschaft verändert hat. Viele Menschen mit internationaler Familiengeschichte sind längst selbstverständlicher Teil Kölns. Sie prägen unsere Stadt in der Wirtschaft, in der Kultur, in der Verwaltung, in Vereinen, in Nachbarschaften und im täglichen Zusammenleben. Köln wäre ohne diese Vielfalt nicht die Stadt, die sie heute ist.

Zugleich bleibt Integration eine wichtige kommunale Aufgabe. Denn Köln wächst, Menschen kommen neu in unsere Stadt, bringen Erfahrungen, Sprachen, Fähigkeiten und Hoffnungen mit. Chancengerechtigkeit bedeutet, allen Menschen faire Möglichkeiten zu eröffnen: zur Bildung, zur Arbeit, zur Mitgestaltung und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Davon profitiert unsere ganze Stadt.

Ich danke allen, die diesen Weg in den vergangenen 40 Jahren mitgegangen sind – den früheren und heutigen Mitgliedern des Gremiums, den Mitarbeitenden der Verwaltung und allen, die sich für ein offenes, gerechtes und solidarisches Köln einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

**Torsten Burmester**

Oberbürgermeister der Stadt Köln

40 Jahre Ausländerbeirat / Integrationsrat – Statements politischer Akteur*innen

Ahmet Edis, GOL, stellvertr. Vorsitzender

»Seit 40 Jahren setzt sich der Kölner Integrationsrat für eine vielfältige, gerechte und weltoffene Stadtgesellschaft ein. Er gibt BIPOCs, PoCs und Menschen mit internationaler Familiengeschichte eine starke Stimme, empowert sie und setzt sich u. a. für mehr Chancengerechtigkeit und die rassismuskritische Öffnung von Verwaltung und Institutionen ein. Besonders wichtig ist seine Rolle für diejenigen, die sonst keine wahrnehmbare Stimme in der Kommunalpolitik und kein Wahlrecht haben. Die Arbeit des Integrationsrats ist somit auch nach über 40 Jahren ein unverzichtbarer Beitrag für mehr politische Teilhabe, Sichtbarkeit und Solidarität in Köln.«

Abdullah Aydik, Dein Köln

»Der Integrationsrat ist das offene Ohr für Migranten, das sich mit den wahren Problemen dieser Personengruppe beschäftigt.«

Carine Weber, Kölner Verbund

»Der Integrationsrat ist wichtig, weil er als Gremium stellvertretend für die Diversität der Stadt Köln steht und sich engagiert für die Belange von Menschen mit Migrationshintergrund einsetzt. In Köln haben rund 40 % der Einwohner*innen – deutlich mehr als der Bundesdurchschnitt von knapp 30 % – einen Migrationshintergrund. Als weltoffene Stadt profitiert Köln von dieser Vielfalt. Es ist daher essenziell, sie anzuerkennen und insbesondere das damit verbundene Potenzial wertzuschätzen. Doch auf Worte müssen Taten folgen. Für die Zukunft wünsche ich mir als Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung der Vielfalt Kölns, einen Integrationsrat mit mehr Entscheidungskompetenzen.«

Gönül Topuz, SPD-Liste

»Die Umsetzung der Antirassismusbearbeitung in den Behörden ist noch nicht vollständig abgeschlossen. Daher bedarf es eines starken Integrationsrates, um diese Arbeit politisch weiterzuentwickeln.«

Luziano González Tejón, Einzelbewerber

»Der Integrationsrat ist wichtig, damit unsere Herkunftssprache und -kultur einen Platz in der Politik der Stadtverwaltung finden. Unsere vielfältige Identität soll gestärkt und respektiert werden und nicht nur als anekdotisch, sondern als eine Bereicherung für die Stadt Köln angesehen werden. Dafür setzen wir uns täglich im Integrationsrat ein.«

Turan Özküçük, SPD-Liste

»Der Weg von der 'Arbeitsgemeinschaft zur Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen' der 70er Jahre, über den Ausländerbeirat und Integrationsrat zum Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration war lang und steinig. Er wurde überwunden dank der geduldrigen Überzeugungsarbeit vieler Akteure. Vor allem aber dank der Ausdauer und Innovationskraft von Tayfun Keltek. Ohne ihn und seine unermüdlichen Aktivitäten hätten die Menschen mit internationaler Familiengeschichte heute weder in Köln noch in NRW den heutigen Stellenwert in der Politik. Doch der Weg ist noch lange nicht zu Ende. Es müssen noch schwere Hürden überwunden werden. Also: In die Hände gespuckt und ran!«

Elizabeta Khan, GOL

»Im Integrationsrat wird der Fokus auf migrantische Lebensbedingungen, Perspektiven, Ideen und Wünsche gelegt. Deswegen braucht unsere Stadt den Integrationsrat, damit die Vielheit unserer Stadtgesellschaft Gehör findet. Besonders wichtig finden wir den Einsatz für das Denkmal zu den Anschlägen des NSU in der Keupstraße und der Probststeigasse, denn hier wird migrantische Erinnerungskultur, der Schmerz und das Engagement gegen den tödlichen Hass in unserer Gesellschaft sichtbar.«

Ali Esen, Liste Güven

»Der Integrationsrat ist das einzige Gremium für Menschen mit internationaler Familiengeschichte, in dem sie mitreden, mitbestimmen und mitgestalten können. Die Stadt Köln braucht unbedingt dieses Gremium, weil es in eine Art Brückenfunktion für die Gruppe der Menschen mit internationaler Familiengeschichte einnimmt und man sich über verschiedene Ideen und Projekte informieren und austauschen kann. Der Integrationsrat ist für uns wichtig um in unserer gemeinsamen Stadt mitreden und mitwirken zu können. Ich wünsche mir, dass der Integrationsrat von der Verwaltung, den Politikerinnen und Politikern und von der Gesellschaft akzeptiert und als wichtiger Ansprechpartner anerkannt wird.«

Musa Yüceel, Liste Kölner Vielfalt

»4 Jahrzehnte voller Herausforderungen und Erfolge prägen den Integrationsrat der Stadt Köln. Gemeinsam mit der Stadtverwaltung wurde viel erreicht und wir blicken optimistisch in die Zukunft. Lasst uns weiterhin mit Herz und Seele für unsere Stadt »Kölle« arbeiten und gemeinsam Gutes tun. Jeder von uns trägt dazu bei, das Miteinander zu stärken und ein harmonisches Zusammenleben zu fördern. Auf viele weitere Jahre des Engagements und der Zusammenarbeit!«

Eli Abeke – Bündnis 14/Afrika

»Der Integrationsrat ist wichtig, um die Anliegen der »Menschen mit internationaler Familien Geschichte« durch politische Mitsprache in allen ihren Lebensbereichen zu vertreten. Wir sind alle Einwanderinnen bzw. Einwanderer und der Integrationsrat stärkt unsere Solidaritätskraft und setzt sich für Chancengleichheit und Abbau von diskriminierenden Hürden ein. Wichtige Aktionen der letzten Zeit waren für mich das Thema »Bleiberechtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln«, die Durchsetzung eines Ratsbeschlusses zur »Ächtung des N-Wortes« und das Projekt »10 + 1 Bäume für die Opfer des NSU«. Für die Zukunft wünsche ich dem Integrationsrat eine Erweiterung seiner Zuständigkeiten, die zügige Bearbeitung und Umsetzung der Anfragen und Anträge durch die Stadtverwaltung und inhaltlich eine stärkere Konzentration auf die Belange der Einbürgerungswilligen.«

Sigita Gelbach, SPD-Liste

»Integration braucht Vorbilder. Der Integrationsrat ist als Gremium ein Vor-bild und bietet Menschen eine Plattform, auf der sie politisch mitentscheiden und gestalten können. Eins dieser beispielhaften Projekte des Integrationsrates Köln ist die Forderung nach einem Denkmal auf der Keupstr./Probststeigasse in Mülheim. Ich freue mich darauf, diesen politischen und auch gesellschaftlichen Prozess als Mitglied des IR weiterhin begleiten zu dürfen. Der Integrationsrat steht für mich für das Miteinander in Köln und für Köln.«

Walter Kluth – ehemaliges Mitglied des Ausländerbeirates

»Ende der 80er Jahre wurde ich als Vertreter der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln mit Stimmrecht in den neugegründeten Ausländerbeirat entsendet. Unsere Aufgabe war es, Anregungen an den Rat der Stadt Köln zu formulieren, um das Leben der ausländischen Mitbürger*innen zu verbessern, z. B. in der Jugend-, Sozial-, Bildungs- und Sportpolitik sowie durch Anregungen an die Stadtverwaltung zur Verbesserung der Kundenfreundlichkeit.

Ich habe einen engagierten Ausländerbeirat mit einem engagierten Vorsitzenden, Tayfun Keltek, erlebt und dieses Engagement hat er nach meiner Beobachtung bis heute beibehalten und weiterentwickelt. Herzlichen Glückwunsch zu 40 Jahre Ausländerbeirat/Integrationsrat!«

Ossi Helling – ehemaliges Mitglied des Ausländerbeirates und Integrationsrates

»Es war die Zeit, als Deutschland sich noch nicht zum Einwanderungsland erklärt hatte, weil konservative Kräfte an der Vorstellung festhielten, dass nur der deutsche Staatsbürger/deutsche Staatsbürgerin sein kann, der/die deutsches Blut hat. Mein damaliger Einstieg als Vertreter der Grünen im Ausländerbeirat war geprägt von meiner Haltung, dass Migrant:innen auch auf kommunalpolitische Ebene »sichtbar« werden sollten. Dazu gehörte natürlich auch ein eigenes Gremium, der Ausländerbeirat. Es war allerdings ein BEIRAT, der nur Stellungnahmen abgeben konnte. Er hatte weder Kompetenzen wie ein Ausschuss, noch eigene Finanzmittel, um diese in den Migrant:innen Szenen zu verteilen. Und er war immer noch ein »Trostpflaster«, weil wegen des Widerstandes konservativer Kräfte im Bundestag ein Kommunales Wahlrecht für alle Menschen ohne deutschen Pass fehlte (Die einzige Ausnahme sind EU-Bürger, die kommunal wählen dürfen). Leider haben wir das – nach 40 Jahren – immer noch nicht.«

Zu dieser Dokumentation

Anlass für diese Dokumentation ist der 40. Jahrestag der konstituierenden Sitzung des 1. direkt gewählten Kölner Ausländerbeirates am 10.01.1985. Sie beschreibt, die Entwicklung sowie das Agieren und die vielfältigen politischen Themen des Ausländerbeirates, späteren Integrationsrates und künftigen Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration.

Nach den Grußworten und den Statements der politischen Akteur*innen wird im Kapitel »Wer würde denn sonst was sagen ... warum ein Integrationsrat so wichtig ist?« das politische Gremium Ausländerbeirat/Integrationsrat/Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration vorgestellt und seine Funktion, Notwendigkeit, Zusammensetzung, sein Selbstverständnis etc. vorgestellt.

Das Kapitel »Jedes Gremium lebt von seinen Akteuren« versucht, die politische Arbeit von Tayfun Keltek, als zentralem »Motor« dieses Gremiums in Köln und im Land NRW, zu würdigen und seine politischen Kernthemen für dieses Engagement darzustellen.

Die eigentliche Dokumentation findet sich im Kapitel »Der Ausländerbeirat, der Integrationsrat und ein Ausschuss für Chancengerechtigkeit in Köln von 1985 bis 2025«, in der (auf hellblauem Grund) in chronologischer Form seine Arbeit und seine Schwerpunktthemen (Kasten »Im Blickfeld«) nachgezeichnet werden. Ergänzt wird diese Darstellung durch Kölner bzw. migrationspolitische Ereignisse (auf weissem Grund) sowie Aktivitäten der Landesarbeitsgemeinschaft Ausländerbeiräte bzw. Landesintegrationsrates NRW (auf weissem Grund mit **roter Schrift**.)

Zur besseren »Konsumierbarkeit« dieses Kapitels war es notwendig, Sachverhalte zusammenzufassen und plakativ zu verkürzen. Auch können die Vielzahl der Diskussionen zwischen Ratsmitgliedern und direkt gewählten Vertreter*innen und die Vielzahl der Kommentierungen von Beantwortungen, Mitteilungen und Beschlussvorlagen der Verwaltung im Ausländerbeirat/Integrationsrat nicht annähernd nachgezeichnet werden, so dass die Dynamik des Gremiums und seine Notwendigkeit für die gemeinsame Gestaltung der Einwanderungsstadt Köln nicht immer in angemessener Weise deutlich werden kann.

Das vorliegende Ergebnis ist auch geprägt durch die sehr unterschiedliche Verfügbarkeit der Unterlagen, der Komplexität der politischen Themen, der zur Verfügung stehenden Zeit und natürlich auch durch die subjektive Wahrnehmung des Erstellers, der das Gremium von April 2009 bis August 2023 als Leiter der Geschäftsstelle begleitet hat.

Diese Dokumentation ist eine Zeitreise durch die unterschiedlichen Selbstverständnisse von Integration, Einwanderungsgesellschaft in Deutschland. So werden Worte genutzt, die heute zu Recht als pauschalierend und objektivierend empfunden werden – dennoch habe ich z. B. Wörter wie »Ausländer«, »Person mit Migrationshintergrund« etc. – so wie sie damals in den Vorlagen und Diskussionen genannt wurden – beibehalten. Allerdings habe ich mir erlaubt, diese Wörter zeitgemäß zu gendern.

Ich danke an dieser Stelle herzlich Tayfun Keltek, der mir viele Hintergründe der Arbeit und der Themen des Ausländerbeirates und Integrationsrates erläuterte, Ursula Haller-Vetter für ihr engagiertes Gegenlesen, Barbara Piontek, die als »Wortfeilerin« aus krummen, falschen Sätzen richtige machte, kritische Nachfragen stellte und mir interessante Erkenntnisse zur deutschen Grammatik und Sprache vermittelte. Ganz besonders danke ich Georg Bungarten, der die Dokumentation kreativ gestaltete und in unendlich, geduldiger Kleinarbeit in die ansprechende Form gebracht hat, in der sie jetzt vorliegt. Das war nicht einfach! Vielen Dank.

»Wer würde denn sonst was sagen ...«

warum ein Integrationsrat/Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration wichtig ist!

Bereits die unterschiedlichen Bezeichnungen Ausländerbeirat (ab 1985), Integrationsrat (ab 2004) und Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration (ab 2025) zeigen das sich verändernde Verständnis des Einwanderungslandes Deutschland und damit der Einwanderungsstadt Köln.

Vor 40 Jahren erstmals demokratisch gewählt und stetig weiterentwickelt, steht dieses Gremium in NRW für ein über Jahrzehnte hart erkämpftes, strukturell verankertes politisches Mitspracherecht der Menschen mit internationaler Familiengeschichte.

Ende 2025 wird der Integrationsrat in Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration umbenannt. Diese Umbenennung macht besser deutlich, wofür dieses Gremium inhaltlich steht.

Deshalb wird diese Bezeichnung bzw. deren Kurzform Ausschuss Chancengerechtigkeit im nachfolgenden Text bereits verwendet.

Was ist ein »Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration«?

Der Ausschuss Chancengerechtigkeit ist die politische Interessenvertretung der Kölner*innen mit internationaler Familiengeschichte. Als Fachgremium des Kölner Rates ist er zuständig für die Themen Migration, Chancengerechtigkeit und gleichberechtigte Teilhabe. Das Gremium gibt Menschen mit internationaler Familiengeschichte die Möglichkeit, regelmäßig mit den Ratsmitgliedern in die fachliche Diskussion zu gehen, mitzusprechen und mit guten Argumenten Einfluss auf die Politik und damit das Zusammenleben in der Kommune zu nehmen.

Warum braucht es einen Ausschuss Chancengerechtigkeit?

Deutschland ist ein Einwanderungsland – demzufolge sind Deutschlands Städte Einwanderungsstädte. Dieser Prozess muss begleitet werden, denn nur wenn die Belange aller Bürger*innen gehört werden und in die politische Diskussion einfließen, ist ein gleichberechtigtes und demokratisches Zusammenleben auf Augenhöhe dauerhaft möglich.

Drei Gründe für ein Gremium Ausschuss Chancengerechtigkeit:

1. Zur Gewährleistung des gleichberechtigten Zusammenlebens in der Stadt braucht es einen Ausschuss mit Fachpolitiker*innen mit internationaler Familiengeschichte, der den Stadtrat in allen integrationspolitischen Angelegenheiten fachkundig berät.
 - Der Ausschuss Chancengerechtigkeit fungiert als Fachausschuss für alle Angelegenheiten, die die Belange der Menschen mit internationaler Familiengeschichte auf kommunaler Ebene betreffen. Zu zwei Dritteln mit Menschen mit internationaler Familiengeschichte besetzt, befördert er eine für die Stadtpolitik dringend notwendige erweiterte Perspektive. Diese hilft, die aus der Lebensrealität der

Kölner*innen mit internationaler Familiengeschichte entstehenden Belange in der Stadt wahrzunehmen und gemeinsam zu diskutieren, um damit bessere Entscheidungen zu treffen und kreativer die Potenziale von Migration für die Stadtgesellschaft zu nutzen.

2. In den Stadträten entspricht der Anteil der Ratsmitglieder mit internationaler Familiengeschichte nicht annähernd ihrem Anteil an der städtischen Bevölkerung. Damit gibt es eine massive »Repräsentationslücke« von Menschen mit internationaler Familiengeschichte.

- Der Ausschuss Chancengerechtigkeit kompensiert diese unzureichende Vertretung im Stadtrat durch seine Zusammensetzung aus zwei Dritteln direkt von Menschen mit internationaler Familiengeschichte gewählten und einem Drittel vom Stadtrat entsandten Mitgliedern.

3. Zu Wahlen des Stadtrates und der Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeisters sind bis zu 15 % der Bevölkerung nicht wahlberechtigt. Grund hierfür ist das – im Unterschied zu vielen anderen EU-Ländern – in Deutschland fehlende Kommunale Wahlrecht für alle langfristig in der Kommune lebenden Nicht-EU-Bürger*innen.

- Den Ausschuss Chancengerechtigkeit können alle Bürger*innen mit internationaler Familiengeschichte und rechtmäßigem, mindestens dreimonatigem Aufenthalt in der Kommune wählen und sich damit politisch artikulieren.

Wie funktioniert der Ausschuss Chancengerechtigkeit konkret – welche Möglichkeiten hat er?

Der Kölner Ausschuss Chancengerechtigkeit arbeitet wie ein Fachausschuss des Stadtrates und

- wird von der Verwaltung über alle integrationspolitischen Angelegenheiten informiert,
- wird vor allen integrationspolitischen Entscheidungen des Stadtrates angehört und kann sein Votum dazu abgeben,
- kann Anfragen an die Verwaltung stellen, um über bestimmte Sachverhalte informiert zu werden,
- kann Anträge an den Stadtrat stellen,
- kann in bestimmten Bereichen abschließende Entscheidungen treffen (Förderung von Interkulturellen Zentren, Vergabe von Antirassismuskarte etc.).

Im Ausschuss Chancengerechtigkeit treffen sich die von den Fraktionen entsandten Ratsmitglieder und die direkt gewählten Mitglieder regelmäßig vor der Stadtratssitzung, um die von der Verwaltung vorgelegten migrationsrelevanten Themen zu diskutieren und anschließend gemeinsam einen Beschluss dazu zu fassen, der an den Rat zur abschließenden Entscheidung weitergeleitet wird.

Genauso werden von den Mitgliedern gestellte Anträge zu konkreten Themen von den direkt gewählten Mitgliedern und den Ratsmitgliedern diskutiert und ein gemeinsamer Beschluss dazu gefasst.

Wenn die direkt gewählten Mitglieder die Mehrheit der Ratsmitglieder in der Sitzung des Ausschuss Chancengerechtigkeit argumentativ von ihrer Sache überzeugen, werden diese Ratsmitglieder anschließend in ihren Fraktionen dafür einstehen, dass in der Sitzung des Stadtrates ebenfalls mehrheitlich für den im Ausschuss Chancengerechtigkeit getroffenen Beschluss gestimmt wird.

Gemäß der Gemeindeordnung kann der Stadtrat dem Integrationsrat weitere Kompetenzen zuweisen.

Rat der Stadt Köln

Oberbürgermeister*in + 90 Ratsmitglieder

(Oberbürgermeister*in und Ratsmitglieder werden von allen wahlberechtigten Bürger*innen gewählt)

Der Rat ist für alle kommunalpolitischen Entscheidung zuständig.

Allerdings delegiert er die Behandlung von bestimmten politischen Themen in die Fachausschüsse. Diese spiegeln in ihrer personellen Zusammensetzung die politischen Mehrheitsverhältnisse im Rat wider und haben die Aufgabe

1. Themen für den Rat vorzubereiten und ihm eine Empfehlung zu geben und
2. Themen in eigener Zuständigkeit zu entscheiden.



Welche Themen werden im Ausschuss Chancengerechtigkeit besprochen?

Der Kölner Ausschuss Chancengerechtigkeit begleitet auf politischer Ebene den gesellschaftlichen Wandel in einer von Globalisierung, demographischem Wandel, Fluchtbewegungen und Arbeitsmigration geprägten Zeit.

Er befasst sich im Wesentlichen mit drei großen Themenbereichen.

1. Wie kann der defizitäre Blick der Mehrheitsgesellschaft auf Migration und Menschen mit internationaler Familiengeschichte verändert werden? Was ist erforderlich, dass stattdessen die Potenziale dieser Menschen gesehen, gefördert und in einer vielfältigen Gesellschaft für alle genutzt werden?
2. Wie kann Chancengerechtigkeit für Menschen mit internationaler Familiengeschichte hergestellt werden? D. h., wie können ein gleichberechtigter Zugang zu allen Angeboten und Möglichkeiten der Stadt sichergestellt (z. B. Wohnen, Arbeiten, Gesundheit etc.) und ihre besonderen Bedarfe (z. B. kultursensible Alteinrichtungen, Kulturangeboten etc.) berücksichtigt werden?
3. Wie kann die Integration Neu-Zugewanderter in der Stadt gelingen und was ist dafür vorzusehen?

Was unterstützt dabei?

Der Kölner Ausschuss Chancengerechtigkeit arbeitet in Strukturen, die sich an denen der Fraktionen im Stadtrat orientieren. So genannte Facharbeitskreise tagen jeweils im Vorfeld der Integrationsrats-sitzungen, um unter Beteiligung von Fachexperten konkrete Themen gemeinsam zu diskutieren und sich eine Meinung dazu zu bilden. Ebenfalls vereinbaren die Facharbeitskreise Schwerpunktthemen, zu denen über Anfragen an die Verwaltung Sachstände erfragt und im Integrationsrat über Anträge gewünschte Verbesserungen angestoßen werden.

Des Weiteren können vom Ausschuss Chancengerechtigkeit entsandte sachkundige Einwohner*innen mit Rederecht an den Fachausschüssen des Stadtrates teilzunehmen.

Und was noch?

Politische Arbeit findet nicht nur in den Sitzungen und Arbeitskreisen statt, sie besteht auch aus »Kontakte knüpfen«, »Netzwerke pflegen«, »neue Eindrücke auf Veranstaltungen sammeln« etc. Für die/den Vorsitzende/n bedeutet dies bspw. einen regelmäßigen Austausch mit der Oberbürgermeisterin/dem Oberbürgermeister, den Beigeordneten, dem Integrationsamt, der Polizeipräsidentin/dem Polizeipräsidenten und anderen. Die Mitgliedschaft im Integrationsrat/Ausschuss Chancengerechtigkeit bietet für diese Netzwerkarbeit eine Grundlage.

Und dennoch!

Die Arbeit im Stadtrat wie im Ausschuss Chancengerechtigkeit ist grundsätzlich ehrenamtlich. Allerdings gibt es Unterschiede:

- Die Ratsmitglieder werden je nach Größe ihrer Fraktion von hauptberuflichen Fraktionsmitarbeitenden unterstützt, die 22 direkt gewählten Mitglieder des Ausschusses Chancengerechtigkeit lediglich von einer Geschäftsführung.
- Dies hat Auswirkungen auf die Professionalität ihrer politischen Arbeit!
- Die Ratsmitglieder werden bei den Wahlen finanziell von ihren Parteien unterstützt, die Kandidierenden für den Integrationsrat müssen ihre Wahlkampfkosten selbst tragen.
- Dies hat natürlich Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung, weil der Wahlkampf und die dabei verwendeten Material vom jeweiligen Budget abhängen.
- Die Ratsmitglieder erhalten eine Aufwandsentschädigung und ein Sitzungsgeld, die direkt gewählten Mitglieder des Ausschusses Chancengerechtigkeit lediglich das Sitzungsgeld. Das bedeutet bspw., dass Fahrtkosten umständlich abgerechnet werden müssen und eine Honorierung der Mehrarbeit der Vorsitzenden als Sitzungsleitung bzw. der Vertretungen als Vorsitzende der Facharbeitskreise nicht möglich ist.
- Die Attraktivität politischen Engagements hängt immer auch mit den praktischen politischen Gestaltungsmöglichkeiten zusammen. Auf Antrag des Integrationsrates hat der Rat die Möglichkeiten der Gemeindeordnung genutzt und dem Gremium in den vergangenen Jahren einige Zuständigkeiten zugesprochen. Die Rückmeldungen der Integrationsratsmitglieder machen deutlich, dass weitere Kompetenzen das Gremium für Kandidierende und Wähler*innen wesentlich attraktiver machen würde.

»Jedes Gremium lebt von seinen Akteuren ...«

Tayfun Keltek – die treibende Kraft von Beginn an.

Warum wird an dieser Stelle über Tayfun Keltek geschrieben? Das ist einfach erklärt – er ist selbst die Person der Zeitgeschichte des Ausländerbeirates bzw. Integrationsrates und seiner Vertretung auf Landesebene in NRW und als einzige Person seit genau 40 Jahren ehrenamtlich ununterbrochen in diesem Gremium politisch aktiv ist.

Tayfun Keltek hat wie kein anderer den Kölner Ausländerbeirat bzw. Integrationsrat geprägt. 1984 wurde er in den ersten Kölner Ausländerbeirat gewählt. Hier vertrat er den »geborenen« Vorsitzenden, Sozialdezernenten Lothar Ruschmeier, als stellvertretender Vorsitzender. Nach Änderung der Regularien wurde er Vorsitzender des Gremiums und blieb es – mit zwei Unterbrechungen, als er zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde - bis heute.

Gleichzeitig war Tayfun Keltek der Ideengeber und die treibende Kraft eines Zusammenschlusses der Ausländerbeiräte auf Landesebene, dem späteren Landesintegrationsrat NRW... und ist ihr Vorsitzender bis heute. Auf der Ebene der Landesarbeitsgemeinschaft Ausländerbeiräte bzw. Landesintegrationsrates kämpft er für die Etablierung und rechtliche Absicherung der kommunalen Ausländerbeiräte bzw. Integrationsräte in der Gemeindeordnung NRW. Wenn es jetzt in über 100 Kommunen Integrationsräte und demnächst einen Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration gibt, so ist das im Wesentlichen seinem unermüdlichen Engagement und seiner Durchhaltekraft trotz vieler politischer Widrigkeiten und Rückschläge zu verdanken.

Für seine Verdienste und sein Engagement im Ausländerbeirat Köln und der Bündelung der kommunalen Ausländerbeiräte auf NRW-Landesebene erhielt Tayfun Keltek im Jahr 2000 vom Bundespräsidenten Johannes Rau das Bundesverdienstkreuz und im Jahr 2008 vom Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen verliehen.

Warum engagiert sich Tayfun Keltek? Was sind seine Kernaussagen?

(Notizen aus einem Gespräch)

Gleichberechtigte Teilhabe und gesellschaftliche Anerkennung der Lebensrealitäten von Menschen mit internationaler Familiengeschichte sind aus Sicht von Tayfun Keltek der Schlüssel zu erfolgreicher Bekämpfung von Rassismus und eine Grundvoraussetzung für ein gleichberechtigtes Zusammenleben in einer Einwanderungsgesellschaft.

- Neben den Möglichkeiten einer politischen Partizipation durch Ausländerbeiräte, Integrationsräte und künftig einem Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration macht sich Tayfun Keltek deshalb bis heute für die Einführung eines Kommunalen Wahlrechts für Ausländer*innen stark. Parallel dazu bemüht er sich um eine gesetzliche Stärkung des Integrationsrates bzw. künftigen Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration.
- Das in der Öffentlichkeit von Medien und Politik gezeichnete Bild von Menschen mit internationaler Familiengeschichte muss verbessert werden. Migration bzw. Menschen mit internationaler Familien-

geschichte werden oftmals über negativ behaftete Themen wie Sprachdefizite diskutiert und so stets als Problem wahrgenommen. Stattdessen sollten sich Politik und Medien stärker auf positive Aspekte von Migration konzentrieren und Einwander*innen mehr Wertschätzung entgegenbringen. In diesem Kontext möchte Tayfun Keltek auch seine Einführung und konsequente Nutzung der Begrifflichkeit »Menschen mit internationaler Familiengeschichte« (an Stelle von »Menschen mit Migrationshintergrund«) verstanden wissen, da sie als positiver, inklusiver und weniger defizitorientiert empfunden wird, eine andere Perspektive auf Herkunft und Identität bietet und Menschen nicht auf Migration reduziert, sondern ihre vielfältigen Wurzeln anerkennt.

- »Migrantinnen und Migranten« werden oftmals als homogene Gruppe betrachtet. Vor diesem Hintergrund ist auch die Verwendung des Begriffs Integrationspolitik äußerst problematisch, weil dieser alle Menschen mit Einwanderungsgeschichte adressiert, unabhängig davon, ob die Person gerade eingewandert ist oder schon seit Jahrzehnten in Deutschland lebt. Dies wird den meisten dieser Menschen nicht gerecht, da die überwiegende Zahl keine Integrationsangebote benötigt. Trotzdem werden sie unablässig mit Integrationsanforderungen konfrontiert, was sie dauerhaft zu Fremden mache. Insbesondere Menschen der zweiten oder dritten Generation, die überwiegend in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, würden sich dadurch ausgrenzen und diffamiert. Eine Politik für Chancengerechtigkeit ist der passendere Begriff, unter dem alle politischen Themengebiete, die die Menschen mit internationaler Familiengeschichte betreffen, subsumiert werden. Aus diesem Grund wird der bisherige Integrationsrat in Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration umbenannt.
- Trotz aller Unterschiedlichkeit der Menschen mit internationaler Familiengeschichte gibt es, unabhängig von der Aufenthaltsdauer und anderen Faktoren bei der Mehrheit von ihnen die verbindenden Elemente der Erfahrungen mit Diskriminierung und Rassismus. Daher ist das konsequente Eintreten gegen Diskriminierung und Rassismus ein zentrales Thema.
- Innerhalb der Gruppe der Menschen mit internationaler Familiengeschichte, ist die Persönlichkeit der meisten dieser Menschen durch familiäre, emotionale und kulturelle Bezüge ins Herkunftsland geprägt. Obwohl sich die Mehrheit als selbstverständlich Deutsch verstehe, habe dieser Teil ihrer Persönlichkeit, die Herkunftsidentität, eine besondere Bedeutung. Allerdings sei diese Herkunftsidentität gesellschaftlich unerwünscht und werde von der Mehrheitsgesellschaft als Hindernis für ein Zusammenleben in Deutschland angesehen. Wichtig sei hier ein positiver Umgang mit der Einwanderungsgeschichte der betroffenen Menschen und dass diese zusätzliche Herkunftsidentität als Realität und als nicht abstreifbarer Persönlichkeitsanteil in einer modernen Einwanderungsgesellschaft akzeptiert werde.
- Am Anfangspunkt der kindlichen Sozialisation stehen das persönliche Erleben in Kindergarten und Schule. Als Pädagoge kritisiert Tayfun Keltek das Verbot in manchen Kindergärten für die Kinder ihre Familiensprache zu sprechen und sieht große Mängel im deutschen Schulsystem, das immer noch Schüler*innen nach Herkunft und sozialer Schicht selektiere und ihnen damit ungleiche Chancen gewähre. Kinder mit internationaler Familiengeschichte seien darüber hinaus häufig Mobbing und rassistischen Zuschreibungen ausgesetzt. Ihr Bildungserfolg werde außerdem geschmälert durch eine oftmals defizitorientierte Sichtweise der Lehrer*innen, die die Einwanderungsgeschichte als Ballast verstehen und Kindern mit eingeschränkten Deutschkenntnissen allgemein Sprachmängel unterstelle, anstatt anzuerkennen, dass die Schüler zusätzliche Kenntnisse in ihren Herkunftssprachen aufweisen.

Dieses Potenzial bei den Kindern anzuerkennen und zu fördern sei elementar wichtig für ihr Heranwachsen und der Heranbildung einer starken selbstbewussten Persönlichkeit. Aus diesem Grunde plädiert er eindringlich dafür, alle Kinder und Jugendlichen ungeachtet ihrer Herkunft anhand ihrer Stärken zu fördern und eine ganzheitliche Sicht auf den lernenden Menschen einzunehmen. Im Mittelpunkt steht für ihn dabei die Wertschätzung gegenüber den Herkunftssprachen, die systematisch gefördert werden sollten, denn Kinder mit internationaler Familiengeschichte würden in Deutschland mit zwei und manchmal mehr Sprachen aufwachsen – der deutschen und der Sprache ihrer Eltern bzw. des Herkunftslandes – und diese Sprachen auf muttersprachlichem Niveau erlernen.

- Zudem stelle diese natürliche Zweisprachigkeit ein großes Potenzial dar, dass jedoch gesellschaftlich nicht ausgeschöpft werde. Grund hierfür sei das Festhalten am imaginären Konstrukt einer homogenen Nation und das unterschiedliche Prestige, das den Herkunftssprachen zugesprochen werde. So seien Englisch, Französisch oder Spanisch Sprachen mit hohem Prestige, würden aber im Alltag nur von wenigen Sprecher genutzt. Im Vergleich dazu hätten beispielsweise Türkisch, Polnisch oder Arabisch weitaus geringeres Ansehen, würden aber tatsächlich vielfach angewendet.v

Gesellschaft und Politik

Anwerbeabkommen

1955	Italien
1960	Spanien, Griechenland
1961	Türkei
1963	Marokko
1964	Portugal
1965	Tunesien
1968	Jugoslawien

1963

Einführung der Allgemeinen Schulpflicht für Gastarbeiterkinder

1964

Im Sept. 1964 wird in Köln der Portugiese Armando Rodrigues de Sá als millionster Gastarbeiter am Deutzer Bahnhof von Vertretern des Bundes Deutscher Arbeitgeber begrüßt.



1965

Im Febr. 1965 haben zum ersten und bislang einzigen Mal mehrere hundert muslimische Gläubige die Möglichkeit im Kölner Dom zu beten. Der Kölner Stadt-Anzeiger nennt dies in seiner Berichterstattung einen »Betriebsunfall«.

Kölner Gastarbeiter gründen mit der Barbarossa-Moschee die erste Moschee in Köln.

1973

Ölkrise und Rezession führen zu einem kompletten Anwerbestopp von Gastarbeiter*innen. Einige Gastarbeiter*innen gehen zurück in ihr Herkunftsland. Andere bleiben – ermutigt von ihren Arbeitgebenden – und versuchen, ihre Familien nachzuholen. Damit stellt sich erstmals die Frage nach

der gesellschaftlichen Integration der vormaligen temporären Arbeitskräfte.

Im Aug. 1973 beginnt, initiiert von türkischen Gastarbeiter*innen, der Ford-Streik in Köln.

1978

Die Bundesregierung beruft 1978 den ehemaligen Ministerpräsidenten von NRW, Heinz Kühn, zum *Beauftragten zur Förderung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen*.

1980

Das Ausländergesetz von 1980 regelt erstmals die Aufenthaltsbedingungen für Ausländer*innen in Deutschland, z. B. die verschiedenen Aufenthaltstitel, den Familiennachzug und die Integration.

Oberbürgermeister von Köln ist Norbert Burger (Okt. 1980 bis September 1999).

1982

Abschaffung der bisherigen *Vorbereitungsklassen* für ausländische Schüler*innen in NRW und Festschreibung des Besuches von Regelklassen.

1983

Nach seiner Wiederwahl als Bundeskanzler erklärt Helmut Kohl (CDU): »Die Zahl der Ausländer muss halbiert werden.«

Kurz darauf verabschiedet die Regierung ein Rückkehrhilfegesetz, das allen Ausländer*innen 10.000 D-Mark bietet, wenn sie Deutschland für immer verlassen. Für diesen Fall können sie sich ihre einbezahlten Arbeitnehmerbeiträge (unverzinst und ohne Arbeitgeberbeiträge) zur Rentenversicherung rücküberweisen lassen. Ca. 300.000 ehemalige Gastarbeiter*innen kehren in ihr Herkunftsland zurück.

1984

Kommunalwahlen am 30.9.84, Die Grünen ziehen erstmals in den Kölner Rat ein.

Entwicklung und Themen in Köln

1963

In Köln wird 1963 die *Arbeitsgemeinschaft für Fragen der sozialen und kulturellen Betreuung sowie der Gesundheitsversorgung der in Köln ansässigen Gastarbeiter* ins Leben gerufen. Sie besteht aus den mit der Betreuung der Gastarbeiter*innen befassten Wohlfahrtsverbänden, den Gewerkschaften, den Arbeitgeberverbänden, dem Arbeitsamt und der Handwerkskammer. Ausländer*innen sind nicht vertreten.

Themen sind:

- die Überwachung der Unterbringung;
- die ordnungsgemäße Unterbringung;
- die gesundheitliche Betreuung;
- ordnungspolitische Aufgaben.

1971

Im Januar 1971 gründet sich die ehemalige *Arbeitsgemeinschaft* unter der Bezeichnung *Arbeitskreis zur Förderung der Integration ausländischer Arbeitnehmer* neu, weiterhin bestehend aus den Wohlfahrtsverbänden, den Gewerkschaften, den Arbeitgeberverbänden, der Arbeits- und Gesundheitsämter und der Handwerkskammer.

1973

Ab 1973 können am *Arbeitskreis* auch Vertreter*innen der ausländischen Arbeitnehmer*innen, je zur Hälfte vom Deutschen Gewerkschaftsbund und von den betreuenden Wohlfahrtsverbänden benannt, an den Sitzungen teilnehmen. Fragen der Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen gewinnen immer mehr an Bedeutung. Die ausländischen Mitglieder dieses Arbeitskreises erhalten ein Anhörungsrecht in verschiedenen Ratsausschüssen.

1976

Veröffentlichung der ersten *Ausländerstudie* der Stadt Köln (s. Seite 64 ►)

1977

Der Rat der Stadt Köln verabschiedet 1977 *Leitsätze zur Kölner Ausländerpolitik*, darunter ein Leitsatz zur »Verbesserung der Teilnahme der Ausländer*innen am kommunalen Entscheidungsprozess«.

1979

Der Rat der Stadt Köln verabschiedet 1979 das *1. Kölner Maßnahmenprogramm für Integration ausländischer Arbeiter und ihrer Familien*. (s. Seite 64 ►)

Im Jahr 1979 beschließt der Rat die Gründung eines *Ausländerbeirates*, der sich im Dez. 1979 konstituiert. Die weiterhin von den Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften benannten ausländischen Mitglieder können aus ihrer Mitte je zwei Anhängspersonen für die verschiedenen Fachausschüsse des Rates und für die Bezirksvertretungen wählen. Im Sozialausschuss sollen künftig ständig zwei ausländische Personen ohne Stimmrecht, aber mit beratender Stimme teilnehmen.

Gleichzeitig setzt die Verwaltung erstmalig einen *Beauftragten für Ausländerfragen* der Stadt Köln ein (Friedemann Schleicher), der u. a. mit dem Ausländerbeirat eng zusammenarbeiten und dem Rat über neue Entwicklungen im Ausländerbereich fortlaufend berichten soll.

1982

Der Rat verabschiedet das *2. Kölner Maßnahmenprogramm für die Integration ausländischer Arbeiter und ihrer Familien*. (s. Seite 64 ►)

Zunehmend kritisieren die ausländischen Vertreter*innen sowie die ausländischen Vereine und Zentren die fehlende demokratische Legitimation der von den Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften in den *Ausländerbeirat* entsandten ausländischen Mitglieder.

Diese Kritik wird von der Verwaltung in der Fortschreibung des *Maßnahmenprogramms* aufgenommen. Dem Kölner Rat wird vorgeschlagen, künftig eine repräsentative und nach demokratischen Grundsätzen gewählte Zusammensetzung des *Ausländerbeirates* zu ermöglichen.

1984

Der Rat folgt der Anregung aus dem *Maßnahmenprogramm* und beschließt im Febr. 1984 die Direktwahl von künftig 14 Sitzen für ausländische Mitglieder im *Ausländerbeirat*.

Kölner Ausländer wählen ihren Beirat.



Abgabe der Wahlkarte vor der Wahl eine Wahlbenachrichtigung.
 Da... der Wahl.
 Jeder, der für den Beirat kandidieren will, kann die
 erforderlichen Unterlagen beim Sozialamt, Barbarossa-Platz 1, Zimmer 208
 erhalten. Spätester Abgabetermin für die Wahlbewerbung und die
 Unterstützungsunterschriften ist der 02.07.1984.

Stadt Köln Der Oberstadtdirektor
 Sozialamt · Presse- und Informationsamt

TR

Köln'lu yabancılar kendi
 meclisini seçiyorlar
 Seçim tarihi: 02.12.1984
 Tüm seçimler seçimden önce, seçim
 ilanını zamanında alacaklar. Seçim
 ilanında seçim yeri, seçimin günü ve
 zamanı belirtilmiştir.
 Meclis için adaylığın koymak isteyen
 her yabancı, gerekli olan belgeleri
 Barbarossa-Platz 1 adresindeki Sozial-
 amt'ın 208 nolu odasından temin ede-
 bilir.
 Seçim adaylığı ve destekleme inza-
 larını en geç teslim etme tarihi,
 02.07.1984 günüdür.

I

Gli stranieri residenti a Colonia
 eleggono i loro rappresentanti nel
 consiglio comunale
 Giorno delle elezioni: 02.12.1984
 Tutti coloro aventi diritto di voto
 otterranno in tempo prima delle elezioni
 un avviso elettorale. In esso saranno
 indicati:
 il seggio elettorale, giorno e orario delle
 elezioni.
 Ogni straniero che intende candidarsi
 per il Consiglio comunale potrà richie-
 dere la documentazione necessaria
 presso il Sozialamt, Barbarossa-Platz 1,
 Zimmer 208. Ultimo termine utile per la
 consegna della documentazione di
 candidatura e delle firme di sostegno
 elettorale è il 02.07.1984.

GR

Οι αλλοδαποί της Κολλωνίας
 εκλέγουν το σύμβούλιο τους
 Ημέρα εκλογών 02.12.1984
 Όλοι που έχουν δικαίωμα ψήφου
 λαμβάνουν εγκαίρως πριν τις εκλογές
 μια εκλογική ειδοποίηση (Wahlbe-
 nachrichtigung). Στην ειδοποίηση
 αναφέρονται:
 Το εκλογικό κέντρο, η ημέρα και η
 ώρα των εκλογών.
 Κάθε αλλοδαπός, που θέλει να βάλει
 υποψηφιότητα για το συμβούλιο,
 μπορεί να παραλάβει τα απαιτούμενα
 δικαιολογητικά στο κέντρο κοινωνικής
 πρόνοιας, Sozialamt, Barbarossa-Platz
 1, Zimmer 208. Η προθεσμία για την
 υποβολή της αίτησης για υποψηφιότητα
 και των υπογραφών για την υποστήριξη
 μιας πρότασης εκλογής είναι το
 αργότερον μέχρι τις 02.07.1984.

YU

Stranci u Kölnu biraju svoj savet
 stranaca
 Dan izbora: 02.12.1984
 Svi glasači će pre izbora biti
 pravovremeno obavesteni o mestu,
 danu i vremenu glasanja.
 Svaki stranac koji želi da se kandiduje
 može potrebne informacije da dobije u
 Sozialnom zavodu, Barbarossa-Platz 1,
 u sobi broj 208. Zadnji dan za predaju
 prijave za kandidaturu kao i potpisnu
 listu potpomagača je 02.07.1984.

P

Os estrangeiros em Colônia elegem
 os seus representantes à Comissão
 Municipal
 Data da eleição: 02.12.84
 Todos os eleitores obterão antes da
 eleição um aviso eleitoral. Este aviso
 mencionará:
 O local, o dia e a hora da eleição.
 Todo o estrangeiro que pretenda candi-
 datar-se, deverá obter os respectivos
 formulários na Sozialamt, Barbarossa-
 platz 1, Quarto 208. O mais tardar, até o
 dia 02.07.1984, será de ser entregue a
 lista de apoio de assinaturas mencio-
 nando a candidatura do requerente.

E

Los Extranjeros en Colonia votan su
 Comisión Municipal.
 Día de las Elecciones: 02.12.1984.
 Todos los electores recibirán con antea-
 lación suficiente la notificación para ir a
 votar, en la que se indican el Colegio
 Electoral, el día y el horario de las
 elecciones.
 Todo extranjero que desee presentar su
 candidatura, puede obtener la docu-
 mentación necesaria en el Sozialamt,
 Barbarossa-Platz 1, habitación 208. El
 último plazo para presentar las candi-
 daturas y las firmas de apoyo es el
 02.07.1984.

Wahl des ersten *Kölner Ausländerbeirates*

Wahltermin	02.12.1984
Zusammensetzung	Der Ausländerbeirat besteht aus 28 Mitgliedern: ■ 14 stimmberechtigte direkt gewählte ausländischen Vertreter*innen, ■ 7 stimmberechtigte vom Rat entsandte Ratsmitglieder, ■ 7 stimmberechtigte Vertreter*innen der Verbände/Institutionen. 14 direkt gewählte Vertreter*innen der Ausländer*innen erhalten einen Sitz im <i>Ausländerbeirat</i>. Für je 10.000 Einwohner*innen einer Nationalität aus den Anwerbeländern gibt es einen Sitz, d. h. 7 Sitze für Türk*innen, 3 Sitze für Italiener*innen und je 1 Sitz für Griech*innen, Jugoslaw*innen, Portugies*innen und Spanier*innen.
Wahlverfahren	Kandidieren können Einzelpersonen aus diesen Nationalitätengruppen. Sie benötigen dafür 100 Unterstützer*innenunterschriften. Ein Zusammenschluss zu gemeinsamen Listen ist erst bei späteren Wahlen möglich. Gewählt wird in 40 Wahllokalen im Stadtgebiet.
Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung	Wahlberechtigt ist, wer am Wahltag 18 Jahre alt und seit mindestens einem Jahr mit Hauptwohnsitz in Köln gemeldet ist. 64.537 Wahlberechtigte sind aufgerufen ihre Stimme abzugeben. 22.337 Wähler*innen (34,6 %) geben ihre Stimme ab.
Gewählte stimmberechtigte Mitglieder	■ Türkische Sitze: Mustafa Can, Muammer Atasoy, Server Ataç, Sabri Surat, Ali Riza Gülçiçek, Tayfun Keltek, Cuma Ali Bilik ■ Italienische Sitze: Adriano Di Renzo, Franco Del Vecchio, Daniela Meister ■ Jugoslawischer Sitz: Mandica Mesic ■ Griechischer Sitz: Dr. Theodosios Kambosos ■ Spanischer Sitz: Oscar Calero Fernandez ■ Portugiesischer Sitz: Antonio Elias-Caudio
Entsandte stimmberechtigte Mitglieder	■ SPD-Fraktion: Christa Becker, Helga Schlapka, Karl-Heinz Schmalzgrüber, Dr. Wilhelm Vollmann ■ CDU-Fraktion: Karin Reinhardt, Karl Suikowski, Herma Zielinski Amt für Diakonie: Hermann Göhring; Arbeiterwohlfahrt: Hans-Gregor Kremer; Caritasverband: Dr. Karl-Heinz Vogt; Arbeitsamt: Albrecht Lixfeld; DGB: Walter Büchner; Arbeitgeberverband Metall: Dr. Meinolf E. Sprengelmeier
Vorsitz	<i>Geborener Vorsitzender</i> ist der nicht stimmberechtigte Sozialdezernent der Stadt Köln Lothar Ruschmeier, stellvertretender Vorsitzender wird Tayfun Keltek.
Befugnisse	Die Aufgaben der ehrenamtlich tätigen <i>Ausländerbeiratsmitglieder</i> sind in der vom Rat der Stadt Köln beschlossenen Geschäfts- und Wahlordnung für den Ausländerbeirat der Stadt Köln festgelegt: ■ Der <i>Ausländerbeirat</i> hat die Aufgabe, die Mitwirkung der Ausländer an den kommunalen Entscheidungsprozessen in der Stadt Köln zu ermöglichen. ■ Im <i>Ausländerbeirat</i> werden alle Fragen der Ausländerintegration für die Entscheidung in den zuständigen Gremien vorberaten. ■ Der <i>Ausländerbeirat</i> kann Stellungnahmen und Empfehlungen an den Rat, die Ratsausschüsse, die Bezirksvertretungen und die Verwaltung abgeben. ■ Er hat die Möglichkeit, Anfragen an die Verwaltung zu stellen. ■ Wahl des Vorsitzenden ■ Wahl von Anhörungspersonen für verschiedene Ratsausschüsse und Benennung von Anhörungspersonen für die Bezirksvertretungen.
Zahl der Ausländer*innen in Köln	1985 leben in Köln 965.274 Menschen, 137.009 (14,2 %) davon besitzen eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Am 02.12.1984 wird der erste Ausländerbeirat gewählt.

Der *Ausländerbeirat* setzt sich aus 28 stimmberechtigten Mitgliedern zusammen. Er besteht aus 14 direkt gewählten ausländischen Vertreter*innen, 7 Vertreter*innen der Ratsfraktionen und 7 Vertreter*innen der Verbände/Institutionen.

Geborener Vorsitzender ist der Sozialdezernent der Stadt Köln Lothar Ruschmeier, stellvertretender Vorsitzender wird Tayfun Keltek.

Ziel ist das Wahlrecht

Erste Sitzung des Ausländerbeirats im Rathaus

Zur konstituierenden Sitzung trat im Rathaus der neugewählte Ausländerbeirat zusammen. Erstmals waren im Dezember die 14 ausländischen Vertreter direkt von ihren Landsleuten bestimmt worden. Neben ihnen sitzen 14 deutsche Mitglieder aus Verbänden und Organisationen, zum Beispiel der Arbeiterwohlfahrt, der Arbeitsvermittlung und dem Caritasverband, sowie der Stadtverwaltung.

An der ersten Sitzung, die vom „geborenen“, Ausschußvorsitzenden, dem Sozialdezernenten Lothar Ruschmeier, geleitet wurde, nahm auch Oberbürgermeister Norbert Burger teil. Burger sagte, wenn die europäische Einigung fortschreite, könne im Rahmen der Freizügigkeit für Arbeitnehmer das gleiche Wahlrecht für alle Einwohner ange-

strebt werden. Das kommunale Wahlrecht nannten auch ausländische Beiratsmitglieder als vorrangiges politisches Ziel ihrer Arbeit. Aus ihren Reihen wurde kritisiert, daß das Gremium zur Hälfte mit Deutschen besetzt ist. Burger erinnerte daran, daß der Beirat „keine abschließenden Entscheidungen“ zu treffen habe und meinte: „Es kommt vor allem darauf an, daß zusammengearbeitet wird“. Notwendig seien „Geduld und Augenmaß.“ Integration sei ein „sehr langwieriger“ Prozeß, der mindestens zwei Generationen dauere.

In der Sitzung wurde der türkische Diplom-Sportlehrer Tayfun Keltek (35) zum stellvertretenden Beiratsvorsitzenden bestimmt. Keltek lebt seit 14 Jahren in der Bundesrepublik. wa

KStA 16.01.1985

1985

Am 10.01.1985 findet die konstituierende Sitzung des ersten Ausländerbeirates statt.

Oberbürgermeister Norbert Burger hebt in seiner Rede die außerordentlich hohe Wahlbeteiligung von 35 % an den *Ausländerbeiratswahlen* hervor und vermutet, dass sich offenbar viele Ausländer bereits entschieden haben, längerfristig in Köln zu bleiben, so dass der Gang zur Urne für sie lohnenswert sei und sie bereit seien, mit Deutschen zusammen am politischen Entscheidungsprozess in der Stadt mitzuwirken. Er wertet dies als ein sicheres Zeichen für das Fortschreiten des Integrationsprozesses.

Die ausländischen Mitglieder im *Ausländerbeirat* formulieren das *Kommunale Wahlrecht* als die zentrale Forderung einer politischen Beteiligung. Gleichzeitig ist man sich mit dem stellvertretenden Vorsitzenden Tayfun Keltek darüber einig »Man solle, mangels einer adäquaten Lösung, nicht auf diese Möglichkeit der politischen Mitwirkung (*gemeint ist der Ausländerbeirat*) verzichten«. Tayfun Keltek warnt auch davor, dass Menschen, die von einer politischen Mitwirkung an ihrem Aufenthaltsort ferngehalten würden, sich andere politische Tätigkeitsfelder suchen und mit der Politik im Heimatland beschäftigen würden. (Aktuelles 12/1985)

Räumlichkeiten für kulturelle Veranstaltungen ausländischer Bürger*innen

Der *Ausländerbeirat* bittet im März 1985 die Verwaltung, städtische Räumlichkeiten zu benennen, die als Veranstaltungsort für Familienfeste, multi-kulturelle Veranstaltungen etc. geeignet sind. Als Begründung wird angeführt, dass türkische Hochzeiten oft von 500-1000 Personen besucht werden und die kommerziell angebotenen Räume dafür unerschwinglich teuer seien.

1984

Nach Nürnberg und Stuttgart ist Köln die dritte Großstadt in der die Mitglieder des *Ausländerbeirates* durch Wahl bestimmt werden.

1985

Günter Wallraff stellt im Oktober sein Buch »Ganz unten« vor, in dem er seine Erfahrungen als »Türkischer Gastarbeiter« in der Bundesrepublik beschreibt.

1986

Nach einem ersten Treffen von 17 *Ausländerbeiräten* aus NRW im Kölner Rathaus übernimmt das *Kölner Ausländerreferat* die kommissarische Geschäftsführung der geplanten *Arbeitsgemeinschaft Ausländerbeirate NRW*.

Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber*innen in Köln

Der *Ausländerbeirat* setzt sich mit einer Resolution für eine bessere Ausgestaltung und Nutzung der Räumlichkeiten in der neuen zentralen Anlaufstelle, insbesondere für Asylbewerberinnen und deren Kinder, ein.

Sprachangebote der Volkshochschule

Der *Ausländerbeirat* erreicht, dass die Volkshochschule künftig auch die kurdische Sprache in ihr Sprachangebot aufnimmt.

Ausländeramt – unbefristete Aufenthaltsberechtigungen

Bislang erteilt das Ausländeramt unbefristete Aufenthaltsberechtigungen nur, wenn entsprechende Anträge gestellt werden. Da viele Ausländer*innen nicht wissen, ob und wann sie die zahlreichen gesetzlichen Auflagen erfüllt haben, fordert der *Ausländerbeirat* eine offensivere Arbeitsweise und ein Anschreiben des Ausländeramtes an alle Ausländer*innen, wenn die Voraussetzungen für die Erteilung erfüllt sind.

Das Ausländeramt weigert sich anfangs dies umzusetzen und erst nach einer Kampagne des *Ausländerbeirates* wird dieses Verfahren eingeführt.

Bestrebungen zur Gründung einer Landesarbeitsgemeinschaft

Der stellvertretende Vorsitzende des *Ausländerbeirates* Tayfun Keltek regt die Gründung einer

Landesarbeitsgemeinschaft an. Auf Bitte des *Ausländerbeirates* informiert die Kölner Stadtverwaltung das Gremium darüber, dass in weiteren 13 Städten gewählte Ausländerbeiräte bestehen und es in 11 Städten Planungen zu deren Wahl gibt.

Der *Ausländerbeirat* bittet die Kölner Verwaltung, bei diesen Ausländerbeiräten das Interesse an der Gründung einer *Landesarbeitsgemeinschaft Ausländerbeiräte für NRW* abzufragen.

1986

Kommunales Wahlrecht

In einer Resolution fordert der *Ausländerbeirat* alle Mitglieder des Rates der Stadt Köln sowie die Kölner Abgeordneten aller Parteien im Landtag NRW und im Bundestag auf, sich für das *Kommunale Wahlrecht* einzusetzen.

Der *Ausländerbeirat* begründet, dass ausländische Einwohner*innen genau wie die deutschen Bürger*innen Steuern zahlen und mit Ausnahme der Wehrpflicht die gleichen staatsbürgerlichen Pflichten haben. Trotzdem werde ihnen, anders als in Ländern wie Schweden, Finnland, Norwegen und Dänemark, das kommunale Wahlrecht nicht zugestanden. Der *Ausländerbeirat* sieht das *Kommunale Wahlrecht* für ausländische Einwohner*innen als einen elementar wichtigen Schritt zur politischen und rechtlichen Gleichstellung. (s. Seite 30 ►)

Muttersprachlicher Ergänzungsunterricht

Im Blickfeld

Forderung

Der *Ausländerbeirat* fordert die Aufnahme und den Ausbau des *Muttersprachlichen Unterrichts*.

Hintergrund

Der Kerngedanke ist, dass sich die ausländischen Schüler*innen integrieren, d. h. die Leistungsanforderungen der Schule erfüllen sollen, und gleichzeitig ihre kulturelle Identität bewahrt und gefördert wird.

Neu zugewanderte Kinder stehen vor der Herausforderung, bei Schuleintritt ihre vorschulischen Sprachdefizite auszugleichen und gleichzeitig das Lesen und Schreiben in deutscher Sprache zu lernen. Der *Ausländerbeirat* sieht es als pädagogisch sinnvoll an, diesen Kindern das Erlernen des Lesen und Schreibens (ihre Alphabetisierung) im Rahmen eines *Muttersprachlichen Unterrichts* anzubieten. Hierbei wird auf Erkenntnisse an Berliner Schulen verwiesen, an denen mit diesem Konzept die ausländischen Kinder bis zum Ende der Grundschulzeit in gleicher Weise wie ihre deutschen ihren familiensprachlichen Sprachschatz aufbauen können und über dieses Konzept ein Beitrag zu ihrer Identitätsbewahrung möglich ist.

Gleichzeitig wird das Vertrauen der Eltern in die Schule ihrer Kinder gestärkt.

Muttersprachlicher Ergänzungsunterricht

Der *Ausländerbeirat* fordert den bereits bestehenden *Muttersprachlichen Ergänzungsunterricht* künftig als Pflichtfach für ausländische Schüler*innen in den Fächerkanon der Schulen aufzunehmen und ihn als regulären Bestandteil der normalen Stundentafel und nicht nur als freiwilliges Angebot einzustufen. Des Weiteren sollen an Gesamtschulen, Realschulen und Gymnasien die Sprachen der Herkunftsländer als erste oder zweite Fremdsprache (genau wie die Sprachen Englisch, Französisch, Spanisch oder Latein) angeboten werden. Der *Ausländerbeirat* fordert ebenfalls die verstärkte Einstellung von Lehrer*innen und Sozialarbeiter*innen aus den Herkunftsländern, da fehlende Sprachkenntnisse der Eltern eine Teilnahme an Elternveranstaltungen und damit Einbindung in den Schulalltag verhindern.

Zusammenschluss der Ausländerbeiräte auf Landesebene

Der Kölner *Ausländerbeirat* lädt im Okt. 1986 zu einem gemeinsamen Austausch über einen Zusammenschluss von *Ausländerbeiräten* auf Landesebene ein.

Dieser Einladung ins Kölner Rathaus folgen 17 *Ausländerbeiräte*. Der Kölner Sozialdezernent Lothar Ruschmeier unterstützt dieses Vorhaben eines NRW-weiten Zusammenschlusses.

Kindergartenplätze für ausländische Kinder

Auf Nachfrage des *Ausländerbeirates* wird festgestellt, dass in den Stadtgebieten, in den viele Ausländer*innen leben, nicht ausreichend Kindergartenplätze zur Verfügung stehen. Außerdem ist den meisten ausländischen Eltern nicht bekannt, dass eine Anmeldung schon sehr frühzeitig erfolgen muss und die Kinder nur nach der Reihenfolge ihrer Anmeldungen einen Platz erhalten.

Der *Ausländerbeirat* fordert daher, künftig sicherzustellen, dass die Versorgungsquote für 3-6-jährige ausländische Kinder in den Kindergärten ihrem Bevölkerungsanteil im Stadtteil entspricht. Auch sollen bevorzugt schulnahe Kinder, d. h. zuerst 6-Jährige, dann 5-Jährige aufgenommen werden, damit die deutsche Sprache bis zum Schuleintritt besser erlernt werden kann. Etliche Ausländervereine haben als Zwischenlösung ehrenamtlich geführte »Ersatzkindergärten« in ihren Räumlichkeiten angeboten.

Der Jugendhilfeausschuss folgt dem Wunsch des *Ausländerbeirates* und beschließt: »Kinder ausländischer Mitbürger sind so lange vorrangig aufzunehmen, bis ihr Anteil in der Einrichtung ihrem

Anteil im Stadtteil entspricht. Diese Regelung gilt entsprechend für deutsche Kinder, wenn deren Anteil in der Einrichtung unter ihrem Anteil im Stadtteil gesunken ist.« (Sitzungsprotokoll *Ausländerbeirat*). Zudem werden die Eltern ausländischer Kinder mit einem Anschreiben über die Bedeutung des Kindergartenbesuches für den späteren Schulbesuch und die Notwendigkeit einer möglichst frühzeitigen Kindergartenanmeldung informiert.

1987

Die Stadtverwaltung Köln legt im Januar 1987 die *3. Fortschreibung des Maßnahmenprogramm zur Integration ausl. Arbeitnehmer und deren Familien* vor. (s. Seite 64 ►)

Ausbildungssituation ausländischer Jugendlicher

Eine Erhebung aus dem Jahr 1984 zeigt, dass ausländische Jugendliche zwar 16 % aller Schulabgänger*innen in Köln stellen, aber nur 2 % der Lehrstellen besetzen können.

Aufgrund dieser niedrigen Ausbildungsquote junger Ausländer*innen fordert der *Ausländerbeirat* mehr Ausbildungsplätze für ausländische Jugendliche. Als Mitursache für dieses Missverhältnis wird das negative Klima gegenüber Ausländer*innen gesehen und es werden die in der Politik und Öffentlichkeit genutzten Begriffe wie »Überflutung«, »Überfremdung« und »Grenzen der Belastbarkeit« kritisiert.

Die Verwaltung sagt zu, an die Arbeitgeber*innen zu appellieren, die Lehrstellen in Köln gerecht zu verteilen.

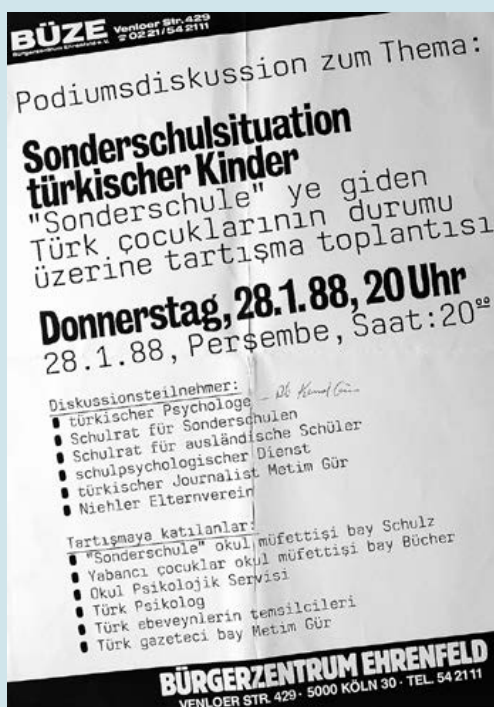
1988

Islamischer Religionsunterricht

Der *Ausländerbeirat* fordert in einer Resolution an die Landesregierung, die beiden christlichen Kirchen sowie die Landtagsfraktionen dazu auf, die Einführung des islamischen Religionsunterrichts als ordentliches Unterrichtsfach an öffentlichen Schulen zu ermöglichen.

In der Begründung wird auf die Notwendigkeit einer Vermittlung von wissenschaftlich fundiertem religiösen Wissen an staatlichen Schulen hingewiesen, um bei den Kindern einem Verlust ihrer islamischen Tradition sowie einem politisch motivierten Missbrauch des Islam entgegenzuwirken. Islamischer Religionsunterricht soll zudem die muslimischen Kinder zum Gespräch auf Augenhöhe mit christlichen Kindern über ihre

Religionen befähigen und das gegenseitige Verstehen fördern. Auch würde ein islamischer Unterricht an Schulen das Vertrauen der Eltern in die Schule ihrer Kinder stärken und sie zur Mitarbeit motivieren. Ein weiterer Grund ist, dass gute Noten im Religionsunterricht schlechte Noten in anderen Fächern ausgleichen und damit versetzungsrelevant sein können. Diese Möglichkeit besteht für Kinder, die aufgrund ihres nichtchristlichen Glaubens vom regulären Religionsunterricht freigestellt sind, nicht.



Ausländische Kinder an Sonderschulen

Der *Ausländerbeirat* stellt fest, dass ein überproportional hoher Anteil ausländischer Schüler*innen an Sonderschulen verwiesen wird. Grund ist die bei der Schuleingangsuntersuchung von deutschen Pädagog*innen festgestellte fehlende Schulreife. Um diesen Verweis ihrer Kinder an eine Sonderschule zu vermeiden, schicken etliche Eltern ihre Kinder zurück ins Herkunftsland. Der *Ausländerbeirat* macht dies zum öffentlichen Thema und in der Folge werden bei den Schuleingangsuntersuchungen sprachfreie Tests angeboten. Diese nehmen allerdings anfangs noch keine Rücksicht auf die unterschiedliche kulturelle Prägung der Kinder, was erneut zu Fehleinschätzungen der »Schultauglichkeit« der Kinder führte.

1989

Ausbildungssituation junger Ausländer

Ein auf Nachfrage des *Ausländerbeirates* im Juni 1989 vorgestellter Bericht des Arbeitsamtes Köln beschreibt eine betriebliche Ausbildung von 27 % bei deutschen und von nur 16 % bei ausländischen Jugendlichen. Ausdrücklich wird aber im Bericht des Arbeitsamtes deutlich der pauschalen These einer geringeren Ausbildungsmotivation junger Ausländer*innen widersprochen.

Der *Ausländerbeirat* appelliert an die Arbeitgeberverbände, ausländischen Jugendlichen bei der Verteilung der Ausbildungsstellen eine gerechte Chance zu geben. Gleichzeitig wird der Oberbürgermeister gebeten, in der Kölner Wirtschaft dafür zu werben.

Der *Ausländerbeirat* fordert ebenfalls die Stadtverwaltung auf, sich dieses Themas anzunehmen, da in den vergangenen drei Jahren bei 351 städtischen Ausbildungsstellen nur 20 (6 %) Stellen mit ausländischen Jugendlichen besetzt wurden.

»Der Doppelpass als Streitobjekt – Integration und Staatsangehörigkeit«

Der *Ausländerbeirat* veranstaltet in der Volkshochschule eine Informations- und Diskussionsveranstaltung und wirbt für die Möglichkeit einer doppelten Staatsangehörigkeit.

Satzung und Wahlordnung des *Ausländerbeirates*

Der Rat beschließt im Februar 1989 eine Veränderung der Satzung und Wahlordnung des *Ausländerbeirates*. In der Präambel zur Neufassung heißt es: »Der Rat der Stadt Köln ist sich bewusst, dass ein *Ausländerbeirat* nur vorübergehenden Charakter haben kann, da das politische Mitspracherecht der Ausländer/Ausländerinnen in Köln der anzustrebende Zustand ist. Der Rat sieht daher die nachfolgenden Regelungen als Provisorium an, deren Gültigkeit nach Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer/Ausländerinnen erlischt.« (Aus den Sitzungsprotokollen)

Am 03.12.1989 wird der zweite *Kölner Ausländerbeirat* gewählt.

Der neu gewählte *Ausländerbeirat* besteht jetzt aus 26 stimmberechtigten Mitgliedern, davon sind 17 direkt gewählte Vertreter*innen der Ausländer*innen und 8 vom Rat entsandte Ratsmitglieder. Der Vorsitzende wird erstmals aus dem Kreis der stimmberechtigten Mitglieder gewählt. Gewählt wird Tayfun Keltek und als Vertreter Romolo Di Sabatino.

Wahl des zweiten *Kölner Ausländerbeirates*

Wahltermin	03.12.1989
Zusammensetzung	Der Ausländerbeirat besteht aus 26 Mitgliedern: ■ 17 stimmberechtigte gewählte Vertreter*innen der ausländischen Bevölkerung ■ 1 stimmberechtigtes ausländisches Mitglied wird in Abstimmung mit dem Kölner Flüchtlingsrat als Vertreter der nicht wahlberechtigten Nationalitäten benannt. ■ 8 stimmberechtigte vom Rat entsandte Ratsmitglieder Die im vorherigen <i>Ausländerbeirat</i> noch stimmberechtigten Vertreter*innen der Wohlfahrtsverbände und sonstigen Organisationen fungieren künftig nur noch als beratende Mitglieder.
Wahlverfahren	17 direkt gewählte Vertreter*innen der Ausländer*innen aus 6 Anwerbeländern sind Mitglieder im <i>Ausländerbeirat</i>. 10 Sitze gibt es für Türk*innen, 3 Sitze für Italiener*innen, 2 für Jugoslaw*innen und je 1 für Griech*innen und Spanier*innen. Erstmals gibt es die Möglichkeit, Listen getrennt nach den verschiedenen Anwerbenationen zu bilden. Gewählt wird in 40 Wahllokalen im Stadtgebiet.
Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung	Wahlberechtigt ist, wer am Wahltag 18 Jahre alt und seit mindestens einem Jahr mit Hauptwohnsitz in Köln gemeldet ist. 72.256 Wahlberechtigte waren aufgerufen ihre Stimme abzugeben. 23.145 Wähler*innen (32 %) gaben ihre Stimme ab.
Gewählte stimmberechtigte Mitglieder	■ Türkische Sitze: Liste Demokratlar Birliği Ali Rıza Gülçiçek, Mehmet Ali Ateş, Hasan Ateş; Einzelbewerberin Sabri Surat; Liste Köln Türk Demokratlar Listesi: Tayfun Keltek, Kamil Üresin; Liste Islami Birklik: Zehni Edis; Liste Gençlik: Selahattin Toprakçı; Liste Mevlana: Işık Uğurlu, Alper Kayhan ■ Italienische Sitze: Liste Socialista: Romulo Di Sabatino, Rome Santoro; Liste CTIM/Gran Sasso: Giuseppe Cecon ■ Jugoslawische Sitze: Liste Kroatische katholische Mission: Jasna Rezo; Liste Jugosloveni Za Jugoslovene: Tihomir Djurovic ■ Griechischer Sitz: Einzelbewerber Spyridon Pappas ■ Spanischer Sitz: Liste Agrupacion Espanola De Colonia: Oscar Caleros Fernandez Vertreter der nicht wahlberechtigten Nationalitäten: Afeworki Habtu
Entsante stimmberechtigte Mitglieder	■ SPD-Fraktion: Christa Becker, Walter Kluth, Rudolf Reiferscheid, Karl-Heinz Schmalzgrüber ■ CDU-Fraktion: Bernhard Ensmann, Ingrid Necks, Mathias Wirtz ■ Bündnis 90/Die Grünen: Ursula Barz
Beratende Mitglieder	FDP: Manfred Wolf; Die Republikaner: Joachim Weier; DGB: Walter Büchner; Amt für Diakonie: Hermann Göhring; Der Paritätische: Dr. Günter Jikeli; Arbeiterwohlfahrt: Hans-Gregor Kremer; Arbeitsamt: Albrecht Lixfeld; DRK: Egon Menden; Arbeitgeberverband Metall: Dr. Meinolf E. Sprenger; Caritasverband: Dr. Karl Heinz Vogt Für die Stadtverwaltung nimmt der Beigeordneter Lothar Ruschmeier teil.
Vorsitz	Der Vorsitzende wird erstmals aus dem Kreis der stimmberechtigten Mitglieder gewählt. Gewählt wird Tayfun Keltek und als sein Vertreter Romulo Di Sabatino.
Befugnisse	Gemäß der neu formulierten Satzung werden im <i>Ausländerbeirat</i> alle Fragen der Ausländerintegration für die zuständigen Fachausschüsse vorbereitet. Der Ausländerbeirat kann Stellungnahmen und Empfehlungen an den Rat, die Ratsausschüsse, die Bezirksvertretungen und die Verwaltung abgeben und hat das Recht, Anfragen an die Verwaltung zu stellen. Des Weiteren kann er für die Fachausschüsse des Rates je 2 ausländische Anhörungspersonen zur Berufung vorschlagen. Auch für die 9 Bezirksvertretungen können je 2 ausländische Anhörungspersonen zur Berufung vorschlagen werden. Die Ausländerbeiratsmitglieder erhalten auf Antrag eine pauschalierte Entschädigung pro Sitzung.

In der konstituierenden Sitzung begrüßt Oberbürgermeister Norbert Burger die Mitglieder des *Ausländerbeirates*: »Möglicherweise oder vielleicht hoffentlich, war dies die letzte Wahl vor der angestrebten Einführung des *kommunalen Wahlrechtes* für Ausländer und Ausländerinnen in Nordrhein-Westfalen. Man muss abwarten, wie die Dinge sich entwickeln, insbesondere wie das Bundesverfassungsgericht endgültig in dieser Frage entscheiden wird.« (Aktuelles 7/1990)

1990

Räumlichkeiten für kulturelle Veranstaltungen ausländischer Bürger in den Bezirken

Der *Ausländerbeirat* erneuert seine Bitte von 1985 und fordert die Verwaltung auf, für jeden Stadtbezirk städtische Räumlichkeiten (z. B. auch Schulen und Bürgerzentren) zu benennen, die geeignet

sind, als Veranstaltungsort für größere Familienfeste und Hochzeitsfeiern sowie multikulturelle Veranstaltungen etc. zu dienen.

Ausländerprogramm

Der *Ausländerbeirat* befasst sich mit dem städtischen *Ausländerprogramm*, über das den freien Trägern insgesamt sieben Millionen DM für die Integration ausländischer Arbeitnehmer*innen und ihrer Familien bereitgestellt werden soll. Darin enthalten sind auch eine Förderung von Ausländerzentren mit multikulturellem Charakter und Qualifizierungsprogramme für ausländische Jugendliche. Kritisiert wird, dass bei der Stadtverwaltung von 65 städtischen Ausbildungsplätzen weiterhin nur 2 an ausländische Jugendliche vergeben werden. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, bei der Ausbildung von jugendlichen Ausländer*innen eine Vorreiterrolle zu übernehmen.

Im Blickfeld

Doppelte Staatsbürgerschaft

Forderung

Der *Ausländerbeirat* setzt sich seit 1988 immer wieder für die Möglichkeit einer *Doppelten Staatsbürgerschaft* in Deutschland ein.

Hintergrund

Bis 2024 gilt in Deutschland der *Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit* bei Einbürgerungen. Bis dahin müssen bei der Einbürgerung die ausländischen Pässe in der Regel abgegeben werden und in Deutschland geborene Kinder von Eingewanderten sich als junge Erwachsene für den deutschen oder den ausländischen Pass entscheiden. In einer Vielzahl von Ländern ist die Möglichkeit der *Doppelten Staatsbürgerschaft* schon seit Jahrzehnten selbstverständlich. Folgende Gründe macht der *Ausländerbeirat/Integrationsrat* bei seiner Forderung geltend:

- Was in einer Vielzahl anderer Länder selbstverständlich ist, sollte auch in Deutschland möglich sein.
- Die als Ungleichbehandlung innerhalb der zugewanderten ethnischen Gruppen bestehende Regelung, dass (Spät-)Aussiedler*innen, die bei ihrer Übersiedlung nach Deutschland grundsätzlich automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, ohne die alte Staatsangehörigkeit aufgeben zu müssen, wäre beseitigt.
- Die Doppelte Staatsbürgerschaft wäre ein Zeichen des Respekts vor und eine Anerkennung der ohnehin nicht ‚ablegbaren‘ Herkunftsidentität zugewanderter Menschen, d. h. eine Anerkennung von hybriden Identitäten und Mehrfachbindungen. Eine solche Regelung sollte zumindest für die erste und zweite Generation gelten, wenn noch ein emotionaler Bezug zum Herkunftsland besteht.
- Die Erteilung der Doppelten Staatsbürgerschaft an Ausländer*innen wäre, gerade in Zeiten der rassistischen Ausgrenzung und von Anschlägen wie z. B. 1993 in Solingen oder 2020 in Hanau, ein deutliches Zeichen des Staates im Sinne eines »Ihr gehört dazu«.

Umsetzungsstand

Das im Juni 2024 in Kraft getretene Einbürgerungsgesetz hebt das vorherige Verbot der Mehrstaatigkeit auf und Eingebürgerte und auch ihre in Deutschland geborene Kinder können die Staatsangehörigkeit des Herkunftslandes behalten.

Neues Ausländergesetz

Der *Ausländerbeirat* befasst sich ausführlich mit dem Entwurf einer Neuregelung des Ausländergesetzes. Vorgesehen ist eine erleichterte Einbürgerung für 16–23-Jährige bei mindestens 8-jähriger und bei älteren Ausländern bei mindestens 15-jähriger Aufenthaltsdauer. Allerdings muss bei einer Einbürgerung in Deutschland der ausländische Pass abgegeben werden. Gleichzeitig können aber z. B. Deutsche, wenn sie eine Bindung, z. B. zur Türkei durch die Heirat eines türkischen Staatsangehörigen haben, diese Staatsangehörigkeit zusätzlich erhalten. Zuvor eingebürgerten türkeistämmige Menschen ist es dadurch rechtlich möglich mit Verweis auf ihre Bindung an die Türkei, den zuvor abgegebenen türkischen Pass wieder zu beantragen.

Der *Ausländerbeirat* startet daraufhin eine Informationskampagne über diese rechtliche Möglichkeit und in der Folge erhalten viele Eingebürgerte auf diesem Weg eine *Doppelte Staatsangehörigkeit*.

Wohnsituation der Ausländerinnen und Ausländer in Köln

Der *Ausländerbeirat* diskutiert die aktuelle Wohnsituation mit dem Leiter des Wohnungsamtes. Der *Ausländerbeirat* setzt sich erfolgreich dafür ein, dass künftig 30 % der öffentlich geförderten Wohnungen an Ausländer*innen vermietet werden sollen.

1991

Kommunales Wahlrecht

Aufgrund einer Klage der CDU/CSU im Bundestag hat das Bundesverfassungsgericht die Einführung des *Kommunalen Wahlrechtes* in Hamburg und Schleswig-Holstein in der dort geplanten Form als nicht verfassungsgemäß abgelehnt. Der *Ausländerbeirat Köln* fordert daraufhin die im Bundestag vertretenen Fraktionen auf, sich für eine entsprechende Verfassungsänderung einzusetzen und dafür Sorge zu tragen, dass die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft über die Möglichkeiten des neuen Ausländergesetzes hinaus erleichtert wird. (s. Seite 30 ►)

Beirat kennt die Sorgen der Ausländer

Mit Kleinarbeit ein Stück voran

Hoffnung auf Wahlrecht nicht aufgeben

Von Gaby Reucher

„Wir haben schon vieles erreicht, aber an vielen Problemen müssen wir weiter arbeiten und sie verstärkt an die Öffentlichkeit bringen.“ Tayfun Keltek, Vorsitzender des *Ausländerbeirats*, zog Bilanz. Seit 1984 ausländische Einwohner in Köln zum erstenmal ihre Vertreter direkt in den Beirat wählen konnten, ist er dabei.

Siebzehn ausländische Vertreter, acht Ratsmitglieder und ein Flüchtlingsvertreter sind nach der letzten Wahl im Dezember 1989 stimmberechtigt und kümmern sich um die Fragen und Nöte der in Köln lebenden Ausländer. Nach außen hat dieses Gremium keine Entscheidungsgewalt, aber die Ratsmitglieder, die im *Ausländerbeirat* vertreten sind, sorgen dafür, daß die Anliegen ihrer ausländischen Kollegen in den Ratsausschüssen vorgebracht werden. „Der Beirat funktioniert besser als in anderen Städten“, meint Tayfun Keltek. „Er kümmert sich um Themen, die die Ausländer wirklich betreffen.“

Aber Veränderungen dauern ihre Zeit, und viele Früchte seiner Arbeit kann der *Ausländerbeirat* erst jetzt nach Jahren ernten. Daß ausländische Kinder wegen Sprachschwierigkeiten in Sonderschulen abgeschoben werden, war dem Beirat schon immer ein Dorn im Auge.

Ein Verdienst

Während der Anteil der deutschen Schüler, die eine Sonderschule besuchen, bei 25 Prozent lag, waren es bei den Ausländern 40 Prozent. Mittlerweile habe sich der Anteil immerhin schon auf 32 Prozent verringert, sagte Tayfun Keltek. Auch daß Ausländer bei Kindergärten ihrem Anteil entsprechend berücksichtigt werden, ist ein Verdienst des Beirats. In der Jugendarbeitslosigkeit muß noch einiges getan werden. Nach wie vor seien ausländische Jugendliche bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz benachteiligt.

Ob es darum geht, Räume in Bürgerzentren für türkische Hochzeiten zu bekommen oder den Aufenthaltsstatus der Ausländer zu verbessern, der Beirat ist überall um Hilfe bemüht. „Das ist Kleinarbeit, die man auch tun muß, sonst kommt man nicht weiter“, erläutert Tayfun Keltek. Der Vorsitzende beklagt, daß den Ausländern oft die Geduld und die Erfahrung fehlen:



ZIEHT BILANZ über die Arbeit des *Ausländerbeirats*: Vorsitzender Tayfun Keltek. Bild: Jülicher

„Sie wissen gar nicht, wie ein Ratsausschuß funktioniert und wie viele Monate oder sogar Jahre es dauern kann, bis über etwas entschieden wird.“

Doch nicht nur im kleinen, auch bei den großen Angelegenheiten mischt der Beirat mit. Das kommunale Wahlrecht für Ausländer ist eins der wesentlichen Ziele, auf die das Gremium hinarbeitet. Nachdem das Verfassungsgericht das kommunale Wahlrecht in Hamburg und in Schleswig-Holstein für verfassungswidrig erklärt hat, ist Tayfun Keltek froh, daß es wenigstens die *Ausländerbeiräte* gibt. „Wir wollen immer noch das Wahlrecht, aber wo das zur Zeit nicht möglich ist, haben wir wenigstens den *Ausländerbeirat*. Für mich ist der Beirat aber kein Ersatz für das Wahlrecht und kann es auch gar nicht sein.“ Nur eine Verfassungsänderung kann den Ausländern jetzt zu ihrem Wahlrecht verhelfen. In einem persönlichen Schreiben versicherte Ministerpräsident Johannes Rau gegenüber Tayfun Keltek, daß auch die SPD auf Landesebene weiterhin am kommunalen Wahlrecht für Ausländer arbeite.

Ausländerreferat

Der *Ausländerbeirat* fordert das *Ausländerreferat*, besetzt mit dem Ausländerreferenten und dem Geschäftsführer des Ausländerbeirates, personell und räumlich besser auszustatten.
(s. Seite 42 ►)

1992

Arbeitsgemeinschaft Ausländerbeiräte NRW

Der *Ausländerbeirat* Köln beschließt, der von ihr angestoßenen *Arbeitsgemeinschaft Ausländerbeiräte NRW (AGA)* als Gründungsmitglied beizutreten.

Im Blickfeld

Kommunales Wahlrecht

Forderung

Der *Ausländerbeirat* und später der *Integrationsrat* fordern immer wieder die Einführung des *Kommunalen Wahlrechts* für alle langjährig hier lebenden Menschen.

Hintergrund

Schon 1985 wird in der konstituierenden Sitzung des ersten direkt gewählten *Ausländerbeirates* in Resolutionen an den Bund und das Land die Einführung eines *Kommunalen Wahlrechtes* gefordert. In einem Antrag dazu wird 1986 beschrieben, »dass ausländische Einwohner genauso wie die deutschen Bürger Steuern zahlen und mit Ausnahme der Wehrpflicht die gleichen staatsbürgerlichen Pflichten haben. Trotzdem wird ihnen, anders als in Ländern wie Schweden, Finnland, Norwegen und Dänemark, das Kommunale Wahlrecht nicht zugestanden«. Der *Ausländerbeirat* sieht das *kommunale Wahlrecht* als wichtigen Schritt zur politischen und rechtlichen Gleichstellung und stellt fest: »Integration kann nur über politische Beteiligung gelingen!«

Umsetzungsstand

1991 entscheidet das Bundesverfassungsgericht aufgrund einer Klage der CDU/CSU die Einführung des *Kommunalen Wahlrechtes* in Hamburg und Schleswig-Holstein in der dort geplanten Form als nicht verfassungsgemäß.

Im Okt. 1991 stellt der *Ausländerbeirat* fest, »dass eine Integration der Ausländer/innen in die deutsche Gesellschaft ohne politische Rechte auf Dauer misslingt.« Er fordert die im Bundestag vertretenen Fraktionen dazu auf, sich für eine entsprechende Verfassungsänderung einzusetzen. Dafür findet sich keine politische Mehrheit, zumal neben dem Bundestag auch der Bundesrat zustimmen muss.

Im Jahr 1992 erhalten EU-Staatsangehörige, die in einem anderen Mitgliedsland leben das Recht, in diesem Land an Kommunalwahlen teilzunehmen. Drittstaatsangehörige also Nicht-EU Bürger*innen, z. B. zahlreichen seit Jahrzehnten hier lebenden Menschen aus der Türkei, bleibt dieses Recht weiter verwehrt. 2007 diskutiert die NRW-Landesregierung (SPD, Grüne und Piraten) die Einführung eines Landtagswahlrechts für EU-Bürger*innen. Der Landesintegrationsrat bringt – gestützt auf entsprechende Ratsappelle aus 55 Städten in NRW – die Einführung des *Kommunalen Wahlrecht* erneut in die Diskussion ein. Notwendig für eine Verfassungsänderung in NRW ist eine 2/3-Mehrheit und damit die Unterstützung der FDP. Diese hat in ihrem Wahlprogramm die Einführung des *Kommunalen Wahlrechts* gefordert, ist jetzt aber der Ansicht, dass dies auf Bundesebene geändert werden müsse. Damit scheitert diese Initiative.

2015 erneuert der Integrationsrat seine Forderung nach Einführung des *Kommunales Wahlrechts*. Eine im Jahr 2016 vom *Landesintegrationsrat NRW* und *Integrationsrat Köln* bei infratest Dimap in Auftrag gegebene repräsentative Befragung ergibt, dass eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung ein *kommunales Wahlrecht* für alle Ausländer*innen befürwortet.

Zum Stichtag 31.12.2022 leben in Köln 242.000 Menschen ohne deutschen Pass, davon sind 165.000 Personen aus Nicht-EU-Staaten (Vorl.Nr. 1516/2023). Das heißt, 14,6 % der Kölner*innen sind von allen demokratischen Wahlen in diesem Land – mit Ausnahme der *Integrationsratswahlen* – ausgeschlossen. Dies ist ein grundsätzliches Problem in einer demokratisch verfassten Gesellschaft.

Europa Schulen

Der *Ausländerbeirat* befasst sich mit dem Konzept einer *Europa Schule*. Dieses sieht vor, die drei am meisten vertretenen Herkunftssprachen der an der Schule lernenden ausländischer Schüler*innen als Fremdsprachen anzubieten.

Der *Ausländerbeirat* fordert eine künftige Realisierung des Konzeptes an vielen Kölner Schulen unter Hervorhebung des Prinzips der *Interkulturellen Erziehung* als wesentliches Unterrichts- und Organisationsprinzip. Dieses Prinzip sei am besten geeignet, das Zusammenleben der Jugendlichen anderer Sprachen und kultureller Herkunft in der Schulgemeinschaft zu verbessern und zunehmender Ausländerfeindlichkeit entgegenzuarbeiten. Das Leistungspotential ausländischer Schüler*innen könne dadurch gestärkt und das Sprachangebot für die deutsche Schüler*innen erhöht werden.

In Köln gibt es bis heute die *Europaschule Köln/Gesamtschule Zollstock*.

Ausländerzentren

Der *Ausländerbeirat* diskutiert das Thema Zentrenförderung und bildet eine Arbeitsgruppe, bestehend aus 5 *Ausländerbeirats*mitgliedern, 5 Zentrumsvertretern und einem Vertreter der Verwaltung, um Vorschläge zur Weiterentwicklung der Zentrumsarbeit zu entwickeln. (s. Seite 41 ►)

Tiefe Betroffenheit bei türkischen Mitbürgern:

Angst um das eigene Leben und das der Familien

Von Horst Schumacher

Nach dem Brandanschlag geht unter Ausländern die Angst um, so der Tenor einer „Rundschau“-Umfrage gestern. Menschen, die schon seit 20 oder 30 Jahren in Deutschland leben, fürchten jetzt um ihre Sicherheit und die ihrer Familien. Als Tayfun Keltec die Nachricht von dem „scheußlichen und niederträchtigen“ Anschlag hörte, war seine gute Laune dahin.

■ Skepsis gegenüber Selbsthilfe-Initiativen

„Zuerst waren die Asylbewerber dran, jetzt geht es offenbar auch gegen Türken. Sind ausländisch aussehende Deutsche die nächsten?“, fragt der türkische Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in NRW. Keltec bekennt: „Auch ich habe Angst.“

Doch trotz allem hofft er, daß es gelingt, „die Gefühle zu versachlichen“, so daß es nicht zu Gegengewalt kommt. Letztlich setzt Keltec auf die gesellschaftlichen und politischen Kräfte, die den Rechtsradikalismus bekämpfen und den Ausländern den Rücken stärken.

In Selbsthilfe können ausländische Bürger seiner Ansicht nach nur wenig für ihre Sicherheit tun. Notruftelefone oder Telefonketten, über die bei Anschlägen Hilfe herbeigerufen werden könnte, hält Keltec eher für „symbolische Einrichtungen“.

„Die Rechtsradikalen schrecken vor nichts zurück. Ich habe Angst um mein Leben und meine Familie“, so die erste Reaktion von Emre Varal, der bei den Ford-Werken arbeitet. Der Türke Varal lebt seit 30 Jahren in Deutschland. „Wir haben Deutschland mitgebaut und sind jetzt zur Solidarität mit den neuen Ländern bereit. Sind Brandanschläge die Anerkennung dafür?“ Varal befürchtet, daß es zu Racheaktionen türkischer Jugendlicher gegen Skinheads kommen könnte.

„Wir werden in Protestschreiben einen besseren Schutz der Ausländer fordern“, hieß es beim deutsch-türkischen Kulturverein in Köln. „Doch viele Menschen haben noch immer nicht begriffen, daß wir in Deutschland keine Gäste mehr sind, sondern Bürger wie alle anderen auch“, sagte Aydin Parmaksizoglu vom Kölner Verein.

1988

Im Jan. 1988 beschließen der *Ausländerbeirat Köln* und 6 weitere *Ausländerbeiräte* aus NRW künftig zusammenzuarbeiten. Im März 1988 treffen sich die *Ausländerbeiräte* erneut und bilden künftig einen formlosen Zusammenschluss als *Arbeitsgemeinschaft gewählter Ausländerbeiräte in NRW*.

1989

Die Republikaner erhalten bei den Bundestagswahlen 8 % der Wählerstimmen. Fortan ist häufig von »Überfremdung« und »Asylmissbrauch« die Rede.

1990

Im Januar 1990 gibt es in der *Arbeitsgemeinschaft gewählter Ausländerbeiräte NRW* den Beschluss sich satzungsmäßig zu verfestigen. Im März 1990 werden Grundzüge einer Satzung erarbeitet und im Mai 1990 Tayfun Keltec erneut zum Sprecher der *Arbeitsgemeinschaft* gewählt. Mitarbeiter der Stadt Köln übernehmen weiterhin kommissarisch die Geschäftsführung.

■ Im Sept. 1990 findet im Rahmen der bundesweiten »Woche der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger« eine Veranstaltung im Kölner Rathaus statt.

1991

■ Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Köln, das glücklicherweise keine Verletzten oder Todesopfer fordert.

■ Die *Interkulturelle Woche* Köln hat im Sept. 1991 das Motto »Mehr voneinander wissen bedeutet – Ängste abzubauen«.

■ Mit Brandsätzen, Stahlkugeln und Steinen wird im Sept. 1991 ein Asylbewerberwohnheim in Hoyerswerda von Neonazis angegriffen.

■ In Köln gründet sich im Dez. 1991 der *Kölner Runde Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit* (ab 2002 *Runder Tisch für Ausländerfreundlichkeit*).

1992

■ Das Festkomitee Kölner Karneval proklamiert im Febr. 1992 den *Ausländerfreundlichen Karneval 1992*. Gisbert Brovot, Präsident des Festkomitees: »Der Karneval hat es nicht nötig, auf Kosten von Ausländern zu feiern. Deren Integration hat in Köln schließlich eine jahrtausendealte Tradition«. Oberbürgermeister Burger ergänzt: »Der Karneval ist das Spiegelbild interkultureller Gesellschaft.« (KStA 05.02.1992)

■ Im Juli 1992 wird aus der *Arbeitsgemeinschaft gewählter Ausländerbeiräte NRW* die *Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte NRW (AGA)* als kommunaler Spitzenverband der Ausländerbeiräte in NRW. Gründungsmitglieder sind Bonn, Bottrop, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Herten, Iserlohn, Köln, Moers, Mülheim/Ruhr, Siegen und Troisdorf. Ziel der AGA NRW ist die Durchsetzung der »politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung der ausländischen Wohnbevölkerung«. In einer Grundsatzrede zur Gründung beschreibt der Vorsitzende Tayfun Kelték: »Die Beteiligung der Ausländer am politischen Entscheidungsprozess nicht nur in der Kommune, sondern auf allen politischen Ebenen ist keine Frage der Humanität, sondern eine Überlebensfrage unserer Gesellschaft. Soll eine multikulturelle Gesellschaft funktionieren, dann erfordert dies die gleichberechtigte Teilhabe aller Gruppen am politischen Geschehen. Geschieht dies nicht, werden sich die Ausgeschlossenen aus der Gesellschaft verabschieden und es ablehnen gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.«

■ Unter dem Titel »30 Jahre Türken in Deutschland« finden in Köln verschiedene Veranstaltungen statt.

■ Im Aug. 1992 wird bei zweitägigen Krawallen ein Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen angegriffen und in Brand gesteckt. Dies sind bis dahin die schwersten rassistischen Ausschreitungen der deutschen Nachkriegszeit.

■ Die *Interkulturelle Woche* Köln im Sept. 1992 hat das Motto »Viele Kulturen – eine Zukunft«.

Jeck schon im Kindergarten

Runder Tisch zum Thema Karneval und Ausländer – Ansätze sollen verstärkt werden – Gespräche mit den Interpreten

Von unserem Redakteur
Horst Piegeler

„Der Karneval hat es nicht nötig, auf Kosten von Ausländern und Minderheiten zu feiern. Deren Integration hat in Köln schließlich eine jahrtausendealte Tradition.“ Gisbert Brovot, Präsident des Festkomitees Kölner Karneval, machte den Standpunkt der organisierten Karnevalisten deutlich. Und Oberbürgermeister Norbert Burger ergänzte: „Der Karneval ist das Spiegelbild interkultureller Gesellschaft.“ Anlaß für diese Meinungsäußerungen: Im Haus des Karnevals tagte gestern der „Runde Tisch für Ausländerfreundlichkeit“, ein Gremium, dem Ausländer und Deutsche sowie Organisationen ganz unterschiedlicher politischer Couleur angehören.

Festkomitee und „Runder Tisch“ proklamierten gestern unisono den „Ausländerfreundlichen Karneval 1992“ und sagten sich dafür gegenseitige Unterstützung zu. Das Programm wird auf zwei Beinen stehen: Zum einen soll Diskriminierendes über Ausländer in Reden und Liedern vermieden werden, indem das Festkomitee mit den Interpreten Gespräche führt. Allerdings – so der gemeinsame Eindruck – sei so etwas in den vergangenen Jahren ohnehin selten geworden; in dieser Session sei noch kein einziger Fall von Diskriminierung bekannt geworden.

Das zweite Bein stellt die Integration von Ausländern dar. Da gelte es, vorhandene positive An-

sätze zu verstärken. Denn, so Rudi Conin: „Da ist in den letzten Jahren schon was gewachsen, allerdings unter Ausschluß der Öffentlichkeit.“ Conin bezog sich dabei auf die vielen ausländischen Teilnehmer der Karnevalszüge, die allerdings nie im Rampenlicht stünden.

Einen besonderen Stellenwert bei der Integration von Ausländern habe, da war man sich einig, die Schule. Hilmar S. Ankerstein von der Deutsch-Jüdischen Gesellschaft: „Die leben die Integration, jeden Tag.“ Und Udo Phleggar, Leiter der Theo-Burauen-Schule mit Schülern aus 26 Ländern, ergänzte: „Ohne unsere Ausländer können wir im Schul-Karneval einpacken.“

Aber, meinte Rudi Conin, man könne auch noch früher mit den Bemühungen um Integration ansetzen: in den Kindergärten etwa. Er regte an, das Kinderdreigestirn solle Kindergärten mit einem großen Ausländeranteil besuchen und so den Karneval spielerisch an die Pänz herantragen. Brovot ergänzte allerdings, daß man nicht alles reglementieren könne: „Es wird keinen »Arbeitskreis Ausländer im Karneval« geben.“

Gemeinsam setzt man statt dessen darauf, daß die vielen kleinen Ansätze, die jetzt schon vorhanden sind, sich ergänzen und im Laufe der Zeit zu einem noch besseren Miteinander führen – das solle ein „Prozeß ohne äußeren Druck sein“, aufbauend auf der „Bewußtseinsklärung in den letzten Jahren“.



Am „Runden Tisch für Ausländerfreundlichkeit“: Hilmar S. Ankerstein, Gisbert Brovot, Norbert Burger, Conny Gilges, Tayfun Kelték, Rudi Conin und Udo Phleggar (von links). (Bild: Rakoczy)

Städtischer Altenplan

Der *Ausländerbeirat* begrüßt die Aufnahme des Themas »Ältere Ausländerinnen und Ausländer« in die städtische Altenplanung und beschließt die Einrichtung einer entsprechenden Arbeitsgruppe.

Diese Arbeitsgruppe begleitet in der Folge die Fortschreibung des städtischen *Altenplanes* und formuliert u. a., dass die Träger der Altenberatung entsprechend qualifiziert und interkulturell geschult und der Aufbau von Treffpunkten älterer Ausländer*innen verfolgt und entsprechende Konzepte entwickelt und umgesetzt werden sollen.

Amt für multikulturelle Angelegenheiten

Der *Ausländerbeirat* fordert im Dez. 1992 unter Bezugnahme auf den Anschlag in Solingen, die Einrichtung eines *Amtes für multikulturelle Angelegenheiten* zur Begleitung eines Zusammenlebens von Ausländern und Deutschen auf verschiedenen Ebenen. (s. Seite 42 ►)

1993

Resolution zum rassistischen Brandanschlag in Solingen

Der *Ausländerbeirat* beschließt im Juni 1992 die Resolution »Die Morde von Solingen müssen Konsequenzen haben«. Gefordert wird eine grundsätzliche Wende in der Ausländerpolitik in NRW und die koordinierte Anstrengung von Politik und Verwaltung zum Abbau von Diskriminierung. Einleitend mit dem Satz »Die Lichterketten reichen uns

Beirat zum friedlichen Zusammenleben

„Ausländer haben das Land mit aufgebaut“

Als notwendige Voraussetzung für ein verständnisvolles Zusammenleben von Ausländern und Deutschen fordert der *Ausländerbeirat* unter anderem die Einrichtung eines Amtes für multikulturelle Angelegenheiten. Tayfun Keltek, Vorsitzender des *Ausländerbeirats*, betonte gestern: »Viele Ausländer haben beschlossen, das Land angesichts der ausländerfeindlichen Ausschreitungen zu verlassen.«

Andererseits wüßten die jungen Ausländer der zweiten und dritten Generation, »daß ihre Eltern das Land mit aufgebaut haben und ein Recht haben, hier zu leben«. Keltek: »1991 haben die Ausländer in Deutschland 57 Milliarden Mark an Sozialabgaben gezahlt, aber nur 14 Milliarden in Anspruch genommen.« Keltek unterstrich, von seiten des *Ausländerbeirats* wünsche man sich eine intensivere interkulturelle Erziehung an den Schulen. Er forderte ein kommunales Wahlrecht für Ausländer, die lange in Deutschland gelebt haben. Weiter wünsche man sich, daß Firmen aufgeschlossener gegenüber ausländischen Lehrlingen werden: »Nur zehn Prozent der Auszubildenden sind Ausländer, obwohl ihr Anteil an den Jugendlichen bei 33 Prozent liegt.« Auch die älteren Ausländer müßten in die städtischen Planungen einbezogen werden. »In Köln gibt es 7000 Ausländer, die über 60 Jahre alt sind. Die Stadt muß sich Gedanken machen, wie diese Menschen ihren Lebensabend hier verbringen sollen.« hap

KR 17.12.1992

nicht mehr.« wird gefordert, sich für die Änderung des Staatsbürgerschaftsrechtes, der schnellen Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft und der Einführung eines Antidiskriminierungsgesetzes einzusetzen. Auch sollen die *Ausländerbeiräte* gestärkt und eine verstärkte Einstellung ausländischer Fachkräfte im öffentlichen Dienst als notwendige kulturelle Mittler*innen im Integrationsprozess erfolgen.

Im Blickfeld

Brandanschlag in Solingen

Bei einem Brandanschlag rechtsextremistischer Jugendlicher auf ein von türkischen Familien bewohntes Mehrfamilienhaus am 27. Mai 1993 in Solingen, sterben Gürsün İnce, Hatice Genç, Gülistan Öztürk, Hülya Genç und Saime Genç. 17 weitere Menschen erleiden zum Teil schwerste bleibende Verletzungen.

Nach den Anschlägen in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen und Mölln löst der Solinger Mordanschlag heftige Reaktionen in der türkeistämmigen Community aus, und es kommt zu Krawallen in der Solinger Innenstadt und zu Autobahnblockaden. Auch im Bereich der Kölner Venloer Straße gibt es Proteste türkischer Jugendlicher und Auseinandersetzungen mit der Polizei. Diese Tat ist eine Zäsur im Leben der türkischen Community und viele überlegen Deutschland zu verlassen.

Bundeskanzler Helmut Kohl lässt über seinen Regierungssprecher mitteilen, die Bundesregierung wolle nicht in einen »Beileidstourismus« verfallen und weigert sich zur Trauerfeier zu kommen. Bundespräsident Richard von Weizsäcker nimmt an der Trauerfeier teil.

Die Mutter, Großmutter und Tante der Opfer, Mevlüde Genç, ruft bereits unmittelbar nach dem Anschlag zur Versöhnung auf. Sie erhält später das Bundesverdienstkreuz.

Kurz nach dem Anschlag baut die Jugendhilfe-Werkstatt in Solingen das »Solinger Mahnmal«. Es wird am 29.05.1994 eingeweiht.



Bisph morgen rat

20 Jahre nach dem tödlichen Brandanschlag von Solingen berichten ZeitzeugInnen über die Opfer, die Täter und die geistigen Brandstifter.

Mit: Mevlüde Genç, Ali Kemal Gün, Metin Gür, Aysim Alpman, Herbert Leuninger, Marina Vitale und Kemal Bozay

Solingen'i anmak **Solingen erinnern**

Irkçılığa ve Sağ Şiddete Karşı Aktif Olalım
Aktiv gegen Rassismus und rechte Gewalt

Donnerstag, 16. Mai 2013, 19:30 Uhr

VHS Forum im Rautenstrauch-Joest-Museum, cäcilienstraße 29-33, 50676 Köln

Im Rahmenprogramm: Filme und Filmcollagen zum Solingen-Anschlag. O-Ton-Dokumente. Fotos und Livemusik von der Microphone Mafia.

Veranstalter: Arbeitsgruppe „Solingen erinnern“

In Kooperation mit: Allerweltshaus e.V., Antifa AK Cologne, Antifaschistische Koordination Köln & Umland, Asyl in der Kirche NRW, FilmInitiativ Köln, IG-Keupstraße e.V., Kölner Netzwerk kein mensch ist illegal, Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V., Rom e.V., Recherche International e.V., TÜDAY Menschenrechtsverein Türkei/Deutschland e.V.

Mit Unterstützung von: Arsch huh e.V., Integrationsagentur AWO Mittelrhein e.V.

ibs
Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsautoritarismus
im 19. und 20. Jhd. der Stadt Köln

Stadt Köln
Amt für Weiterbildung
Volkshochschule

© version Herby Sachs

Doppelte Staatsangehörigkeit

Der *Ausländerbeirat* beschließt die Unterstützung des Referendums »Doppelte Staatsangehörigkeit – Dem Hass keine Chance – 1 Million Stimmen für Doppelte Staatsbürgerschaft«.

Die Mitglieder des *Ausländerbeirates* verpflichten sich, weitere Unterstützungsunterschriften zu sammeln. (s. Seite 28 ►)

Türkisch als zweite Fremdsprache in Schulen

Der *Ausländerbeirat* bittet die Kölner Politik auf das Kultusministerium einzuwirken, das Angebot »Türkisch als zweite Fremdsprache« an mindestens zwei Kölner Gymnasien zu sichern bzw. auszuweiten und auch generell für ein Angebot »Türkisch als fortgeführte Fremdsprache« in der gymnasialen Oberstufe zu sorgen. Ebenfalls wird an den Kultusminister appelliert, Regelungen zu treffen, wonach ab einer bestimmten Anzahl ausländischer Schüler*innen und dem Wunsch nach Einrichtung eines Angebotes »Muttersprache als erste oder zweite Fremdsprache« ein solches Angebot von den Schulen gemacht werden muss.

Ausländerzentren und Ausländerarbeit im Jugend- und Sozialbereich

Der *Ausländerbeirat* verabschiedet eine Resolution gegen die geplanten Kürzungen bei den *Ausländerzentren* und bei der »Ausländerarbeit im Jugend- und Sozialbereich«.

1994

Novellierung der Gemeindeordnung NRW – Ausländerbeiräte

Der *Ausländerbeirat* diskutiert ausführlich den Entwurf der Landesregierung zur Novellierung der Gemeindeordnung, schlägt verschiedene Ergänzungen vor und bittet den Sprecher der *Arbeitsgemeinschaft Ausländerbeiräte NRW* diese Ergänzungen dem Landesinnenminister NRW vorzustellen.

Städtepartnerschaft Köln – Istanbul

Der *Ausländerbeirat* begrüßt im Feb. 1994 das Vorhaben einer Städtepartnerschaft Köln Istanbul und bittet um seine Einbeziehung in die künftigen städtepartnerschaftlichen Aktivitäten.

■ Bei einem Brandanschlag auf ein von 2 türkischen Familien bewohntes Haus in Mölln (Schleswig-Holstein) im Nov. 1992 durch 2 Neonazis kommen die beiden Mädchen Yeliz Arslan und Ayşe Yılmaz sowie ihre Großmutter Bahide Arslan in den Flammen. Weitere Familienmitglieder werden beim Sprung aus den Fenstern schwer verletzt.

■ Am 9.11.1992 findet auf dem Kölner Chlodwigplatz das »Arsch huh – Zäng ussenander«-Konzert gegen Ausländerfeindlichkeit mit über 100.000 Besucher*innen statt.

1993

■ 12 Städte treten der *Arbeitsgemeinschaft Ausländerbeiräte AGA NRW* bei: Bonn, Bottrop, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Herten, Iserlohn, Köln, Moers, Mülheim/Ruhr, Siegen und Troisdorf. Die AGA repräsentiert damit 465.000 ausländische Einwohner*innen in NRW.

■ Im Mai 1993 beschließt der Bundestag den sog. »Asylkompromis«, d. h. die Einschränkung der Möglichkeiten für Geflüchtete, sich auf das Grundrecht auf Asyl zu berufen.

■ Drei Tage nach dem Parlamentsbeschluss zünden am 27. Mai 1993 rechtsextremistische Jugendliche das Haus einer türkischen Familie in Solingen an und es sterben fünf Mitglieder der Familie Genç.

■ Die *Kölner Interkulturelle Woche* im Sept. 1993 hat das Motto »Miteinander leben«.

1994

■ Der Landtag NRW ändert im Mai 1994 § 27 der Gemeindeordnung und stärkt die Selbstvertretungskompetenz der Ausländer*innen. Städte in NRW mit mehr als 5.000 Ausländer*innen sind künftig verpflichtet *Ausländerbeiräte* einzurichten.

■ Die AGA NRW verabschiedet 1994 eine *Mustersatzung für Ausländerbeiräte* und fordert die kommunalen *Ausländerbeiräte* auf, diese Satzungen in ihren Kommunen durch den Rat verabschieden zu lassen.

Veranstaltung »Tag der ausländischen Lehrerinnen und Lehrer«

Der *Ausländerbeirat* ist Mitorganisator einer Veranstaltung mit Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen und einer Podiumsdiskussion »Multikultureller Schulalltag – wie könnte der gestaltet werden?«.

Veranstaltung »Ausländerkriminalität – Ausländerkriminalisierung«

Der *Ausländerbeirat* ist im Sept. 1994 Mitveranstalter einer Podiumsdiskussion u. a. mit NRW Innenminister Schnoor (SPD), Daniel Cohn Bendit (Grüne), Gerhard Baum (FDP), dem Kölner Polizeidirektor Granitzka und dem *Ausländerbeiratsvor-*

sitzenden Tayfun Keltek zu der Frage »Sind Ausländer krimineller als Deutsche oder werden Ausländer in Deutschland gezielt diskriminiert?«.

Hingewiesen wird darauf, dass die überwältigende Mehrheit langjährig in Deutschland lebender Ausländer*innen nicht krimineller als die deutsche Bevölkerung ist, aber dass es Bevölkerungsgruppen gibt, die aufgrund ihrer sozialen Benachteiligung eine erhöhte Kriminalitätsanfälligkeit aufweisen.

1995

Feier zum 10-jährigen Bestehen des *Ausländerbeirates*

Mit den Worten »Unsere ersten Kölner waren Ausländer« ehrt Oberbürgermeister Norbert Burger das 10-jährige Bestehen des *Ausländerbeirates* im Jan. 1995 und Tayfun Keltek für seinen 10-jährigen Einsatz im Gremium. »Für problematisch hält Keltek das kommunale Wahlrecht für Bürger aus Ländern der Europäischen Union, das demnächst eingeführt werden soll.« »Es darf keine Ausländer zweiter Klasse geben,« betont er. (KSTA 30.1.1995)

Am 26.03.1995 wird der dritte *Kölner Ausländerbeirat* gewählt.

Der neugewählte *Ausländerbeirat* besteht erstmals aus 29 stimmberechtigten, direkt gewählten Vertreter*innen der Ausländer*innen. Die bisher ebenfalls stimmberechtigten Ratsmitglieder haben, genau wie die Wohlfahrtsverbände und sonstigen Organisationen, jetzt nur noch eine beratende Funktion.

Vorsitzender wird Ibrahim Usta, seine Stellvertreter werden Alpaslan Akar, Oscar Calero und Tayfun Keltek.

In den Medien werden die schlechte Bewerbung der Wahl durch die Verwaltung sowie nicht rechtzeitig bereit gestellte Plakatstände kritisiert.

Islamische Begräbnisstätten

Der *Ausländerbeirat* beantragt im Okt. 1995 die Einrichtung entsprechender Begräbnisstätten. In der Folge wird dieses Thema im *Ausländerbeirat* immer wieder mit dem zuständigen Friedhofsamt diskutiert und nach entsprechenden Lösungen, z. B. zur Erlaubnis von Grabstätten mit unbegrenzten Liegezeiten etc. gesucht.

„Auch Blonde werden straffällig“

Experten diskutierten über Ausländerkriminalität
Kriminologe fordert sensibleren Umgang

Von Thomas Ludwig

Seit zwei Jahren lebt Jasmin K. (Name geändert) in Deutschland. Ihre Ehe ist die Hölle, ihr Mann schlägt sie. Irgendwann sucht sie Schutz im Frauenhaus. Weil sie keine vier Jahre mit ihrem Ehepartner in Gemeinschaft lebt, muß sie laut Gesetz abgeschoben werden. Bleibt sie hier, macht sie sich strafbar. Weil sie gegen ausländerrechtliche Normen verstößt, wird sie in die Statistik des Bundeskriminalamtes (BKA) aufgenommen.

Seit Jahren ein Reizthema: Ausländerkriminalität und Ausländerkriminalisierung. In den Köpfen geistern Unwissenheit und Vorurteile. Auf Einladung des Deutsch-Türkischen Vereins Köln versuchten jetzt Politiker und Fachleute im Forum der Volkshochschule Fakten und Argumente zur Diskussion beizusteuern. NRW-Innenminister Herbert Schnoor und der Kölner Polizeichef Winrich Granitzka stellten klar: Rund ein Viertel aller von Zuwanderern begangenen Straftaten sind Verstöße gegen das Ausländerrecht und können von Deutschen nicht begangen werden. Zudem werden in der Statistik des BKA Ausländergruppen mitgezählt, die in der Bevölkerungsstatistik nicht auftauchen: Illegale, Touristen und Stationierungstreitkräfte.

Gerhard Baum (FDP) wies darauf hin, daß demnach Kriminalität von Deutschen und Ausländern nicht ohne weiteres miteinander

verglichen werden könne. Der Begriff „Ausländerkriminalität“ suggeriere, daß Zuwanderer krimineller seien als die einheimische Bevölkerung. „Der Begriff sollte daher nicht länger benutzt werden.“

Denn wahr ist: „Auch Vegetarier begehen Straftaten – oder Katholiken und Blonde“, wie Professor Michael Walter, Kriminologe an der Uni Köln, betonte. Politiker müßten deshalb sensibel mit dem Thema Ausländer und Kriminalität umgehen und dürften es nicht zur Stimmungsmache mißbrauchen. Gleichwohl, und darauf wies Heinz Paus, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im NRW-Landtag hin, müßten Politiker ihre Glaubwürdigkeit wahren: Bei aller Relativierung ließen sich „Auffälligkeiten“ nicht leugnen.

Daß in Deutschland lebende Zuwanderer Straftaten begehen, darauf wies der Leiter des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt, Daniel Cohn-Bendit, hin. Das sei die Realität der Einwanderungsgesellschaft und sie dürfe nicht schöngeredet werden. Vielmehr müsse die Politik die Probleme benennen und Lösungsvorschläge erarbeiten. Wenn zum Beispiel 18- bis 25jährige ausländische Jugendliche anfälliger für Straftaten seien als deutsche, liege das an der schlechteren sozialen Lage, in der sie sich in der Regel befänden, und nicht daran, daß sie Ausländer seien.

Wahl des dritten *Kölner Ausländerbeirates*

Wahltermin	26.03.1995
Zusammensetzung	Im Unterschied zu 1989 besteht der <i>Ausländerbeirat</i> jetzt aus 29 stimmberechtigten Mitgliedern. 28 werden direkt von den Kölner Ausländer*innen gewählt, ein ausländisches Mitglied wird als Vertreter der nicht wahlberechtigten Nationalitäten entsandt.
Wahlverfahren	Wahlberechtigt sind alle Ausländer*innen, die am Wahltag 18 Jahre alt sind und sich seit einem Jahr rechtmäßig in Deutschland und drei Monate in Köln aufhalten (bisher war das Wahlrecht den Ausländern aus den ehemaligen Anwerbeländern vorbehalten). Gewählt wird in 123 Wahllokalen im Stadtgebiet.
Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung	127.085 Wahlberechtigte sind aufgerufen ihre Stimme abzugeben. Die Wahlbeteiligung liegt bei 22,5 %.
Gewählte stimmberechtigte Mitglieder	■ Liste Mevlana: Işık Uğurlu, Aydın Parmaksız, Alper Kayhan, Cuma Ali Bilik, Metin Şirin, Kazım Sağlam, Ibrahim Usta ■ Liste Güven: Sabri Surat, Süleyman Çelik, Tahi Baysal, Alpaslan Akar, Mehmet Ökzan, Ali Esen ■ Liste Köln Türk Demokratlar Listesi (Liste der türkischen Demokraten in Köln): Tayfun Keltek, Hasan Ateş, Kamil Üresin, Reinhard Hocker, Gönül Ezer ■ Liste Özgürlük ve Halkların Kardeşliği Listesi (Freiheit und Brüderlichkeit der Völker): Hamide Akbayır, Ibrahim Lucke ■ Liste Wir in Köln – Liste Oscar Calero: Oscar Calero y Fernandez, Rosa Maria Spitaleri ■ Liste Demokratische ImmigrantInnenliste: Selahattin Topraci, Hidir Mak ■ Liste Alternatif Demokrasi ve Barış Listesi (Alternative Demokratie- und Friedensliste): Zeyani Tür ■ Liste Türkiye'li Göçmenler Dayanışma Birliği (Solidarität der Migranten aus der Türkei): Şeref Demirci ■ Einzelkandidatin Stavrouia Patsourakou ■ Liste Afro-Asiatische Interkulturelle Liste: Ali Bokai ■ Liste Einheit: Mahmut Avcı
Entsante stimmberechtigte Mitglieder	8 Vertreter*innen der Ratsfraktionen als beratende Mitglieder
Beratende Mitglieder	8 Vertreter*innen mit beratender Stimme benannt von der Arbeiterwohlfahrt, des Caritasverbandes, des Amtes für Diakonie, des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, des Deutschen Roten Kreuzes, des Arbeitsamtes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Arbeitgeberverbände
Vorsitz	Vorsitzender wird Ibrahim Usta und seine Stellvertreter werden Alpaslan Akar, Oscar Calero und Tayfun Keltek.
Befugnisse	Gemäß § 23 der neuen Kölner Hauptsatzung von 1995 kann sich der <i>Ausländerbeirat</i> mit allen Angelegenheiten der Gemeinde und insbesondere mit Fragestellungen, die sich aus dem Zusammenleben von Menschen verschiedener kultureller Herkunft ergeben, mit Entscheidungen, die das Ausländermaßnahmenprogramm und mit Angelegenheiten der Ausländerintegration betreffen, befassen. Er hat das Recht, Anträge an Rat, Ausschüsse oder Bezirksvertretungen sowie Anfragen an die Verwaltung zu stellen und ist befugt im Rahmen der ihm zur Verfügung gestellten Mittel Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Bei integrationsrelevanten Vorlagen an den Rat bzw. an entscheidungsbefugte Ausschüsse oder Bezirksvertretungen ist der <i>Ausländerbeirat</i> im Beratungsverfahren zu beteiligen. Ab Febr. 1996 kann der <i>Ausländerbeirat</i> seine Mitglieder als sachkundige Einwohner*innen in die Fachausschüsse entsenden.

Ausländerkriminalität

Der *Ausländerbeirat* diskutiert im Juni 1996 erneut das in den Medien und der Öffentlichkeit diskutierte Thema *Ausländerkriminalität* mit dem Autoren des Artikels »Das gefährliche Gerücht von der hohen Ausländerkriminalität«. Hierzu wird u. a. der Kölner Polizeidirektor Granitzka eingeladen.

Beschäftigung von Migrant*innen im Öffentlichen Dienst

Der *Ausländerbeirat* bittet die Personalverwaltung um eine Darstellung der bei der Stadtverwaltung beschäftigten Migrant*innen im mittleren, gehobenen und höheren Dienst aufgeschlüsselt nach den Dienststellen.

Moscheebau in Köln-Chorweiler

Auf Bitten des *Ausländerbeirates* unterstützt der Rat den Wunsch nach Bereitstellung eines geeigneten Grundstücks.

Interkulturelle Erziehung in der Kita

Der *Ausländerbeirat* befasst sich im Okt. 1996 mit den Erfahrungen eines Pilotprojektes des Jugendamtes zur *Interkulturellen Erziehung* in Kitas in Köln Vingst und Höhenberg. Festgestellt wird, dass die Kitas ihre ausschließliche Ausrichtung auf die deutsche Kultur verlassen und die Muttersprache der ausländischen Kinder fördern müssen.

Kindergärten: Mehr Raum für die Muttersprachen

Pilotprojekt: Jugendamt will künftig den gestiegenen Anteil von ausländischen Kindern in Einrichtungen stärker berücksichtigen

Von Martin Lehrer

In manchen Kindergärten hören Erzieherinnen mehr türkische als deutsche Stimmen. Doch Konzept und Ausbildung sind immer noch ausschließlich auf deutschsprachige Mädchen und Jungen abgestimmt. Eine Kluft, die die Stadt erkannt hat und durch verstärkte Beratung überbrücken will. Vor dem *Ausländerbeirat* berichteten Gabriele Schmitt und Murat Tanju vom Jugendamt über die Erfahrungen eines Pilotprojektes zur interkulturellen Erziehung in Vingst und Höhenberg.

Zur Zeit kümmern sich acht Erzieherinnen um städtische Kindergärten, in denen Ausländerkinder deutlich die Mehrheit stellen. Die Arbeit beschränkt sich auf Sprachförderung. »Wir sind da gar nicht so glücklich!«, hob Schmitt auf die

Schwächen dieses Modells ab. Mehr Kinder sollten davon profitieren – und das sei nur durch Gespräche mit Erzieherinnen und Eltern möglich. Also werden Fachkräfte vom kommenden Jahr an Kindergärten mit deutlichem Ausländeranteil beiseite und Förderkonzepte ausarbeiten.

Ausländische Kinder bräuchten eben nicht nur Sprachförderung: »Wir müssen weg von der ausschließlichen Ausrichtung auf deutsche Kultur! Die Frage der interkulturellen Erziehung stelle sich seit dem 1. August noch drängender, berichtet Tanju. Ermutert durch den Rechtsanspruch haben viele ausländische Eltern ihren Nachwuchs erstmals bei einem Kindergarten angemeldet.

Kernpunkt der interkulturellen Erziehung ist jedoch weiterhin die Sprache. »Die Muttersprache kann

nur im Elternhaus weitergegeben werden!«, stellte Schmitt klar. Kindergärten, die neben Deutsch noch die Sprache einer anderen Kultur fördern, werde die Stadt nicht einrichten. Die Beraterinnen versuchten jedoch, Eltern zu überzeugen, ihre Muttersprache vor dem Kind nicht zu verstecken.

Wichtig sei außerdem, daß jeder nur eine Sprache vermitteln – daß also die Mutter nicht erst Deutsch, dann Türkisch und danach wieder Deutsch spricht. Auch im Kindergarten soll dann die Sprache der Ausländerkinder ihren Platz bekommen, indem etwa eine Mutter aus einem türkischen Kinderbuch vorliest. Nach Möglichkeit werden zweisprachige Bücher angeschafft. Ausschußmitglied Tayfun Keltek brachte es auf den Nenner: »Förderung der Muttersprache ist Förderung der deutschen Sprache.«

1996

■ Im Oktober 1996 entsteht aus der *Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte NRW (AGA)* die neue *Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte (LAGA)*.

Das Land fördert seitdem die Arbeit der *LAGA* und finanziert ihre hauptamtlich tätige Geschäftsstelle mit mehreren Mitarbeitenden.



■ Der Kölner Rat beschließt im Dez. 1996 eine Städtepartnerschaft mit Istanbul einzugehen. Der Vertrag wird im März 1997 von den beiden Oberbürgermeistern Norbert Burger und Recep Tayyip Erdogan unterzeichnet.

1997

■ Die Mitgliederversammlung der *LAGA* tagt in Viersen. Der *LAGA* gehören ca. 50 Ausländerbeiräte an und sie vertritt damit ca. 1,6 Millionen ausländische Mitbürger*innen in NRW. Die *LAGA* setzt sich für eine Weiterentwicklung der Regelungen zur Bildung von Ausländerbeiräten in der Gemeindeordnung ein und schlägt vor, künftig zwei Drittel direkt gewählte und ein Drittel vom Rat entsandte Mitglieder gleichberechtigt zusammen arbeiten zu lassen.

Weitere Themen sind eine Einbürgerungskampagne, die Förderung der Muttersprache ausländischer Kinder und die Einführung des islamischen Religionsunterrichts, um Kultur und Religion gleichberechtigt zu behandeln.

■ Die *Interkulturelle Woche* hat im Jahr 1997 das Motto »Offen in Europa gegen Rassismus«.

■ In Köln findet eine Fachtagung »Sucht und Migration« statt.

■ Seit 1997 wird am 3. Oktober jedes Jahres der *Tag der offenen Moscheen* durchgeführt.

1998

■ Die *Kölner Interkulturelle Woche* hat das Motto »Gleichberechtigt die Zukunft gestalten«.

■ Die *LAGA* tagt im Dezember 1998 in Köln. Ein Thema der Tagung ist der Blick auf die positiven Potentiale von Migration. »Man darf sich nicht darauf beschränken, über Diskriminierung zu jammern«, wetterte der Vorsitzende der LAGA, Tayfun Keltek. »Es müsse gelingen das »positive Potential« hervorzuheben, das die Jugendlichen mit Migrationshintergrund mit ihrer kulturellen Prägung und ihren besonderen Fähigkeiten für die deutsche Gesellschaft darstellen.« (KStA 08.12.1998)

1999

■ Die Ende 1998 gebildete rot-grüne Bundesregierung plant eine Reform des deutschen Staatsbürgerschaftsrechtes mit der Möglichkeit einer Doppelten Staatsbürgerschaft für Eingebürgerte. Die im Landtagswahlkampf befindliche hessische CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Roland Koch startet daraufhin eine ausländerfeindliche Kampagne. Mit Äußerungen wie »Deutschland den Deutschen« oder »Wo kann ich hier gegen Ausländer unterschreiben?« werden 5 Millionen Unterschriften gegen dieses Gesetzesvorhaben gesammelt. Die CDU Hessen mit Roland Koch erhält in Hessen die absolute Mehrheit. Dadurch gibt es eine CDU-Mehrheit im Bundesrat, die das Gesetzesvorhaben zur Doppelten Staatsbürgerschaft ablehnt.

■ Oberbürgermeister in Köln wird Harry Blum (Okt. 1999 bis März 2000).

■ Bei der Wahl zu den kommunalen Migrantenvertretungen im Nov. 1999 werden in 112 Kommunen *Ausländerbeiräte* gewählt.

1996

Der Kölner Rat beschließt im Juni 1996 die Einrichtung des *Referates für interkulturelle Angelegenheiten*, angesiedelt im Sozialdezernat, mit sechs Mitarbeitenden (davon zwei als vom Arbeitsamt geförderten und zeitlich befristete Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen). (s. Seite 42 ►)

1997

Interkulturelles Referat

Der *Ausländerbeirat* kritisiert im Jan. 1997 die Rückgliederung des Referates vom Dezernat des Oberbürgermeisters in das Sozialdezernat, da Integration Chefsache bleiben müsse.

Ausbildungsplätze für ausländische Jugendliche

Auf Wunsch des *Ausländerbeirates* berichtet das Personalamt zum Sachstand Ausbildungsplätze. Es werden Verbesserungsmöglichkeiten diskutiert.

Arbeitslose ausländische Jugendliche

Aufgrund der weiterhin im Vergleich zu deutschen Jugendlichen hohen Zahl von arbeitslosen ausländischen Jugendlichen in Köln diskutiert der *Ausländerbeirat* im Apr. 1997 diese Situation und Möglichkeiten der Veränderung mit Vertretern des Kölner Arbeitsamtes. Der *Ausländerbeirat* appelliert erneut an die Verwaltung und Kölner Firmen, verstärkt ausländische Jugendliche einzustellen.

Der *Kölner Stadt-Anzeiger* nimmt diesen Appell zum Anlass einmal in Köln nachzufragen. Festgestellt wird unter dem Titel »Die Quote stimmt noch lange nicht« eine weit unterdurchschnittliche Einstellungsquote bei der Verwaltung, wohingegen bei Ford und der GEW ein Drittel der auszubildenden Jugendlichen einen Migrationshintergrund haben.

Ausländeramt – Einbürgerungen

Das *Ausländeramt* berichtet im Apr. 1997 von einer stark angestiegenen Zahl von Einbürgerungen im Jahr 1996. Der *Ausländerbeirat* hat eine städtische Einbürgerungskampagne sehr stark unterstützt. Er kritisiert allerdings die weiterhin langen Warte- und Bearbeitungszeiten des Ausländeramtes.



Im Blickfeld

Interkulturelle Zentren (Ausländerzentren)

Förderung

Der *Ausländerbeirat* und spätere *Integrationsrat* setzen sich seit 1988 regelmäßig und vehement für den Erhalt sowie eine angemessene finanzielle Förderung der *Interkulturellen Zentren* ein.

Entwicklung

Ursprünglich entstanden aus Treffpunkten von Gastarbeitenden oder Ausländervereinen zur Pflege der Kultur und Begleitung der Integration Neu-Zugewanderter, gibt es in Köln mittlerweile 43 anerkannte *Interkulturelle Zentren*. Seit 1979 erhalten sie eine finanzielle Förderung und haben sich im Laufe der Zeit zu etablierten Anlaufstellen für Empowerment, Partizipation, gesellschaftliche Teilhabe und Solidarität entwickelt.

Die Kölner Zentrenlandschaft ist sehr heterogen. Die Palette reicht von kleinen, ehrenamtlich geführten Vereinen, bis hin zu großen Häusern mit mehreren hauptamtlich tätigen Mitarbeitenden. Einige Zentren sind mittlerweile anerkannte Träger der freien Jugendhilfe, weitere bewerben sich als Träger im Bereich der Beratung und Arbeit mit Senior*innen.

Treffen sich in der Vergangenheit Mitglieder einer ethnischen Gruppe, so sind sie heute überwiegend international aufgestellt. Lange hier lebende Migranten*innen, Neu-Zugewanderte und Menschen mit Fluchterfahrung, aber auch alteingesessene Bewohner*innen im Viertel finden hier einen Ort, wo Partizipation und Begegnung auf Augenhöhe stattfinden kann. Zudem begleiten sie den Prozess der migrationsgesellschaftlichen Öffnung und übernehmen eine vermittelnde Brückenfunktion in die städtischen Angebote des Regelsystems.

Die *Interkulturellen Zentren* entwickeln sich programmatisch ständig weiter und setzen sich gegen Rassismus, für eine Sichtbarmachung der Potentiale von Migration und der Menschen mit internationaler Familiengeschichte sowie für eine Stadtgesellschaft der Vielfalt ein.

Sachstand

Die Förderung der Zentrenarbeit ist eine freiwillige Aufgabe der Stadt und damit regelmäßig von Kürzungen bedroht. Der *Integrationsrat* diskutiert mit den Zentren und der Verwaltung die inhaltliche Weiterentwicklung und entscheidet seit einigen Jahren abschließend über die Vergabe der Mittel in Höhe von 772.000 Euro (Stand 2024).

1998

Ausbildungsplätze für ausländische Jugendliche bei der Stadtverwaltung

Vor dem Hintergrund einer Ausbildungsquote von 6,6 % im Jahr 1997 tauscht sich der *Ausländerbeirat* erneut mit dem Leiter des Personalamtes über Verbesserungsmöglichkeiten aus.

Ausbildungsstellen für ausländische Jugendliche

Der *Ausländerbeirat* diskutiert mögliche Verbesserungen der Ausbildungssituation mit dem Türkisch-Deutschen-Unternehmerverein (gegr. 1990 von türkischen Unternehmen aus Köln und Umgebung).

Interkulturelles Referat

Diskussion um die Stellenausstattung des *Interkulturellen Referates*: »Ich hege den Verdacht«, so

sagt Keltek vor dem Rat, »dass die Verwaltung die politische Bedeutung und den Inhalt des Ratsbeschlusses zur Einrichtung des *Interkulturellen Referates* vom Mai 1996 bisher noch nicht ausreichend gewürdigt hat.« (KStA vom 13.03.1998)

Aufruf zur Bundestagswahl

Der *Ausländerbeirat* appelliert an die demokratischen Parteien »nicht die Angst vor dem vermeintlichen Fremden zu schüren, sondern sich für Toleranz und gesellschaftliche Toleranz« einzusetzen und sich für die Belange der zugewanderten Menschen zu öffnen.

Interkulturelle Zentren

Der *Ausländerbeirat* fordert im April 1998, die im Haushaltsplan für 1999 geplante komplette Streichung der Finanzmittel zurückzunehmen und die im letzten Jahr bewilligte Summe in Höhe von

472.000 DM zur Verfügung zu stellen.
Die Streichung wird später vom Rat zurückgenommen.

Fachkräfte in Kindertagesstätten

Der *Ausländerbeirat* bittet die Verwaltung, die Zahl der Migrant*innen als Fachkräfte in den Kindertagesstätten nach Stadtbezirken vorzustellen.

»Politische Mitwirkung von Migrantinnen und Migranten in deutschen demokratischen Parteien«

Der *Ausländerbeirat* organisiert im Sept. 1998 eine Diskussionsveranstaltung mit Vertreter*innen von Kölner Parteien. (s. Foto)

EINLADUNG

**Politische Mitwirkung von Migrantinnen und Migranten
in deutschen demokratischen Parteien**

Montag, den 07. Sept. 1998, 17.00 Uhr
im Forum III der Volkshochschule, Josef-Haubrich-Hof,
50676 Köln

Programm

Eröffnung und Begrüßung
Tayfun Keltek
Stellvertretender Vorsitzender des Ausländerbeirates

Besetzung Podium

Kurt Uhlenbruch
Vorsitzender SPD-Unterbezirk Köln

Richard Blömer
Vorsitzender der CDU Köln

Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen

Ralph Sterck
Vorsitzender des FDP Kreisverband Köln

Im Blickfeld

Ausländerreferat/Interkulturelles Referat/ Kommunales Integrationszentrum/Diversity Management/ Amt für Integration und Vielfalt

Forderung

Der Vorsitzende des *Ausländerbeirates* Tayfun Keltek fordert im Sept. 1991 erstmals ein Amt für multikulturelle Angelegenheiten zur Bündelung des Querschnittsthemas Integration in einer städtischen Dienststelle sowie dessen Ansiedlung beim Amt der Oberbürgermeisterin/des Oberbürgermeisters.

Umsetzungsstand

Seit 1979 gibt es in Köln beim Sozialdezernat einen *Beauftragten für Ausländerfragen*, nachfolgend *Ausländerreferent* genannt, der später das *Ausländerreferat* mit einem Mitarbeiter (Geschäftsführer *Ausländerbeirat*) leitet.

1996 beschließt der Rat die Einrichtung eines Interkulturellen Referates und 2000 erfolgt dessen Ansiedlung beim Büro des Oberbürgermeisters.

2013 gibt die Verwaltung die Gründung einer Punktdienststelle »*Diversity Management*« beim Sozialdezernat bekannt, in der die Aufgabenbereiche Gleichstellung, Integration, Antidiskriminierung sowie die politische bzw. gesellschaftliche Interessenvertretung für verschiedene Personengruppen zentral zusammengefasst werden. Das bisherige *Interkulturelle Referat* geht in die Abteilung *Kommunales Integrationszentrum* der Punktdienststelle über.

2018 erfüllt Oberbürgermeisterin Henriette Reker ein dem *Integrationsrat* gegebenes Wahlkampfversprechen und überführt die Punktdienststelle *Diversity Management* in ein bei ihrem Dezernat angesiedeltes *Amt für Integration und Vielfalt*. In dessen Abteilung Kommunales Integrationszentrum sind die Bereiche Integration als Querschnittsthema, Bildung, Interkultureller Dienst in den Stadtbezirken, die *Geschäftsstelle Integrationsrat* sowie später das Kommunale Integrationsmanagement (KIM) zusammengefasst. Auch Teile des Ausländeramtes werden dem Amt zugeordnet.

Das *Amt für Integration und Vielfalt* bzw. das *Kommunale Integrationszentrum* und der *Integrationsrat* arbeiten eng und vertrauensvoll im Sinne ihres gemeinsamen Zieles, der Gestaltung des gleichberechtigten Zusammenlebens in der Einwanderungsstadt Köln, zusammen.

1999

Doppelte Staatsbürgerschaft

Der *Ausländerbeirat* verabschiedet im Jan. 1999 einstimmig und ohne Enthaltungen eine Resolution gegen die geplante Kampagne der CDU zur doppelten Staatsbürgerschaft.

Hearing »Zweisprachiges Lehren und Lernen in der Grundschule«

Der *Ausländerbeirat* veranstaltet im April 1999 ein öffentliches Hearing zum zweisprachigen Lernen mit Fachleuten und Vertreter*innen aus der Politik.

Interkulturelle Zentren

Vor dem Hintergrund der geplanten Streichung von 500 der bisher in Köln vom Arbeitsamt finanzierten 2.100 ABM-Stellen appelliert der *Ausländerbeirat* im Aug. 1999 an das Arbeitsamt, den *Interkulturellen Zentren* im bisherigen Umfang die ABM-Stellen zu gewähren.

Am 07.11.1999 wird der vierte Kölner Ausländerbeirat gewählt.

Der neugewählte *Ausländerbeirat* besteht weiterhin aus 29 stimmberechtigten, direkt gewählten Vertreter*innen der Ausländer*innen. Die entsandten Ratsmitglieder haben, genau wie die Wohlfahrtsverbände und sonstigen Organisationen, eine beratende Funktion.

Der *Ausländerbeirat* hat im Vorfeld kritisiert, dass der Wahltermin nicht, wie auf Anregung der LAGA vom Landtag NRW empfohlen, am Tag der Kommunalwahl am 12.9.99 stattfindet.

Vorsitzender wird Metin Sirin, seine Stellvertreter werden Emel Demirel, Veronika Oommen und Tayfun Keltek.

Ausländerbeirat fühlt sich zu oft übergangen

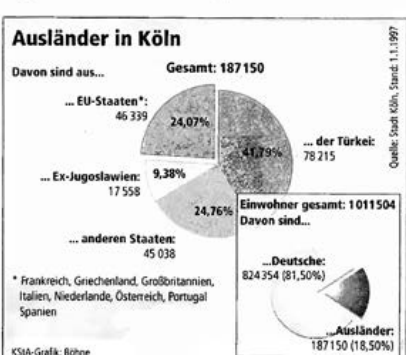
Zur Diskussion um die doppelte Staatsbürgerschaft zieht der „Kölner Stadt-Anzeiger“ Bilanz

So oft wie in den vergangenen Tagen anlässlich der Diskussion um die doppelte Staatsbürgerschaft, haben die Parteien das Wort von der Integration lange nicht mehr im Munde geführt. Wie halten es die im Kölner Rat vertretenen Parteien mit der Integration von Menschen ausländischer Herkunft in ihren eigenen Reihen? Welche kommunalpolitischen Initiativen zur Ausländerintegration haben sie in den vergangenen Jahren ergriffen? Der Kölner Stadt-Anzeiger versucht, eine vorläufige Bilanz zu ziehen – auch über die Stellung des Ausländerbeirates in der Stadt, der mit 29 Mitgliedern der größte in Nordrhein-Westfalen ist.

Von Barbara Cepielik und Andreas Damm

Die SPD hat in Köln 9700 Mitglieder. Davon sind rund 800 Ausländer. Es existiert ein Arbeitskreis Migration. Die Kölner Sozialdemokraten schlossen sich in den vergangenen Jahren den bundespolitischen Forderungen ihrer Partei an (keine Visumspflicht für Kinder aus der Türkei, Marokko und Tunesien, kommunales Wahlrecht für Migranten, doppelte Staatsbürgerschaft, erleichterte Einbürgerung etc.). Kommunalpolitisch dominierten häufig andere Themen als „Integration“ die sozialpolitische Debatte. Zu den jüngsten lokalen Anträgen zum Thema Zuwanderer gehörte der SPD-Antrag, die Verwaltung möge sich organisatorisch und personell auf die vermehrten Einbürgerungsanträge einstellen. Die CDU hat rund 6300 Mitglieder. Die Zahl der Ausländer schätzt die Geschäftsstelle auf zwischen 50 und 100. Bei der CDU gibt es einen Arbeitskreis „Ausländer“. Auch der Arbeitskreis „Europa“ be-

schäftigt sich mit Fragen der Integration. Im Kommunalwahlprogramm 1994 ging Spitzenkandidat Harry Blum nur wenig konkret auf die Probleme der ausländischen Kölner ein: Gewalt gegen Fremde müsse bekämpft werden; die CDU wolle Ansprechpartner für Auswanderer und Flüchtlinge sein und ihre Integration fördern; Asylbewerber müssten in zentralen Häusern untergebracht werden. Ansonsten folgten die Christdemokraten weitgehend der Bundespartei in Bonn und ihrer Linie der Ausländerpolitik. Bündnis 90/Die Grünen haben in Köln knapp 800 Mitglieder, geschätzt 65 davon sind ausländischer Herkunft. Es existiert in der Partei ein „Arbeitskreis Migration“ mit 60 Mitgliedern. Im Kommunalwahlprogramm 1994 machten sich die Grünen stark für die doppelte Staatsbürgerschaft, das kommunale Wahlrecht für Migranten, und nahmen gegen Abschiebungen und zugunsten einer verbesserten sozialen Betreuung von Flüchtlingen



KÖLNER EU-BÜRGER dürfen bei der Kommunalwahl im Herbst erstmals ihre Stimme abgeben. Die Türken, größte geschlossene Gruppe ausländischer Herkunft, bleiben ebenso wie Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien und anderen Staaten außen vor, dito Flüchtlinge und Asylbewerber.

Stellung. Kölnspezifische Forderungen: Aufstockung des Etats städtischen Ausländermaßnahmenprogrammes, eine bessere psychosoziale Versorgung für Migranten, Aufhebung der Benachteiligung von Zuwanderern in Kindergärten und bei der Ausbildung, Förderung der Einbürgerung. Die Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat sich (vergeblich) für eine bessere personelle Ausstattung des Interkulturellen Referats im Rathaus ausgesprochen.

In der Politik für die 187.000 Kölner ausländischer Herkunft hat die Stadtverwaltung in den vergangenen Jahren und hauptsächlich seit Jahren bestehende Konzepte und Programme zur Integration und Förderung fortgeführt, wenn auch einige unter finanziellem Druck standen. Der Rat in seiner Mehrheit forcierte Anfragen und Anträge aus diesem Themenbereich nur selten. In der Kooperationsvereinbarung von SPD und CDU werden zwar Details bis hin zu Straßenkreuzungen in einzelnen Vierteln festge-

legt, das Wort Ausländer kommt darin nicht vor.

Bei der Förderung der Ausländerzentren wurde genau so viel gekürzt wie anderswo, allerdings machte der Rat eine vorgesehene Kürzung 1998 rückgängig und froh die Förderung auf 450.000 (Stand 1997) ein – den größten Batzen im Etat des Interkulturellen Referats (insgesamt 720.000 Mark). Um die Teams der städtischen Kindergärten auf ihre internationale Klientel vorzubereiten – rund ein Drittel der Kölner Kinder ist ausländischer Herkunft – startete die Stadt ein Fortbildungsprogramm für die Mitarbeiterinnen; vier Fachleute informierten in Kindergärten über „Interkulturelle Pädagogik“. Mit der Einrichtung der Regionalen Arbeitsstelle für Zuwanderer (RAA) im Jahr 1996 verstärkte die Stadt (finanziell gefördert vom Land) die Schul- und Ausbildungsberatung für Einwohner mit fremdem Paß.

Weitere große Initiativen der Parteien in Sachen Integration blieben in jüngster Zeit aus. Im Jugendhilfesausschuß, aber auch im Schulausschuß gehörte sie nicht explizit zu den Schwerpunkten der letzten zwei, drei Jahre. Initiativen kleinerer Träger in den Stadtteilen zugunsten von Zuwanderern wurden vielfach erst möglich, weil sie sich um Fördermittel aus EU-Mitteln oder Landesprogrammen bemühten.

Im Juni 1998 mahnte der Ausländerbeirat an, er möge von den Fachausschüssen und dem Rat tatsächlich informiert und befragt werden, wenn es um „migrantenrelevante Entscheidungsprozesse“ gehe. Das sieht die Gemeindeordnung zwar ausdrücklich vor. Doch die Fragen der Ratsfraktionen an den Beirat waren so spärlich, daß das Gremium sich genötigt sah, auf seine Existenz und Kompetenz aufmerksam zu machen.

KStA, 20.01.1999

Ausländerbeirat wählen



**am
Sonntag,
07.11.1999**



*Chancen
nutzen!*

Wahl des vierten *Kölner Ausländerbeirates*

Wahltermin	07.11.1999
Zusammensetzung	Weiterhin besteht der <i>Ausländerbeirat</i> aus 29 stimmberechtigten Mitgliedern. 28 werden direkt von den Kölner Ausländer*innen gewählt, ein ausländisches Mitglied wird als Vertreter der nicht wahlberechtigten Nationalitäten entsandt.
Wahlverfahren	Wahlberechtigt sind alle Ausländer*innen, die am Wahltag 18 Jahre alt sind und sich seit einem Jahr rechtmäßig in Deutschland und drei Monate in Köln aufhalten. Gewählt wird an einem Wahlcomputer.
Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung	Wahlberechtigt sind 144.000 Kölner*innen und die Wahlbeteiligung beträgt 10,6 %.
Gewählte stimmberechtigte Mitglieder	■ Liste der türkischen Demokraten in Köln: Tayfun Keltek, Turan Özküçük, Gonca Mucuk-Edis, Rafet Öztürk ■ Liste Birlik: Metin Şirin, Ismail Karadöl, İlhan Uzun, Ali Esen ■ Forum: Igor Voloshin, Maxim Nilov ■ Einzelbewerber: Malik Karaman ■ BAKA: Songül Zeren, Selahattin Toprakçı ■ ITALIA: Vincenzo Di Salvo, Salvatore Azzolina ■ DIALOG: Fatih Turan ■ INTEGRATION: Maria Bogdanou ■ Herz für AVRASYA: Sabri Surat ■ Für ein Soziales Köln: Antonella Giurano ■ Wir In Köln: Veronica Oommen ■ PHOENIX: Viktor Ostrowski ■ ROMA: Angelo Truisi
Entsante stimmberechtigte Mitglieder	■ CDU-Fraktion: Teresa De Bellis, Bernhard Ensmann, Alfred Hoffmann, Hildburg Holländer ■ SPD-Fraktion: Susana dos Santos Herrmann, Franz Philippi, Cornelia Schmerbach, Elfi Scho-Antwerpes (Bürgermeisterin) ■ Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Ossi Helling, Arif Ünal ■ FDP-Fraktion: Ulrich Breite
Beratende Mitglieder	Vertreter*innen mit beratender Stimme des Dt. Gewerkschaftsbund: Süleyman Ateş / AWO Kreisverband Köln e. V.: Michael Sewenig / Diakonisches Werk Köln: Martina Domke / Caritasverband für die Stadt Köln e. V.: Monika Kuntze / Paritätischer Wohlfahrtsverband: Öznur Naz / Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e. V.: Claus-Ulrich Pröl / Arbeitgeberverband der Elektro- und Metallindustrie Köln e. V.: Meinolf E. Dr. Sprengelmeier / Seniorenvertretung Stadt Köln: Dr. Manfred Wegner / Agentur für Arbeit, Köln: Krause, Stefan
Vorsitz	Vorsitzender wird Metin Sirin und seine Stellvertreter*innen werden Tayfun Keltek, Veronica Oomen und Emel Demiral.
Befugnisse	unverändert

2000

Ausländerzentren/Interkulturelle Zentren

Der *Ausländerbeirat* beantragt im Febr. 2000 beim Rat die Übernahme von auslaufenden ABM-Stellen in ca. 35 *Ausländerzentren* durch die Stadt und bietet um die Einrichtung einer angemessenen Zahl von Personalstellen.

Der Rat lehnt diesen Antrag im Apr. 2000 aufgrund der angespannten Haushaltslage ab. (s. Seite 41 ►)

Moscheebau in Köln

Der *Ausländerbeirat* begrüßt die Initiative verschiedener muslimischen Verbände in Köln, eine gemeinsame repräsentative Moschee zu errichten. Geltend gemacht wird, dass es in Köln zwar Dutzende von verschiedenen Gebetsräumen für Muslime, aber kein nach außen hin erkennbares islamisches Gotteshaus gebe.

Die CDU Köln unterstützt diese Initiative in ihrem Integrationspapier. Zusätzlich fordert sie einen Lehrstuhl für islamische Religionspädagogik an der Uni Köln. (Köln Extra 24.1.2001)

Ausländerbeirat**Für eine Moschee****Runder Tisch aller Muslime angestrebt**

bee – Der *Ausländerbeirat* begrüßt die Initiative, in Köln eine Moschee zu errichten. Dass es möglich sei, Vertreter der verschiedenen muslimischen Richtungen an einen Tisch zu bekommen, damit diese dann Details zu Größe und Architektur festlegen – daran ließen die im Beirat vertretenen Gruppen keinen Zweifel. Die stellvertretende Vorsitzende Emel Demiral betonte, das Interesse der 100 000 Muslime in Köln an einer Moschee sei groß; man werde sich sicher einigen können. Bislang gibt es Dutzende von Gebetsräumen für Muslime in der Stadt, aber kein nach außen hin erkennbares islamisches Gotteshaus.

Die Stadtverwaltung sieht sich zwar außer Stande, in Frage kommende Grundstücke zu nennen oder zu vermitteln. Allerdings bedürfe es keines Ratsbeschlusses; für den Bau einer Moschee gelte das ganze normale Baurecht, führte ein Experte aus dem Fachdezernat aus. Er empfahl, mit möglichst konkreten Plänen an die Verwaltung heranzugehen, die Finanzierung auf sichere Füße zu stellen und vorab mit den

Grundstücksnachbarn Gespräche zu führen: „Sie müssen mit Vorurteilen rechnen, und es gibt Nachbarschaften, da haben Sie es leichter als in anderen.“ Ralph Sterck von der FDP bot an, bei der Organisation eines Runden Tisches für eine Moschee zu helfen.

Zweites Thema der Sitzung war die Bildung von Arbeitskreisen. Weil Jugendliche ausländischer Herkunft überproportional von Arbeitslosigkeit, aber auch von Drogensucht betroffen sind, soll ein Arbeitskreis sich intensiver mit diesem Thema beschäftigen – so forderte es ein gemeinsamer Antrag von fast allen Gruppen im Beirat, und so wurde es auch beschlossen. Viele Beiratsmitglieder seien in der Jugendarbeit tätig, die Probleme junger Menschen im Wahlkampf seien ein großes Thema gewesen.

Intensiv will der Beirat sich auch mit der finanziellen Förderung der *Ausländerzentren* beschäftigen. Die Verwaltung hatte angeregt, die bisherigen Vergabekriterien für Zuschüsse zu überdenken; über die Fraktionen hinweg will der Beirat nun Vorschläge dafür erarbeiten.

Einrichtung von Arbeitskreisen und Vertretung in Gremien

Der *Ausländerbeirat* richtet im März 2000 folgende Arbeitskreise zur intensiven Begleitung von Schwerpunktthemen ein: Arbeitskreis Jugend, Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit, Arbeitskreis Zentrenförderung, RAA-Koordinierungsgremium, Arbeitskreis Ältere Migranten, Trägerkreis der Interkulturellen Woche, Programmbeirat Bürgerhaus Kalk.

Verteilung von Landesmitteln gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit

Das Land NRW hat kurzfristig 18 Millionen DM für Maßnahmen gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit bereitgestellt.

Der *Ausländerbeirat* bittet im Sept. 2000 den Rat zu beschließen, die für Köln vorgesehenen Mittel in Höhe von ca. 1 Million DM zur Förderung der Arbeit der *Interkulturellen Zentren* zu nutzen.

Der Rat entscheidet im Nov. 2000 als »Aktionsprogramm für ein friedliches Miteinander« die Einrichtung der Stelle einer/s Diskriminierungsbeauftragten und das *Interkulturelle Referat* um zwei Stellen zu erweitern. Auch sollen Schulungen für städtische Mitarbeitende zur »Verbesserung des Umgangs mit Migranten und Aussiedlern« angeboten werden.

Schulische Situation der Migrantenkinder – Bedeutung der Muttersprache für die Schullaufbahn

In der Sitzung des *Ausländerbeirates* im Okt. 2000 berichtet der zuständige Schulrat des Schulamtes Köln zum Stand des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts an Kölner Schulen.

Der *Ausländerbeirat* spricht sich dafür aus, das Konzept »Interkulturelle Schule« als Normalfall anzuerkennen und die bestehenden Schulkonzepte entsprechend zu erweitern. Des Weiteren wird die Beteiligung des *Ausländerbeirates* beim neuen Kölner Schulentwicklungsplan gefordert.

Im Okt. 2000 führt der *Ausländerbeirat* dazu eine Informations- und Diskussionsveranstaltung »Migration konkret in den Kölner Schulen« im Rathaus durch.

Veranstaltung »Politische Mitwirkung von Migrantinnen und Migranten in deutschen demokratischen Parteien«

Unter dem Motto »Integration fängt erst mit der gleichberechtigten politischen Teilhabe richtig an« lädt der *Ausländerbeirat* im Sept. 2000

Programm gegen Rechtsradikalismus

Der Diskriminierung auf der Spur

Interkulturelles Referat soll erweitert werden – Eine Million Mark vom Land

Von Otmar Müller und
Barbara A. Cepielik

Die Stadt Köln soll einen Antidiskriminierungsbeauftragten bekommen. Er soll ein offenes Ohr haben für alle Bürger, die sich im Rathaus und anderswo von Angestellten und Beamten nicht sachlich, möglicherweise sogar ausländerfeindlich behandelt fühlen. Außerdem liegen Pläne vor, das Interkulturelle Referat um zwei Stellen zu erweitern. Dafür sollen in diesem Jahr 250 000 Mark ausgegeben werden, im Jahre 2001 dagegen 500 000 Mark. Das sind die Vorschläge, die die Verwaltung dem Rat für die Sitzung am 16. November vorgelegt hat – eine Konsequenz aus einem Ratsbeschluss vom Sommer für ein „Aktionsprogramm für ein friedliches Miteinander und gegen Intoleranz und Rechtsradikalismus“. Und noch mehr Geld steht demnächst in Köln für den Kampf gegen rechts zur

Verfügung: Pro Einwohner eine Mark, also genau 966 000 Mark, hat das Land der Stadt zugesagt – aus einem Topf für Projekte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Zum Konzept gehört die Schulung städtischer Mitarbeiter „zur Verbesserung des Umgangs mit Migranten und Aussiedlern“. Das Interkulturelle Referat soll gestärkt werden – auch durch die direkte Ansiedlung des Referates am Büro des Oberbürgermeisters.

Offener Brief an OB

Der Runde Tisch für Ausländerfreundlichkeit hat vieles von dem, was nun zur Entscheidung ansteht, seit Jahren eingefordert. Allerdings beklagt er, dass er in die Vorbereitung des Konzepts nicht einbezogen wurde. Der Sprecher des Runde Tisches, Hilmar Ankerstein, protestiert in einem offenen Brief an den Oberbürgermeister dagegen, dass die zahlreichen Initiati-

ven, die in Köln Ausländer und Flüchtlinge betreuen, nicht um Rat oder Anregungen gebeten wurden. Außerdem bemängelt er, dass von den 750 000 Mark ein großer Teil, nämlich 650 000 Mark, in der Verwaltung bleiben und dass lediglich 100 000 der Förderung anderer Projekte vorbehalten sein sollen. Selbst ein besser als bisher ausgestattetes Interkulturelles Referat könne nur einen kleinen Teil der nötigen Projekte begleiten; das bestehende ehrenamtliche Engagement müsse stärker gefördert werden. Vereine und Organisationen seien in den vergangenen Jahren stark geschwächt worden, weil ABM-Gelder gekürzt wurden. Um zu klären, wie das Geld sinnvoller verwendet werden kann, möge der OB noch vor der Ratssitzung eine Konferenz mit allen Initiativen und sozialen Organisationen einberufen, fordert Ankerstein.

Der Ausländerbeirat hat dem „Aktionsprogramm für ein friedliches Miteinander und gegen Intole-

ranz und Rechtsradikalismus“ in seiner jüngsten Sitzung im Wesentlichen zugestimmt – nach langer und heftiger Debatte. „Wir freuen uns, dass ein solches Programm von der Stadt initiiert wurde“, sagt Alan Benkovic vom Ausländerbeirat. Allerdings fordern auch der Beirat, dass das Geld anders verteilt wird, als die Verwaltung es vorschlägt. So soll Geld für eine zweite, von der Stadt unabhängige Anti-Diskriminierungsstelle – sie existiert bereits – fließen. Der Ausländerbeirat kritisierte, dass er beim Entwurf des Konzepts nicht mit einbezogen wurde, sondern erst kurz vor der Ratssitzung ein fertiges Papier erhalten habe.

Dieser Fehler, so hieß es im Beirat, dürfe sich nicht wiederholen wenn über die Verwendung der Million verhandelt werde, die vom Land zur Förderung von Projekten gegen Rechtsextremismus nach Köln geschickt werden.

KStA 08.11.2000

Vertreter*innen der Parteien zur Podiumsdiskussion in die Volkshochschule ein.

Beobachter*innen des Ausländerbeirates

Um migrationspolitische Diskussionen in den Kölner Stadtbezirken fachkundig zu begleiten, benennt der Ausländerbeirat im Sept. 2000 Beobachter*innen zur Teilnahme an den Sitzungen der 9 Kölner Bezirksvertretungen.

Interkulturelles Referat

Der Ausländerbeirat kritisiert im Okt. 2000 die Arbeit des Interkulturellen Referates und fordert ein künftiges Mitspracherecht bei der Neubesetzung der Leitungsposition.

Der Rat bittet daraufhin den Oberbürgermeister, den Ausländerbeirat künftig bei der Besetzung des Leitungspostens mit einzubeziehen.

Im Okt. 2000 erhält Tayfun Keltek vom Bundespräsidenten Johannes Rau das Bundesverdienstkreuz für seinen Einsatz im Ausländerbeirat Köln und der Bündelung der kommunalen Ausländerbeiräte auf NRW-Landesebene. Der Ausländerbeirat beglückwünscht Tayfun Keltek und äußert seinen Stolz darüber, dass er dem Gremium angehört. (siehe Foto rechts)



DAS NEUE EINBÜRGERUNGSRECHT:

„Einbürgerung – Ja? oder Nein?“

INFORMATIONSVORANSTALTUNG MIT DISKUSSION

Donnerstag, 13.4.2000 – 19.30 Uhr

Großer Saal – Erdgeschoß

Interkultureller Dienst

Holweider Str. 13-15 – Köln-Mülheim

Diskussionsteilnehmer:

- ☐ Rechtsanwalt Mustafa Kaplan – Köln-Mülheim
- ☐ Arif Ünal (Gesundheitszentrum für MigrantInnen)
- ☐ Hans Peter Juretzki (Arbeitskreis ausländisches Kind)
- ☐ Moderation: Rechtsanwalt Jürgen Crummenerl (Öffentlichkeit gegen Gewalt)

Die Veranstaltung ist in türkischer und deutscher Sprache.

Seit dem 1.1.2000 gilt in Deutschland ein neues Einbürgerungsrecht. Damit soll der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erleichtert werden. Es gibt viele Fragen und Probleme, zum Beispiel:

- ☐ Bringt die Einbürgerung Vorteile oder Nachteile?
- ☐ Welche besonderen Probleme haben Kinder?
- ☐ Welche Deutschkenntnisse sind erforderlich?
- ☐ Wann ist eine doppelte Staatsbürgerschaft möglich?
- ☐ Welche Aufenthaltsgenehmigung muß gegeben sein?
- ☐ Wieviel Geld/Gebühr muß für die Einbürgerung bezahlt werden?

Auf unserer Veranstaltung werden wir über das neue Einbürgerungsrecht fachkundig informieren und Fragen beantworten. In der Diskussion sollen auch kritische Meinungen zum Einbürgerungsrecht zu Wort kommen.

(in Kooperation mit dem Interkulturellen Dienst der Stadt Köln/Mülheim)



2000

■ Das neue Staatsbürgerschaftsrecht tritt im Jan. 2000 in Kraft. Hier geborene Kinder langjährig hier lebender Eltern können einen deutschen Pass direkt bei der Geburtsanmeldung beantragen. Heranwachsende müssen sich bis zu ihrem 23. Geburtstag endgültig für eine Staatsangehörigkeit entscheiden.

■ Im Jahr 2000 zieht der 1990 in Essen gegründete Verein »DOMiT - Dokumentationszentrum und Museum über die Migration aus der Türkei e. V.« nach Köln. 2007 wird aus DOMiT mit »T« DOMiD mit »D« - das »Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland«.

■ Oberbürgermeister in Köln wird Fritz Schramma (Sept. 2000 bis Okt. 2009).

■ Die *Kölner Interkulturelle Woche* im Sept. 2000 hat das Motto »Gleichberechtigt unsere Zukunft gestalten«.

■ Enver Şimşek ist das erste Opfer des NSU. Der 38-Jährige wurde am 9. Sept. 2000 ermordet.

2001

■ Am 19. Januar 2001 explodiert in einem deutsch-iranischen Lebensmittelgeschäft in der Kölner Probsteigasse 44 ein Sprengsatz.

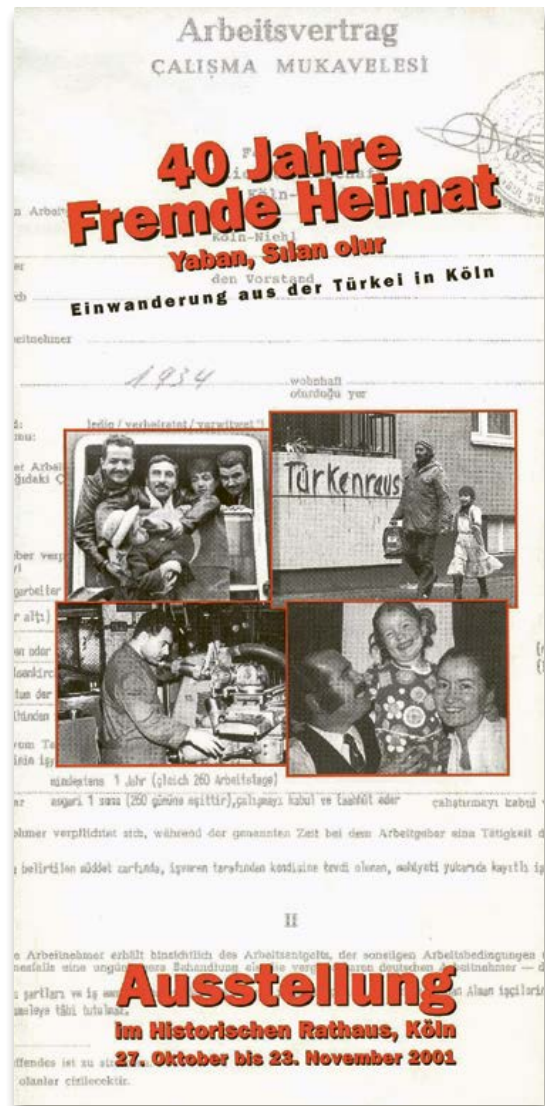
■ Im Juni werden Abdurrahim Özudoğlu in Nürnberg und Süleyman Taşköprü in Hamburg und im August wird Habil Kılıç in München vom NSU getötet.

■ Im Juli 2001 übergibt die Vorsitzende der Regierungskommission zur Zuwanderung Rita Süßmuth (CDU) einen Neuentwurf der Migrationspolitik an Innenminister Otto Schily (SPD). Die Kommission wünscht sich mindestens 50.000 Zuwanderer pro Jahr. Nach den Anschlägen des 11. September verschwindet das Papier allerdings in der Schublade.

■ Festakt im Kölner Rathaus zum 40. Jahrestag der Migration aus der Türkei auf dem Heumarkt mit einer Ausstellung von DOMiT e. V.

■ Am 11.09.2001 erfolgt der Anschlag auf das World Trade Center.

■ Die *Kölner Interkulturelle Woche* im Sept. 2001 hat das Motto »Begegnung hat Zukunft«.



2002

■ Die LAGA setzt sich 2002 für eine erneute Weiterentwicklung der *Ausländerbeiräte* ein und fordert eine Erweiterung ihrer Kompetenzen, kann sich damit aber bei der Landesregierung nicht durchsetzen.

■ Die *Kölner Interkulturelle Woche* im Sept. 2002 hat das Motto »Ausbildung von jugendlichen Migranten«.

2003

■ Eine Neufassung des § 27 GO NRW ermöglicht den Kommunen im Rahmen einer Experimentierklausel zu den *Ausländerbeiratswahlen* 2004 zwischen 2, in ihrer Zusammensetzung unterschiedlichen Gremien, zu wählen. Möglich ist das Gremium *Ausländerbeirat* mit mehrheitlich direkt gewählten Mitgliedern, oder das Gremium Integrationsausschuss mit mehrheitlich vom Rat entsandten Ratsmitgliedern.

2001

Veranstaltung »Einbürgerung – Chance für Migrantinnen und Migranten! Chance für unsere Gesellschaft!«

Der *Ausländerbeirat* organisiert im März 2001 eine Gesprächsrunde in der Volkshochschule mit den Kölner Bundestagsabgeordneten zum Thema Einbürgerung.

Diskutiert werden mögliche Gründe der geringen Zahl von Einbürgerungsanträgen, z. B. aufgrund der Bedingung, den alten Pass abgeben zu müssen. Gefordert wird ein Einwanderungsgesetz zu verabschieden und die doppelte Staatsbürgerschaft zu ermöglichen.

Angebote für ältere MigrantInnen – Pflege und Seniorenwohnheime/Alterspsychiatrie

Der *Ausländerbeirat* lässt sich von Verwaltung und Trägern zum Thema informieren und stellt Anfragen, z. B. zu multikulturellen Wohnheimen und der interkulturellen Altenhilfe der Kölner Träger. Festgestellt wird, dass Bewohner*innen mit Migrationshintergrund in den Einrichtungen massiv unterrepräsentiert sind.

Anschlag auf das World Trade Center

Der *Ausländerbeirat* verabschiedet am 18.09.2001 eine Resolution zum Anschlag und warnt vor einer pauschalierenden undifferenzierten Verurteilung

von Migranten muslimischen Glaubens. Die Resolution wird u. a. an den Oberbürgermeister und die US-Botschaft weitergeleitet.

Anzahl der ausländischen Mitarbeiter bei der Stadtverwaltung/Eigenbetriebe

Der *Ausländerbeirat* bittet um eine Auflistung, in welchen Vergütungsgruppen und welchen Ämtern ausländische Mitarbeitende tätig sind. Hintergrund der Frage ist die Klärung, inwieweit eine »natürliche interkulturelle Kompetenz« durch die Beschäftigung von Migrant*innen bei den Dienststellen vorhanden ist und welche Chancen Migrant*innen überhaupt haben, bei der Stadtverwaltung beschäftigt zu werden.

Situation der Flüchtlinge in Köln

Der *Ausländerbeirat* diskutiert im Nov. 2001 mit Vertreter*innen des Flüchtlingsrates des Rom e. V. und der Verwaltung die Situation der so genannten »illegal eingereisten Flüchtlinge«, untergebracht in einem Containerdorf mit Gemeinschaftsverpflegung. Es wird gefordert, dem Flüchtlingsrat in der neuen zentralen Anlaufstelle des Ausländeramtes, die Möglichkeit zur Einrichtung einer Beratungsstelle zu geben. Diesem Wunsch wird später entsprochen.

Warnung vor Anfeindung von Moslems

Vor der Diffamierung von Migranten moslemischen Glaubens warnt der *Ausländerbeirat* der Stadt in einer Resolution, die er gestern verabschiedet hat.

Unter den Einwohnern ausländischer Herkunft würden zurzeit wegen der Terroranschläge in den USA vor allem Moslems »Anfeindungen« erfahren, »die sich zum Teil in Drohungen äußern«, heißt es in dem Papier. Es sei zu befürchten, dass »mit pauschalen, undifferenzierten Meinungsäußerungen über Herkunft und Glaubenszugehörigkeit der Drahtzieher des grauvollen Terrors alle Moslems verantwort-

Terrors alle Moslems verantwortlich gemacht werden«. Dies verletze nicht nur das Grundgesetz, sondern gefährde auch das »friedliche und solidarische Zusammenleben« und »bestärke extremistische Kräfte in ihrer ebenfalls menschenverachtenden Anschauung«. Uneingeschränkt verurteilt der *Ausländerbeirat* die terroristischen Anschläge in den USA und bekundet seine »Solidarität mit dem amerikanischen Volk« und seine »Anteilnahme an der Trauer der Angehörigen der Opfer«. Die Resolution soll unter anderem der US-amerikanischen Botschaft und Oberbürgermeister Fritz Schramma zugeleitet werden. Einigen Mitgliedern des mehrheitlich moslemischen Ausschusses war es darüber hinaus ein Anliegen zu betonen, dass sie keine Veranlassung sähen, sich für ihren Glauben zu rechtfertigen, geschweige denn zu »schämen«. (cs)

KStA, 18.09.2001

Zweisprachigkeit ist von unschätzbarem Vorteil

Die Stadt will Ausbildungsplätze mit Migranten besetzen.

VON KIRSTEN BOLDT

„Ein Tropfen auf einen heißen Stein, aber ein Meilenstein in die richtige Richtung“, so nannte Metin Sirin, Vorsitzender des *Ausländerbeirates*, in seiner Rede die Informationskampagne der Stadtverwaltung über Ausbildungsplätze und -projekte für Migranten bei der Stadt. Unter dem Motto „Interkulturell, integrativ, innovativ“ will die Stadt gezielt Migranten ansprechen, sie will Jugendliche, ihre Eltern und speziell Frauen auf ihre Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote aufmerksam machen.

Zum Auftakt der Kampagne hatte Oberbürgermeister Fritz Schramma in die Piazzetta des Rathauses eingeladen, rund 140 Gäste waren erschienen. Welche Bedeutung dieser Aktion der Stadt von ausländischen Vertretungen beigemessen wird, das zeigten gleich drei Generalkonsule durch ihre Anwesenheit.

200 000 Kölner haben einen ausländischen Pass, dazu kommen

60 000 Bürger mit Migrationshintergrund und deutschem Pass. Somit stammt jeder vierte Kölner aus dem Ausland. „Viele wissen zu wenig über Ausbildungsmöglichkeiten bei der Stadt. Doch gerade die Zweisprachigkeit und die kulturellen Kenntnisse der Migranten sind von unschätzbarem Vorteil. So können die deutschen Kollegen von ihnen lernen und sie können ihren Landsleuten helfen, städtisches Leben besser zu verstehen“, sagte Schramma.

Der Weg dahin ist jedoch nicht einfach, wie die Generalkonsule deutlich machten. „Die Schule ist die Ausgangsbasis für alles andere, für die Gestaltung der Gesellschaft“, betonte der italienische Generalkonsul Gianfranco Colognato. „Das Bildungswesen muss verbessert werden angesichts der enormen Quote von türkischen Jugendlichen ohne Schulabschluss“, stimmte sein türkischer Kollege Mehmet Sertac Sönmezay zu und der griechische Generalkonsul Leonidas Rokanas versicherte dem Oberbürgermeister. „Von unserer Seite erhalten Sie jede Unterstützung.“

KStA, 19.06.2002

Interkulturell, Integrativ, Innovativ

Machen Sie mit!

Informationskampagne über Ausbildungsprojekte und Ausbildungsplätze für Migrantinnen und Migranten in der Stadtverwaltung



Auftaktveranstaltung in der Piazzetta des Historischen Rathauses zu Köln

2002

Bildungssituation der Migrantenkinder

Im *Ausländerbeirat* referiert der Bildungsreferent der LAGA im Febr. 2002 zu den Ergebnissen der PISA-Studie. Er beschreibt, dass die Ursachen für die schulischen Misserfolge von Schüler*innen mit Migrationshintergrund aus seiner Sicht an einem Schulsystem liegen, welches einen eher defizitären Blickwinkel auf diese Kinder hat, statt ihre Herkunftskompetenzen wie z. B. eine »mitgebrachte Fremdsprache« wert zu schätzen und zu fördern. Die Ergebnisse der Studie werden ausführlich diskutiert.

Ausländische Jugendliche bei der Stadtverwaltung

Der *Ausländerbeirat* bittet im Mai 2002 den Rat, die Verwaltung mit der Durchführung einer Veranstaltung zum Thema »Ausbildungsmöglichkeiten« bei der Stadtverwaltung auch für Jugendliche mit Migrationshintergrund zu beauftragen.

Der Rat folgt im Juni 2002 dem Wunsch des *Ausländerbeirates* und beschließt, eine Informationskampagne mit dem Ziel, den Anteil ausländischer Jugendlicher so weit zu erhöhen, dass er zumindest den Anteil in der Kölner Privatwirtschaft erreicht. (s. Foto oben)
Die Personalverwaltung gibt im Okt. 2002 den gewünschten Sachstand und stellt die Ausbildungsmöglichkeiten bei der Stadtverwaltung vor.

■ Die LAGA kritisiert das Modell eines *Integrationsausschusses*, da Migrantenvertreter*innen in einem von Ratsmitgliedern dominierten Gremium deutlich benachteiligt wären und das Gremium damit in erster Linie eine Alibifunktion hätte. Sie empfiehlt deshalb ein Gremium einzurichten das zu 1/3 mit entsandten Ratsmitgliedern und zu 2/3 mit direkten gewählten Migrantenvertreter*innen besetzt ist und den Namen »Integrationsrat« erhält. Der neue Name soll deutlich machen, dass es hier nicht nur um eine politische Vertretung, sondern auch um die Mitsprache bei der Gestaltung der kommunalen Integrationspolitik geht.

2004

■ Im Februar 2004 wird Mehmet Turgut in Rostock vom NSU getötet.

■ Nagelbombenanschlag der NSU am 9.6.2004 in der Keupstraße mit 22, zum Teil schwer verletzten Menschen.



■ Solidaritätsfest in der Keupstraße im Juli mit einer Ansprache des Oberbürgermeisters und Künstlern wie Eco Fresh, der türkischen Rockband Anatolica und den Black Föss. Der Erlös des Festes soll den Opfern zu Gute kommen.

■ In NRW werden 97 Migrantenvertretungen gewählt. Die NRW-weite Wahlbeteiligung beträgt 12,35 %. Im Rahmen der so genannten »Experimentierklausel« folgen 55 Kommunen dem Vorschlag der LAGA und beschließen *Integrationsräte*, d. h. Gremien mit einer Mehrheit von Vertreter*innen der Migrant*innen wählen zu lassen.

■ Bei der Kommunalwahl 2004 zieht die rechts-extreme Partei *pro Köln* erstmalig mit 4 Mandats-träger*innen in den Kölner Rat ein.



Demonstration zum Erhalt der Interkulturellen Zentren

Antidiskriminierungsarbeit der Stadt Köln

Dem *Ausländerbeirat* wird von der Verwaltung und den Trägern im Juni 2002 das aktuelle Konzept der Antidiskriminierungsarbeit in Köln vorgestellt.

Veranstaltung »Bundestagswahl 2002 – Was erwartet die Ausländer in Deutschland?«

Der *Ausländerbeirat* organisiert im Sept. 2002 im Domforum eine Podiumsdiskussion mit Kölner Kandidierenden bzw. Vertreter*innen der Parteien.

Lehrerstellen für Muttersprachlichen Unterricht

In einer Presseerklärung wendet sich der *Ausländerbeirat* im Okt. 2002 gegen die Kürzungspläne der Landesregierung beim *Muttersprachlichen Unterricht* und organisiert Unterschriftenlisten, die später dem Landtagspräsidenten überreicht werden.

Die Kampagne der GEW und der *Landesarbeitsgemeinschaft Migrantenvertretungen* hat Erfolg. Landesweit können insgesamt 80.000 Unterschriften gesammelt werden, so das 2/3 der Lehrerstellen erhalten werden.

2003

Konzept zur Sprachförderung

Der *Ausländerbeirat* diskutiert im Jan. 2003 das von der RAA vorgelegte Konzept zur Sprachförderung und beschließt einige Ergänzungen. So soll an Kölner Schulen als Fremdsprache und auch als Abiturfach die Muttersprache in den meist gebräuchlichen Kölner Sprachen gewählt werden können. Zudem soll die Einrichtung einer deutsch-türkischen Grundschule vorangetrieben werden.

Ende des Jahres 2003 gründet sich an der Gemeinschaftsgrundschule (GGs) Alzeyer Straße ein bilingualer Zweig Türkisch-Deutsch.

Interkulturelle Zentren

Vor dem Hintergrund, der vom Rat der Stadt geplanten kompletten Streichung der bis dahin mit 292.000 Euro geförderten 42 *Interkulturellen Zentren*, weist der *Ausländerbeirat* im März 2003 darauf hin, dass diese einen wesentlich höheren zusätzlichen Förderbetrag über das Land, den Bund, die EU oder über Stiftungen für die Stadt einwerben würden – »man schlachte das Huhn, das goldene Eier legt«.

Im Anschluss an eine vom *Ausländerbeirat* im April 2003 organisierte Demonstration zur Unterstützung der *Interkulturellen Zentren*, an der sich auch der DGB beteiligt, werden dem Sozialausschusses 5.000 Unterstützungsunterschriften überreicht.

Zusätzlich veranstaltet der *Ausländerbeirat* im Mai 2003 eine öffentliche Podiumsdiskussion zu den geplanten Kürzungen mit den Fraktionsvorsitzenden der Parteien.

Die geplante Kürzung wird später von der CDU/Grünen-Stadtregerung zurückgenommen.

Schuldnerberatung des Arbeitsamtes

Der *Ausländerbeirat* informiert sich im April 2003 über ein Projekt des Arbeitsamtes der Schuldnerberatung in türkischer Sprache.

Zweisprachige Erziehung in der Grundschule

Der *Ausländerbeirat* lässt sich im April 2003 von der Schulrätin des Schulamtes Köln über den aktuellen Stand der zweisprachigen Erziehung an Kölner Schulen informieren.

Einrichtung einer deutsch-türkischen Klasse an einer Ganztagsgrundschule

Der *Ausländerbeirat* bittet im Juni 2003 den Rat, der Bezirksregierung Köln die Einrichtung einer deutsch-türkischen Klasse an der Ganztagsgrundschule (GGs) Gereonswall nach dem Vorbild einer deutsch-italienischen Klasse an der GGs Zugweg zu empfehlen, da eine ausreichende Zahl von deutschen und türkischen Eltern ihre Kinder angemeldet haben. Zudem hat ein Zusammenschluss von Geschäftsleuten aus der benachbarten Weiden-gasse 10.000 Euro zur Unterstützung der zweisprachigen Klasse bereitgestellt. Dazu der vertretende Vorsitzende Tayfun Keltek: »Es wäre eine Bereicherung, auch für die deutschen Kinder, eine Sprache zu erlernen, die sie direkt vor Ort anwenden können.« (KStA 27.06.2003)

Bildung eines Integrationsrates an Stelle eines Ausländerbeirates

Der *Ausländerbeirat* bittet im Dez. 2003 den Rat, künftig anstelle eines *Ausländerbeirates*, die Einrichtung eines *Integrationsrates* beim Land zu beantragen. Dem *Integrationsrat* sollen als stimmberechtigte Mitglieder neben den zwei Drittel direkt gewählten Vertreter*innen der Migrant*innen auch ein Drittel Ratsmitglieder angehören. Damit könnten in einem gemeinsamen Gremium über die notwendigen Maßnahmen der kommunalen Integrationspolitik diskutiert und entschieden werden. Die Möglichkeit dieser Einrichtung eines *Integrationsrates* ist in der Gemeindeordnung im Rahmen einer *Experimentierklausel* möglich.

2004

Veranstaltung »Politische Partizipation: Der kürzeste Weg zur Integration – Ausländerbeirat oder Integrationsrat«

Der *Ausländerbeirat* führt im Febr. 2004 im Rathaus eine öffentliche Informationsveranstaltung zur Einrichtung des Gremiums *Integrationsrat* durch.

Köln will den hier lebenden Ausländern mehr Mitsprache einrichten, und das ist richtig so. Im Integrationsrat sollen sie künftig auch Beschlüsse fassen können. Der bisherige Ausländerbeirat hatte nur Beratungsrecht. Das hat ihm nur wenig Beachtung eingebracht. Und es ist sicher eine Erklärung dafür, dass sich bei der letzten Wahl nur 10,6 Prozent der Wahlberechtigten zur Stimmabgabe entschlossen haben. Der Gesetzgeber möchte, dass die Interessen der Migranten bei der Willensbildung im Rat angemessen berücksichtigt

werden. Das wird das letztlich doch eingeschränkte Beschlussrecht im Integrationsrat nicht garantieren können. Denn bei den meisten Entscheidungen hat der Stadtrat dann doch das letzte Wort.

Immerhin ist ein weiterer Schritt zu mehr Mitbestimmung für die Ausländer getan, die hier in der Regel seit Jahrzehnten leben. Außerdem muss ein Drittel des Gremiums mit Ratsmitgliedern besetzt sein. Das zwingt die Vertreter beider Seiten dazu, eine gemeinsame Integrationsarbeit zu leisten.

Mehr Gewicht für die Migranten

Der neue Integrationsrat kann Beschlüsse fassen – Mehr Einfluss

Die in Köln lebenden Migranten sollen künftig eine gewichtigere Stimme bekommen. Der Ausländerbeirat, der bisher lediglich beratende Funktion hatte, wird im Herbst durch den Integrationsrat ersetzt. Er bekommt Beschlusskompetenz für bestimmte Bereiche, die nicht vom Rat „abgesegnet“ werden müssen. So soll der Integrationsrat künftig die Mittelverteilung für die interkulturellen Zentren übernehmen.

Köln gehört zu den etwa 60 Kommunen, die sich mit der Einrichtung eines solchen Gremiums befassen. Die Wahl findet am 21. November statt. Um die Beteiligung zu erhöhen (bei der letzte Ausländerbeiratswahl waren es 10,6 Prozent), soll eine reine Briefwahl durchgeführt werden. »Wenn wir 20 Prozent erreichen würden, wäre ich froh«, sagte Tayfun Keltek, früher Vorsitzender des Ausländerbeirats in Köln und jetzt Vorsitzender des Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen

Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (Laga). Er betont, dass die Hauptforderung der Laga das kommunale Wahlrecht für Migranten bleibe. Gleichwohl sieht auch er eine größere politische Bedeutung des Integrationsrates. Weiterer Vorteil laut Keltek: »Die Verzahnung von Rat und Migrantenvertretung wird endlich Realität.« Denn von den 33 Mitgliedern des Integrationsrates sollen elf Ratsmitglieder sein. »Das«, sagt Keltek, »verpflichtet beide Seiten zu einer gemeinsamen Integrationspolitik.«

Wahlberechtigt für den Ausländerbeirat waren alle Ausländer, die ab 16 Jahre alt waren, die sich ein Jahr rechtmäßig im Bundesgebiet aufhielten und drei Monate ihren Hauptwohnsitz in der Stadt hatten. Ausgenommen waren Asylbewerber und eingebürgerte Deutsche. Beim letzten Mal waren 144 234 wahlberechtigt. Jetzt kommen durch die Eingebürgerten 30 000 hinzu. (hap)

► KOMMENTAR

KR 21.04.2004

Wahl des ersten *Kölner Integrationsrates*

Wahltermin	21.11.2004
Zusammensetzung	Im Unterschied zum <i>Ausländerbeirat</i> von 1999 ist die Zusammensetzung des <i>Integrationsrates</i> stark verändert. Er besteht jetzt aus 33 stimmberechtigten Personen: ■ 22 stimmberechtigte Mitglieder werden direkt von den Kölner*innen mit Migrationshintergrund gewählt. ■ 11 stimmberechtigte Ratsmitglieder werden vom Rat entsandt.
Wahlverfahren	Das Gremium wird diesmal in einer reinen Briefwahl gewählt.
Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung	Wahlberechtigt sind alle Ausländer*innen, die am Wahltag 16 Jahre alt sind und sich seit einem Jahr rechtmäßig in Deutschland und drei Monate in Köln aufhalten sowie eingebürgerte Deutsche, die sich aber zuerst ins Wählerverzeichnis eintragen lassen müssen. Wahlberechtigt sind 146.000 Kölner*innen, davon haben 24.312 (16,7 %) ihre Stimme abgegeben.
Gewählte stimmberechtigte Mitglieder	■ Liste der Demokraten in Köln (LDK): Tayfun Keltek, Turan Özküçük, Gonca Mucuk-Edis, Rafet Öztürk ■ Liste Birlik (LB): Metin Şirin, Ismail Karadöl, İlhan Uzun, Ali Esen ■ Forum: Igor Voloshin, Maxim Nilov ■ Einzelbewerber Malik Karaman ■ Friedens- und Solidaritätsplattform (BAKA): Songül Zeren, Selahattin Toprakçı ■ C.T.I.M./Europa 2000: Vincenzo Di Salvo, Salvatore Azzolina ■ Wählergemeinschaft Dialog: Doğan Yaşar ■ Grün Offene Liste Integration: Maria Bogdanou ■ Herz für Avrasya: Sabri Surat ■ Für ein soziales Köln: Antonella Giurano ■ Wir in Köln (WIK): Veronica Oommen ■ Phönix – Bündnis für Integration: Victor Ostrowski ■ Italiani di Colonia – ROMA: Filomena Cilis
Entsante stimmberechtigte Mitglieder	■ CDU-Fraktion: Teresa De Bellis, Bernhard Ensmann, Winfried Granitzka, Karsten Möhring ■ SPD-Fraktion: Susana dos Santos Herrmann, Jochen Ott, Cornelia Schmerbach, Elfi Scho-Antwerpes ■ Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Ossi Helling, Arif Ünal ■ FDP-Fraktion: Marco Mendorf
Beratende Mitglieder	Dem <i>Integrationsrat</i> gehören weiterhin beratende Vertreter*innen von Institutionen, Trägern etc. an.
Vorsitz	Vorsitzender wird Tayfun Keltek und Stellvertreter*innen werden Igor Voloshin, İlhan Uzun und Maria Bogdanou.
Befugnisse	unverändert
Zahl der Kölner*innen mit Migrationshintergrund	2004 leben in Köln 1.022.627 Menschen, 213.345 (20,9 %) davon haben einen Migrationshintergrund.

Ausbildungsbericht der Stadtverwaltung Köln zum Jahr 2003

Der *Ausländerbeirat* kritisiert im März 2004 die im städtischen Personalbericht genannte Bewerbungsquote ausländischer Jugendlicher von nur 7,2 % bei 35 % ausländischen Jugendlichen auf städtische Stellen als zu niedrig und beschließt zur nächsten Sitzung das Personalamt Duisburg und das Personalamt Köln einzuladen.

Tagungsort Keupstraße nach dem Nagelbombenanschlag

In Solidarität mit der Keupstraße und den Opfern des Nagelbombenanschlags tagt der *Ausländerbeirat* im Juli 2004 in der Keupstraße. Der Umsatz der Geschäftsleute in der Keupstraße geht nach dem Nagelbombenanschlag massiv zurück und Geschäftsschließungen drohen, da die Menschen Angst vor weiteren Anschlägen haben. Der *Ausländerbeirat* ruft dazu auf, gezielt in der Keupstraße einkaufen zu gehen.

Ausländerbeirat der Stadt tagte in der Keupstraße

Köln – Der Ausländerbeirat der Stadt Köln tagte gestern in der Keupstraße. „Wir wollen ein Zeichen setzen“, erklärte Sozialdezernentin Marlis Bredehorst (Grüne). Nach dem Nagelbombenanschlag (EXPRESS berichtete) klagen die Geschäftsleute über drastische Umsatzeinbußen. „Die Menschen haben Angst, hierher zu kommen“, erklärt Bredehorst. Sie wirbt für das Benefiz- und Solidaritätskonzert am 11. Juli um 11 Uhr, bei dem die Toten Hosen, Bläck Fööss und Eko Fresh auftreten. OB Fritz Schramma ist Schirmherr.



Sozialdezernentin Marlis Bredehorst (l.) mit Metin Sirin, Ali Demir, Tayfun Keltek und Victoria Oommen. Foto: Fouad

Express, 06.07.2004

Veranstaltung zum 20-jährigen Bestehen des Ausländerbeirates

im Bürgerhaus Kalk am 18.9.2004 mit der Sozialdezernentin Marlis Bredehorst. In ihrer Rede fordert sie, obwohl im *Ausländerbeirat* schon viel erreicht worden sei, das *Kommunale Wahlrecht* für alle Ausländer in Köln.

Veranstaltungen zur Wahlbewerbung der Integrationsratswahlen

und Vorstellung der Kandidierenden und ihrer politischen Ziele im Nov. 2004 im Bürgerzentrum Ehrenfeld und im Domforum.

Am 21.11.2004 wird der erste Kölner Integrationsrat (an Stelle des bisherigen Ausländerbeirates) gewählt.

Der neu gewählte *Integrationsrat* besteht jetzt erstmals aus 33 stimmberechtigten Personen.

- 22 (zwei Drittel) stimmberechtigte Mitglieder werden direkt von den Migrant*innen in Köln gewählt.
- 11 (ein Drittel) stimmberechtigte Ratsmitglieder werden vom Rat entsandt.

Vertreter*innen von Institutionen, Trägern etc. sind als beratende Mitglieder im Integrationsrat vertreten. Wieder wird der Wunsch, den Wahltermin auf den Tag der Kommunalwahlen am 02.09.2004 zu legen, abgelehnt und die Wahl wird als reine Briefwahl durchgeführt.

Vorsitzender wird Tayfun Keltek, seine Stellvertreter*innen werden Igor Voloshin, Ilhan Uzun und Maria Bogdanou.

Oberbürgermeister Schramma erklärt in der konstituierenden Sitzung im Jan. 2005: »Die Neuausrichtung macht deutlich, dass wir die hier lebenden Migranten nicht als Ausländer wahrnehmen, sondern als Kölner Mitbürger.« Er fordert die Mitglieder des Gremiums auf, »ihre persönliche Migrationserfahrung« bei der Suche nach Problemlösungen einzubringen.

2005

Schwerpunkte des Integrationsrates

Der *Integrationsrat* bestimmt folgende Schwerpunkte seiner Arbeit für die bevorstehende Wahlperiode: Verbesserung der Politischen Partizipation, Einsatz zur Förderung der Antidiskriminierungsarbeit, interkulturelle Öffnung der Verwaltung, Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde, Förderung von Migrantenselbstorganisationen, Dialog der Religionen und die Förderung von Migrantenkindern im Elementarbereich/Kindergärten.

Interkulturelle Zentren

Der *Integrationsrat* diskutiert die Weiterentwicklung der *Interkulturellen Zentren* und bittet die Verwaltung um eine konzeptionelle Fortschreibung und anschließende Vorlage neuer Förder Richtlinien.

Integrationsrat nimmt Arbeit auf

Tayfun Keltek zum Vorsitzenden gewählt – Streit um Stellvertreter

Der neue Integrationsrat, Sprachrohr für die in Köln lebenden Migranten, hat gestern bei seiner konstituierenden Sitzung den 57-jährigen Tayfun Keltek zu seinem Vorsitzenden gewählt. Keltek war bereits von 1982 bis 1992 Vorsitzender des früheren Ausländerbeirats, danach zehn Jahre dessen stellvertretender Vorsitzender. Der Diplomsporthelehrer, der für die SPD-nahe türkische „Liste der Demokraten in Köln“ (LDK) kandidierte,

ist auch Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NRW. Für die SPD tritt er bei der NRW-Landtagswahl im Mai in Lindenthal an.

Die Wahl seiner drei Stellvertreter wurde auf Antrag von CDU und SPD auf die nächste Sitzung vertagt, weil sich die Koalitionspartner auf einen gemeinsamen Listenvorschlag einigen wollen. Das löste heftige Kritik der Grünen und der FDP aus. Auch

Keltek wünschte sich eine „zügige Lösung“. Er plädierte für fünf Stellvertreter, um möglichst viele Nationen einzubinden. Bei seiner Antrittsrede betonte er, mit dem neuen Gremium sei eine „gute Grundlage für die bessere Integration und Partizipation der in Köln lebenden Migranten geschaffen worden“. Dem Integrationsrat gehören 22 gewählte Migrantenvertreter und elf Ratsmitglieder an. Durch diese Verzahnung ist seine Be-

deutung gegenüber dem früheren Ausländerbeirat deutlich aufgewertet worden.

„Die Neuausrichtung macht deutlich, dass wir die hier lebenden Migranten nicht als Ausländer wahrnehmen, sondern als Kölner Mitbürger“, erklärte Oberbürgermeister Fritz Schramma. Er forderte die Mitglieder des Gremiums auf, „ihre persönliche Migrationserfahrung bei der Suche nach Problemlösungen einzubringen.“ (gt)

Der Integrationsrat wählte gestern bei seiner konstituierenden Sitzung Tayfun Keltek (rechts) zu seinem Vorsitzenden. Zu dem Gremium gehören 22 gewählte Migrantenvertreter und elf Ratsmitglieder. Er löst den bisherigen Ausländerbeirat ab. (Foto: Ohlig)



KR 11.01.2005

Diese werden von der Verwaltung im Jahr 2007 vorgelegt, intensiv diskutiert und verabschiedet.

Interkulturellen Kompetenz in der Stadtverwaltung

Der Integrationsrat verabschiedet einen Antrag zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz städtischer Beschäftigter durch eine qualitative und quantitative Ausweitung entsprechender Schulungen.

2006

Deutschpflicht auf Schulhöfen

Der Integrationsrat wendet sich im März 2006 mit einer Resolution gegen die an einigen Kölner Schulen geplante freiwilligen Selbstverpflichtung, auf dem Schulhof künftig ausschließlich Deutsch und keine nichtdeutschen Sprachen mehr zu sprechen. Dies wird als »Sprachmobbing« bezeichnet.

Bau einer Zentralmoschee

Der Integrationsrat unterstützt weiterhin den Bau einer repräsentativen Großmoschee und befasst sich im April 2006 mit den Siegerentwürfen des Ausschreibungsverfahrens zur Moschee in Köln-Ehrenfeld.

Interkulturelles Maßnahmenprogramm

Der Integrationsrat fordert die Verwaltung im August 2006 auf, kurzfristig eine Fortschreibung des Interkulturellen Maßnahmenprogramms vorzulegen. »Dabei muss u. a. die noch immer vorherrschende Auffassung der MigrantInnen als »Problemgruppe« aufgegeben werden. MigrantInnen sind mit ihren Fähigkeiten und Qualifikationen und ihrer interkulturellen Kompetenz ein wichtiger Baustein eines Köln 2020.« (siehe Seite 64 ►)

Verbund Kölner Europäischer Grundschulen

Auf Empfehlung des *Integrationsrates* beschließt der Rat im Nov. 2006 die Gründung des *Verbunds Europäischer Grundschulen*. Ziel ist es, bis 2010 insgesamt 30 Grundschulen mit verschiedenen Sprachkombinationen in den Verbund aufzunehmen. Wesentliches Charakteristikum einer *Kölner Europäischen Grundschule* soll die systematische Verzahnung des Regelunterrichts mit einer Herkunftssprache der Schüler*innen mit Migrationshintergrund sein (s. unten).

Erstellung eines Integrationskonzeptes

Der *Integrationsrat* bittet den Rat im Nov. 2006, die Verwaltung mit der Erstellung eines *Gesamtkonzeptes für die Integration von Migrantinnen und Migranten* und der Fortschreibung des *Interkulturelles Maßnahmenprogramms* zu beauftragen. Der Rat folgt dieser Bitte.

In den Folgejahren wird seitens der Verwaltung das *Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft* und eine Fortschreibung des *Interkulturellen Maßnahmenprogramms* vorgelegt. (siehe Seite 64 ►)

Im Blickfeld**Verbund Kölner Europäischer Grundschulen****Forderung**

Der *Ausländerbeirat* fordert die Einrichtung eines Verbunds Kölner Schulen, in denen eine systematische Verzahnung des Regelunterrichts mit einer Herkunftssprache der Schüler*innen mit internationaler Familiengeschichte praktiziert wird.

Hintergrund

Bereits in der Grundschule soll die Mehrsprachigkeit von Kindern mit internationaler Familiengeschichte als Potential gesehen, anerkannt und gefördert werden. Respekt vor der mitgebrachten Herkunftssprache von Schüler*innen stärkt diese zudem in ihrer Herkunftsidetität. Das ist besonders wichtig bei Kindern, deren Herkunftssprachen im gesellschaftlichen Sprachranking »unten« angesiedelt werden.

Gleichzeitig kann mit der Verbundgründung eine Forderung der Europäischen Kommission unterstützt werden, nach der jede Europäerin und jeder Europäer neben der Herkunftssprache mindestens zwei weitere Sprachen beherrschen soll.

Wesentliches Merkmal einer *Kölner Europäischen Grundschule* ist die systematische Verzahnung des Regelunterrichts mit einer Herkunftssprache der Schüler*innen mit internationaler Familiengeschichte. Auf diese Weise bekommen einige Kinder die Möglichkeit, Kenntnisse in ihrer Herkunftssprache im Unterricht zu vertiefen, während andere Schüler*innen eine für sie neue Sprache erleben und erlernen können.

Den *Kölner Europäischen Grundschulen* ist gemeinsam, dass sie mit dem Konzept des Bilingualen Lernens oder des Koordinierten Lernens (KOALA) arbeiten.

Bilinguales Schulkonzept:

Schulen mit einem bilingualen Schulkonzept verfügen über einen Zweig, in dem die Kinder in der deutschen sowie einer weiteren Sprache alphabetisiert werden, d. h. Lesen und Schreiben lernen. Auch der Unterricht außerhalb des Sprachunterrichts findet zu einem Teil in der weiteren Sprache statt.

Koordiniertes Lernen (KOALA):

Kinder mit internationaler Familiengeschichte werden beim Erlernen von Lesen und Schreiben im Herkunftssprachlichen Unterricht sowie im Unterricht mit anderen Kindern im Klassenverband von einer deutschen Regellehrkraft und einer Herkunftssprachenlehrkraft gemeinsam unterrichtet.

Umsetzungsstand

Im Nov. 2006 hat der Rat der Stadt Köln auf Empfehlung des *Integrationsrats* die Gründung des *Verbunds Kölner Europäischer Grundschulen* beschlossen und die eigentliche Gründung findet im Sept. 2009 statt.

Aktuell sind 16 Kölner Schulen Mitglied im Verbund und arbeiten nach den w. o. und g. Konzepten.

2005

■ Das neue Staatsbürgerschaftsrecht tritt in Kraft und Bundesregierung und Opposition einigen sich auf ein neues Zuwanderungsgesetz. Mit diesem Gesetz werden die Rahmenbedingungen für die Zuwanderung von Fachkräften und die Integration von Migranten in Deutschland neu geregelt.

■ Im Juni 2005 wird İsmail Yaşar in Nürnberg vom NSU getötet.

■ Ebenfalls im Juni 2005 wird Theodoros Boulgarides in München vom NSU getötet.

2006

■ Der Integrationsbeauftragte der NRW-Landesregierung Thomas Kufen (CDU) setzt sich im Apr. 2006 für Türkisch als Abiturfach ein und verweist darauf, dass dies rechtlich möglich ist.

■ Im April 2006 wird Mehmet Kubaşık in Dortmund vom NSU getötet.

■ Ebenfalls im April wird Halit Yozgat in Kassel vom NSU getötet.

■ Oberbürgermeister Schramma gründet im Mai 2006 den *Rat der Religionen* »zum Aufbau verlässlicher Kommunikationsstrukturen« zwischen den in Köln vertretenen Religionen.

■ Die Kölner *Interkulturelle Woche* im Sept. 2006 hat das Motto »Miteinander zusammenleben gestalten«.

2007

■ Pro Köln organisiert ein Bürgerbegehren gegen den geplanten Moscheebau in Köln. Eine *Ehrenfelder Anwohnerinitiative* sammelt 23.000 Unterschriften. Oberbürgermeister Schramma unterstützt, anders als seine Partei, weiter den Moscheebau.

2008

■ Der WDR zeigt 2007/2008 eine Dokumentarfilmserie über die Konditorfamilie Özdag aus der Kölner Keupstraße.



Veranstaltung zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz

Der Integrationsrat führt im Dez. 2006 in Kooperation mit dem Antidiskriminierungsbüro Öffentlichkeit gegen Gewalt eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zu dem in Kraft getretenen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz durch.

2007

Kampagne zum Kommunalen Wahlrecht

Der Integrationsrat begleitet die Kampagne des Landesintegrationsrates zur Einführung des Kommunalen Wahlrechtes mit dem Slogan »WIR Kölnerinnen und Kölner wollen wählen«.



Der Rat der Stadt Köln unterstützt im Sept. 2007 diese Forderung des *Integrationsrates* nach Einführung des aktiven und passiven *kommunalen Wahlrechts* für alle Migrant*innen, die sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik aufhalten. (s. Seite 30 ►)

Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration

Der *Integrationsrat* beantragt die Gründung eines *Zentrums für Mehrsprachigkeit und Integration* in Köln in Nachfolge des ausgelaufenen EU-Projektes *Kompetenzzentrum Sprachförderung*. Der Rat folgt dem Antrag des *Integrationsrates* auf Gründung im Jahr 2008. (s. unten)

Erfassung des Migrationshintergrundes städtischer Bediensteter

Der *Integrationsrat* beantragt die Erfassung des Migrationshintergrundes bei städtischen Mitarbeitenden als Grundlage einer Diskussion über den Stand der interkulturellen Öffnung. Ziel des *Integrationsrates* ist die Abbildung der ethnischen

Vielfalt der Stadt in der städtischen Mitarbeiterschaft.

Erst im Jahr 2025 führt die Verwaltung eine entsprechende Abfrage der städtischen Bediensteten zu Vielfaltsmerkmalen (darunter auch die Frage nach dem Migrationshintergrund) auf freiwilliger Basis durch.

Interkulturelle Zentren

Der *Integrationsrat* bittet im Mai 2007 den Rat um Übertragung der Entscheidungskompetenz bzgl. der Richtlinien zur Förderung der *Interkulturellen Zentren* auf den *Integrationsrat*.

Der Rat lehnt dies ab.

Antirassismus

Die Verwaltung stellt im Haushalt erstmalig eine Haushaltsposition Anti-Rassismus Training in Höhe von 50.000 Euro ein. Der *Integrationsrat* bittet die Verwaltung, ein Konzept zur Verteilung der Mittel zur gemeinsamen Diskussion vorzulegen.

Im Blickfeld

Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration (ZMI)

Forderung

Der *Ausländerbeirat* und später der *Integrationsrat* sehen die vielfältige Kölner Stadtgesellschaft sowie die Tatsache, dass über 50 % der Kölner Kinder eine internationale Familiengeschichte haben, als ein großes Potenzial für die Stadt.

Um die damit verbundenen Möglichkeiten und auch Herausforderungen im Bildungswesen fachlich zu begleiten und zu unterstützen, fordert er die dauerhafte Einrichtung einer entsprechenden Struktur – ein *Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration*.

Hintergrund/Sinn der Forderung

Ziel der Arbeit des *ZMI* ist es, Bildungseinrichtungen in ihren Bemühungen zu unterstützen, die Förderung des deutschen Sprache und eine mehrsprachige Bildung systematisch und dauerhaft zu implementieren und auf diese Weise zur interkulturellen Öffnung der Kölner Bildungslandschaft beizutragen.

Die persönliche und schulische Entwicklung von Kindern mit internationaler Familiengeschichte wird durch die Anerkennung und Förderung ihrer Herkunftssprache und damit einhergehender Stärkung ihrer Herkunftsidentität gefördert.

Das *ZMI* soll Projekte und Initiativen in Köln zu den Themen Mehrsprachigkeit und Integration in der Elementarerziehung, in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit, der Elternbildung, der Erwachsenenbildung sowie in der Lehrer*innenausbildung und Forschung initiieren und begleiten.

Umsetzungsstand

Das *Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration* wird im Apr. 2008 in einem Festakt mit der Unterzeichnung des Kooperationsvertrages durch die drei Partner*innen Bezirksregierung Köln, Stadt Köln und Universität zu Köln gegründet.

„Zentrum für Sprachförderung sichern“

Sprachfest mit Talk auf dem „Blauem Sofa“ – Plädoyer für mehr Fortbildung und Beratung

von MARTINA WINDRATH

Zwischen Föder-Hits vom Schülerchor und Kabarett-Kapriolen von Konrad Beikircher machte Stadtdirektor Guido Kahlen beim Talk auf dem Sprachfest den Organisatoren gestern ein Versprechen: „Ich kenne die Resolution zum Erhalt des Kompetenzzentrums Sprachförderung und ich sage Ihnen, es wird erhalten bleiben.“



ben. Der Stadtrat muss natürlich noch seinen Segen dazu geben.“ Applaus! Kahlen hatte für die erkrankte Bildungsdezernentin Dr. Agnes Klein als einer der Gäste auf dem „Blauen Sofa“ im Rathaus Platz genommen. Nicht nur ihm entlockte Moderatorin Eva-Maria Heinen (Kölnische Rundschau) zum Auftakt der Talk-Reihe ein Plädoyer für die systematische Ausweitung von Modellprojekten an Schulen und



Klartext redeten die Gäste zum Auftakt der Talkreihe auf dem Blauen Sofa mit Moderatorin Eva-Maria Heinen im Rathaus. (Foto: Schmüngen)

Fortbildungen für Lehrer.

Köln lernt – mehrsprachig. Das Thema lockte viele Besucher zum Auftakt des Bildungsjahres 2007 von Univer-

sität und Stadt, das die Kölnische Rundschau präsentiert. Und die Redner setzten deutliche Zeichen. Bürgermeisterin Elfie Scho-Antwerpes plädierte

für die Sicherung des Zentrums, dessen Förderung durch die EU-Initiative „Equal“ Ende 2007 ausläuft, und erntete nicht nur vom Zentrumsleiter

Detlef Heints viel Beifall. Tayfun Keltok, Vorsitzender des Integrationsrats, setzt auf den Verbund europäischer Grundschulen: Die Zukunft

gehöre interkulturellen Schulen, die den Schatz Mehrsprachigkeit anerkennen. Für alle Kinder, in allen Fächern. „Dadurch entsteht eine Kultur der Gemeinsamkeit.“ Uni-Professor Michael Becker-Mrotzek sagte, schon im Kindergarten müsse systematisch damit begonnen werden.

Thomas Jaitner von der Bezirksregierung schlug vor, dass das Zentrum Teil des „Regionalen Bildungsbüros“ wird: „Wir brauchen einen verlässlichen Service und Beratung für die Schulen.“ Schlüssel zur Verbesserung des Schulerfolgs von Migrantenkindern sei der Unterricht mit durchgängiger Sprachförderung. „Man muss mehr Fortbildungen für alle Lehrer durchführen.“ Ein Beispiel lieferte Metin Özsinmaz vom Berufsskolleg Südstadt mit muttersprachlichem Wirtschaftsunterricht – neben Präsentationen an 30 Info-Ständen.

„Wir haben viel erreicht, aber noch riesigen Nachholbedarf“, so Kahlen. Doch seien erhebliche Verbesserungen auf den Weg gebracht, vom gemeinsamen Unterricht mit behinderten Pänz bis zum Ausbau offener Ganztagschulen. Auch stünden rund 500 000 Euro für zusätzliche Qualifizierungsmaßnahmen bereit. Der muttersprachliche Ergänzungsunterricht müsse weiter vom Land unterstützt werden.

2008

Ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

Der Integrationsrat fordert die Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus dem *Interkulturellen Maßnahmenprogramm* zum Thema »Ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte«.

Interkulturelle Öffnung des Kölner Rates

Der Integrationsrat verabschiedet eine Resolution an die Kölner Parteien mit der Forderung nach »Mehr Menschen mit Migrationshintergrund in den Kölner Stadtrat«. Hier wird darum gebeten, Menschen mit Migrationshintergrund gezielt für eine Mitarbeit in den Parteien anzusprechen und bei einer Kandidatur für politische Ämter zu unterstützen.

2009

Ausbildungsförderung der Stadtverwaltung

Auf Wunsch des Integrationsrates referiert Stadtdirektor Guido Kahlen im Apr. 2009 ausführlich zum Thema Ausbildungsförderung bzw. interkulturelle Aktivitäten der Stadtverwaltung. Besonderes Thema ist die Einstellung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in ein Ausbildungsverhältnis bei der Stadtverwaltung. Stadtdirektor Kahlen beschreibt, dass 47 % der unter 18-jährigen Kölner*innen aktuell einen Migrationshintergrund haben und die Zahl der Bewerbungen und auch der Einstellungen von jungen Menschen mit Migrationshintergrund bei der Stadt gesteigert werden konnten.

Ausbildungsjahr	Gesamtbewertungen	Bewerbungen von Migranten/Migrantinnen	Einstellungen gesamt	Einstellungen von Migranten/Migrantinnen
2005	4013	140 (3,5 %)	84	2 (2,4 %)
2006	5427	895 (16,5 %)	224	34 (15,2 %)
2007	5551	982 (17,7 %)	237	40 (16,9 %)
2008	5245	1190 (22,7 %)	234	60 (25,6 %)

Statistik des Stadtdirektors Guido Kahlen zur Ausbildungsförderung

KR 2007

Die vorgestellten Zahlen machen deutlich, dass die bisher geringe Einstellungszahl von Migrant*innen weniger an deren fehlenden Qualifikationen liegt, sondern mit einer Erhöhung der Bewerbungszahlen automatisch auch die Einstellungszahlen steigen. Ziel muss es deshalb sein, die Stadtverwaltung bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund als interessante Arbeitgeberin zu präsentieren.

Des Weiteren werden verschiedene städtische Fortbildungsangebote zur Schulung der interkulturellen Kompetenz der Mitarbeitenden vorgestellt. Es folgt eine angeregte Diskussion.

Resolution zum geplanten europaweiten Treffen von »pro Köln« in Köln

Der *Integrationsrat* verabschiedet eine Resolution »Köln ist und bleibt eine weltoffene Stadt«, die sich für das friedliche, gleichberechtigte Mit- und Nebeneinander einsetzt und in dem Rassismus und Extremismus keinen Platz haben dürfen. Er bittet den Rat, sich der Resolution anzuschließen.



Demonstration vorm Rathaus gegen vom Land geplante Änderung der Gemeindeordnung

Finanzielle Förderung von *Migrantenorganisationen/Zentrenförderung*

Der *Integrationsrat* fordert den Rat der Stadt Köln auf, die finanzielle Förderung der *Interkulturellen Zentren* von den allgemeinen Kürzungen im Haushalt auszunehmen.

»Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus e. V.«

Auf Antrag des *Integrationsrates* beschließt der Rat die Mitgliedschaft der Stadt Köln im Verein »Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus e. V.« und die Umsetzung des »Zehn-Punkte-Aktionsplanes zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa« in Köln.

In der Folge wird die Mitgliedschaft in der »Städte-Koalition« aktiv von der Verwaltung begleitet und der *Integrationsrat* erhält in Abständen einen aktuellen Umsetzungsstand des »10-Punkte-Aktionsplans« zur Kenntnis.



Einladung zum

Kölner Fachgespräch zu Migration / Integration

Dienstag, 15.12.2009
8:45 bis 13:00 Uhr

im Kulturbunker Mülheim, Berliner Str. 20, 51063 Köln

Veranstaltung »Sinus-Studie für Migranten«

Der *Integrationsrat* lädt zu einer Vorstellung der Ergebnisse der Sinus-Studie zu den »migrantischen« und den »deutschen« Milieus« ein.

(s. Seite 66 ►)

Veranstaltung »Natürliche Mehrsprachigkeit als Weg zum Schulerfolg«

Eine Veranstaltung des *Integrationsrates* in Kooperation mit dem ZMI zu Sprachenvielfalt und Mehrsprachigkeit in Köln.

2010

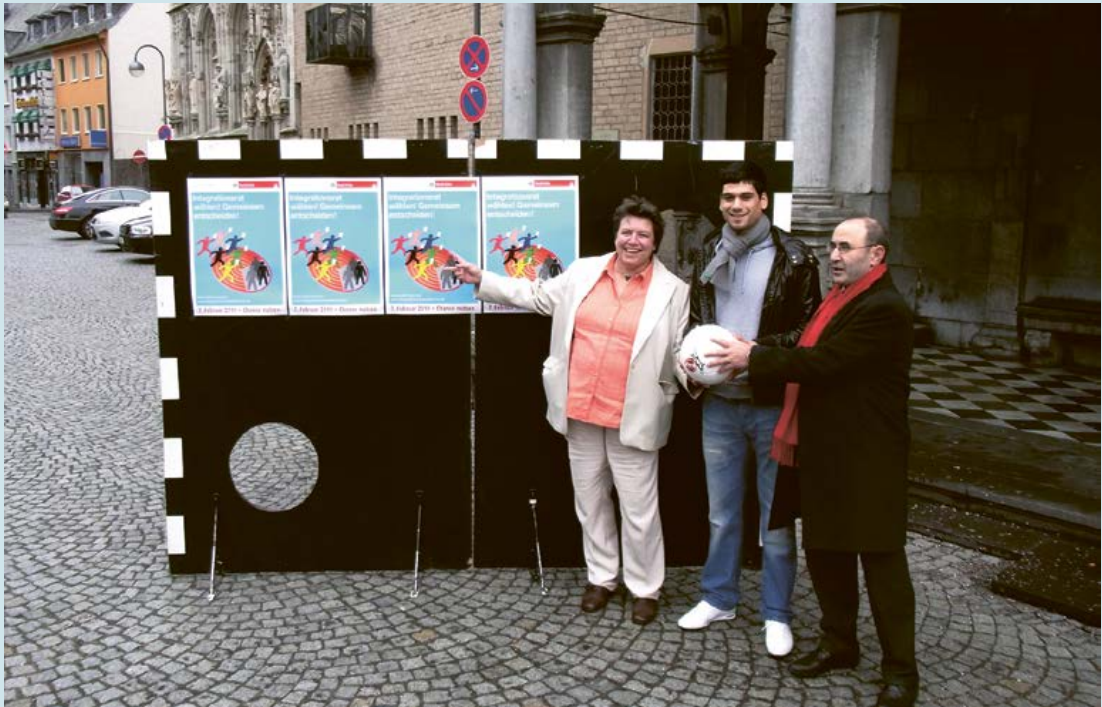
Am 07.02.2010 wird der zweite *Kölner Integrationsrat* gewählt.

Der neu gewählte *Integrationsrat* besteht weiterhin aus 33 stimmberechtigten Personen.

- 22 (zwei Drittel) stimmberechtigte Mitglieder werden direkt von den Migrant*innen in Köln gewählt.
- 11 (ein Drittel) stimmberechtigte Ratsmitglieder werden vom Rat entsandt.

Wahl des zweiten *Kölner Integrationsrates*

Wahltermin	07.02.2010
Zusammensetzung des Integrationsrates	Der <i>Integrationsrat</i> besteht aus 33 stimmberechtigten Personen: ■ 22 stimmberechtigte Mitglieder werden direkt von den Kölner*innen mit Migrationshintergrund gewählt. ■ 11 stimmberechtigte Ratsmitglieder werden vom Rat entsandt.
Wahlverfahren	Es wird diesmal wieder eine Urnenwahl in Wahllokalen durchgeführt.
Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung	Wahlberechtigt sind alle Ausländer*innen, die am Wahltag 18 Jahre alt sind und sich seit einem Jahr rechtmäßig in Deutschland und seit drei Monaten in Köln aufhalten sowie seit fünf Jahren eingebürgerte Deutsche, die sich aber zuerst ins Wählerverzeichnis eintragen lassen müssen. Wahlberechtigt sind 146.731 Kölner*innen, davon haben 11.447 (7,8 %) ihre Stimme abgegeben.
Direkt gewählte stimmberechtigte Mitglieder	■ Kölner Liste: Malik Karaman, Yeliz Karadeli-Yaşar, Ebru Çoban, Hasan Ateş ■ Liste der Demokraten in Köln: Tayfun Keltek, Turan Özküçük, Filiz Kalamani, Tekin Parmaksız ■ Liste Birlik: Ali Esen, Fevzi Bayrak, ■ Liste Einheit: Dimitri Rempel, Lyudmyla Beysorina ■ Liste Mevlana: İlhan Uzun, Serkan Kirli ■ Liste GOL: Veronica Oommen ■ Liste Interfamilia: Suzan Uğursoy ■ Liste KIM: Fatih Turan ■ Liste Dein Köln: Musa Çavuş ■ Liste Integration Colonia: Marion Schneider-Meyer ■ Liste BUNTE: Antonella Giurano ■ Liste KÖBES: Minu Nikpay ■ Einzelbewerber Özkan Aksoy
Entsante stimmberechtigte Mitglieder	■ SPD-Fraktion: Gonca Mucuk-Edis, Cornelia Schmerbach, Malik Karaman ■ CDU-Fraktion: Helmut Jung, Henk van Benthem, Efan Kara ■ Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Ossi Helling, Stefan Peil ■ FDP-Fraktion: Sylvia Laufenberg ■ Fraktion Die LINKE: Şengül Senol ■ Pro Köln: Jörg Uckermann
Beratende Mitglieder	Vertreter*innender Arbeiterwohlfahrt, des Arbeitgeberverbandes, der Agentur für Arbeit Köln, des Caritasverbandes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, des Diakonischen Werkes, des Fördervereins Kölner Flüchtlingsrat e. V. und der Seniorenvertretung der Stadt Köln
Vorsitz	Vorsitzender wird Tayfun Keltek und seine Stellvertreter*innen werden Yeliz Karadeli-Yaşar, Dimitri Rempel, Veronica Oommen.
Befugnisse	Es gilt eine neue Regelung in § 22 der Hauptsatzung der Stadt Köln. Der Integrationsrat kann jetzt zu allen Haushaltsansätzen, die seine Aufgaben betreffen, Vorschläge machen. Der Rat kann dem Integrationsrat künftig Mittel zuweisen, die dieser gemäß einer vom Rat zu beschließenden Förderrichtlinie vergeben kann – der Rat entscheidet aber abschließend. Ausserdem erhält der Integrationsrat die Möglichkeit einer eigenständigen Öffentlichkeitsarbeit. Darüber hinaus kann der Rat dem Integrationsrat weitere Kompetenzen in allen Angelegenheiten, die die Interessen der Migrant*innen als solche berühren, zuweisen.
Kölner*innen mit Migrationshintergrund	2010 leben in Köln 1.022.303 Menschen, 320.448 (31,4 %) davon haben einen Migrationshintergrund



Integrationsdezernentin Marlis Bredehorst und Tayfun Keltek bewerben die Integrationsratswahlen

Die Wahl wird diesmal wieder als Urnenwahl durchgeführt. Kritisiert wird die geringe Zahl der zur Wahl des *Integrationsrates* vorgesehenen Wahllokale.

Vorsitzender wird Tayfun Keltek, seine Vertreter*innen sind Yeliz Karadeli-Yasar, Dimitri Rempel und Veronica Oommen.

Veranstaltung: »Vaterland? Mutterland? Unser Land! 10 Jahre Staatsangehörigkeitsrecht – wie soll es weitergehen?«

Eine Veranstaltung des *Integrationsrates* im Rahmen der *Interkulturellen Woche Köln*.

Veranstaltung »Aktionstag Sprachenvielfalt und Mehrsprachigkeit«

Eine Veranstaltung des *Integrationsrates* in Kooperation mit dem ZMI und der Türkischen Industrie- und Handelskammer Köln im Juni 2010 mit dem Thema »Frühe Mehrsprachigkeit als Bildungsresource«. Vertreter*innen aus Wissenschaft, Politik, Medien, Schule und Wirtschaft berichten und diskutieren zum Thema. (In den Folgejahren hat dieses Veranstaltungsformat den Titel »Mehrsprachigkeit im Gespräch«.)

Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft

Der *Integrationsrat* bittet den Rat, das *Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft* als Arbeitsgrundlage für die künftige strategische Zielausrichtung und Steuerungsgrundlage der Querschnittsaufgabe »Integration« zu beschließen. Die darin enthaltenen Handlungsempfehlungen und Maßnahmen zur Förderung der Integration sollen umgesetzt werden.

(s. Seite 64 ►)



1., 2. und 3. Maßnahmenprogramm zur Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien (1979, 1982, 1987)
Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft (2010)
Interkulturelles Maßnahmenprogramm (2014)

Seit 1976 gibt es in Köln unter sich ändernden Bezeichnungen Bestandsaufnahmen, Maßnahmenprogramme und Konzepte zur Begleitung des Prozesses hin zu einer modernen multikulturellen Einwanderungsstadt Köln. Jede dieser Veröffentlichungen gibt den aktuellen Zeitgeist ihres Entstehungszeitraums wieder ...

Bereits in der *Ausländerstudie* des *Ausländerreferenten* wird das Thema breit aufgestellt und Bereiche wie Wohnen, Kinder- und Jugendhilfe, Bildung und Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Freizeit, Sport und Kultur, Gesundheitshilfe, Zentren für ausländische Arbeitnehmer*innen und ihre Familien sowie die politische und gesellschaftliche Repräsentation behandelt, um dem Rat (der *Ausländerbeirat* wird erst spät miteinbezogen) entsprechende Handlungsvorschläge zu machen. Aktualisiert wird die *Ausländerstudie* in den drei Ausgaben des *Maßnahmenprogramm zur Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien*.

Als 2011 das mit breiter Beteiligung der Stadtgesellschaft erarbeitete *Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft* vorgestellt wird, beantragt der *Integrationsrat*, eine Erarbeitung konkreter Maßnahmen sowie eine Priorisierung.

2014 legt die Verwaltung das *Interkulturelle Maßnahmenprogramm* vor mit den Hauptthemen Teilhabe/Partizipation, Stadtraum (mit Wohnen, Stadtentwicklung, Bürgerzentren etc.), Kultur und Sport, Gesundheit, Erziehung und Bildung, Ausbildung, Beruf und Weiterbildung, Ältere Migrant*innen und Flüchtlinge.

Die darin enthaltenen Vorschläge werden in *Expertengruppen* (bestehend aus Mitgliedern der Stadtgesellschaft, Politik und Fachverwaltung) diskutiert und hinsichtlich ihrer Wichtigkeit priorisiert. Diese Priorisierungen werden dann dem Integrationsrat, den Fachausschüssen und dem Rat zur abschließenden Entscheidung vorgelegt.

Teile dieser Maßnahmenempfehlungen werden über ein jährliches *Integrationsbudget* in Höhe von ca. 1 Million Euro langfristig finanziert, andere werden im so genannten *laufenden Verwaltungsgeschäft* erledigt.

Der *Integrationsrat* begleitet den Gesamtprozess der Umsetzung, diskutiert die regelmäßigen Berichte der Verwaltung in seinen *Facharbeitskreisen*, kritisiert, macht Anregungen und stellt Anträge dazu.

Er weist immer wieder darauf hin, dass der Entwicklungsprozess hin zu einer Einwanderungsstadt eine Haltungsänderung in der Verwaltung und bei den Trägern erfordert, die dann alle Kölner*innen in der Einwanderungsstadt Köln im Blick hat.

Auch muss dieser nicht zwangsläufig mehr Geld kosten (mehrsprachige Mitarbeitende kosten genauso viel, wie einsprachige), sondern ist oft »nur« eine Frage der gerechten Mittelverteilung. Wenn die Kölner Stadtgesellschaft z. B. Bürgerhäuser oder Sozialpsychiatrischen Zentren finanziert, die aber überwiegend den »bi-deutschen Teil« der Bevölkerung erreichen, stellt sich die Frage, ob nicht ein Anteil der zur Verfügung stehenden Mittel bspw. den Interkulturellen Zentren oder dem Gesundheitszentrum für Migrant*innen zukommen sollte, damit letztendlich alle Kölner*innen diese Angebote der Stadt nutzen können.

2011

Arbeitsschwerpunkte für die Wahlperiode 2010–2014

Der *Integrationsrat* beschließt sich mit folgenden Themen zu befassen: ethnische Antidiskriminierung und Rassismus, interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung, Zusammenarbeit mit der Auslän-

derbehörde, Förderung von Migrantenselbstorganisationen/Zentrenförderung, Dialog der Religionen, Bildung im Elementarbereich/Kita/Schule, Förderung der Mehrsprachigkeit, Sport, Gesundheit, Senioren, Flüchtlinge, Menschen ohne Papiere.

Broschüre »Köln 100 % – kulturelle Vielfalt einer Stadt«

Auf der Grundlage der wissenschaftlichen Untersuchungen von Sinus Soziovision wird vom Integrationsrat die Broschüre »Köln 100 %« mit der Kernbotschaft »Differenzieren statt pauschalisieren. Ressourcen und Potenziale der Migrantinnen und Migranten in den Blick nehmen« herausgegeben.« (s. Seite 66 ►)

Der Integrationsrat stellt die von ihm herausgegebene Broschüre »Köln 100 % – kulturelle Vielfalt einer Stadt« in den neun Stadtbezirken und auf Personalversammlungen vor und diskutiert die Inhalte.



Veranstaltung »Mehrsprachigkeit im Gespräch – natürliche Mehrsprachigkeit und Schulerfolg«

Eine Informations- und Diskussionsveranstaltung des Integrationsrates im Mai 2011 mit einer Impulsrede von Sylvia Löhrmann, Schulministerin NRW und einer Vorstellung des *Verbundes Europäischer Grundschulen*.

Interkulturelle Beratungsstelle für Suchtprobleme

Der Integrationsrat beantragt die Einrichtung einer interkulturellen Beratungsstelle für Suchtprobleme.

2009

■ Mit der Novellierung des § 27 GO NRW werden *Integrationsräte* zum Regelgremium erklärt. Nur in Ausnahmefällen kann der Rat einen *Integrationsausschuss* mit mehrheitlich vom Rat entsandten Mitgliedern festlegen.

■ Oberbürgermeister in Köln wird Jürgen Roters (Okt. 2009 bis Okt. 2015).

■ Oberbürgermeister Roters und Altbürgermeister Schramma legen im Nov. 2009 den Grundstein für den Moscheebau in Köln-Ehrenfeld.

2010

■ Bei der Wahl zu den kommunalen Migrantenvertretungen entscheiden sich im Rahmen der Experimentierklausel 91 Kommunen dafür *Integrationsräte* und 16 Kommunen dafür *Integrationsausschüsse* wählen zu lassen. Die Wahlbeteiligung liegt bei 11,2 %.

■ 2010 erscheint das Buch *Deutschland schafft sich ab* von Thilo Sarrazin. Die im Buch formulierten Thesen lösen eine breite und langanhaltende gesellschaftliche Kontroverse zu Migration aus.

2011

■ Im November 2011 erfolgt die Selbstenttarnung des NSU. Mundlos und Böhnhardt werden tot in einem ausgebrannten Wohnmobil gefunden und Zschäpe versendet die Bekennervideos. Damit ist die Urheberschaft der Anschläge in der Probsteigasse im Jahr 2001 und der Keupstraße im Jahr 2004 und endlich geklärt.

2012

■ Mit der Verabschiedung des »Gesetzes zur Förderung der gemeinschaftlichen Teilhabe und Integration in NRW« wird die Landesförderung des *Landesintegrationsrates NRW* und dessen Anhörungsrecht »auf Landesebene bei der Erfüllung der Integrationsaufgaben« festgeschrieben.

Broschüre »Köln 100 % - kulturelle Vielfalt einer Stadt«

Ziel

»Differenzieren statt pauschalisieren. Ressourcen und Potenziale der Migrantinnen und Migranten in den Blick nehmen« ist die Kernaussage der 2011 vom *Integrationsrat* herausgegebenen Broschüre Köln 100 %.

Hintergrund

Das Institut *Sinus Soziovision* erforscht seit Jahrzehnten auf wissenschaftlicher Grundlage die Lebenswelten der Menschen hinsichtlich ihrer Werteorientierung und sozialen Lage und bildet daraus so genannte *Milieugruppen*.

Im Jahr 2008 veröffentlicht Sinus Soziovision zum ersten Mal eine repräsentative Untersuchung der Lebenswelten und Lebensstile der Menschen mit Migrationshintergrund. Der Einleitungstext zur Broschüre beschreibt: »In der gesellschaftlichen wie auch der individuellen Beobachtung gibt es Tendenzen, dass sich der Blick auf Menschen mit Migrationshintergrund auf die Wahrnehmung von »Kopftuchträgerinnen«, »religiösen Eiferern« und »Personen mit erheblichem Integrationsbedarf« verkürzt. Die vorliegende Broschüre möchte diesen »Bildern im Kopf« empirisch fundierte Fakten gegenüberstellen und dazu anregen, sich der eigenen Wahrnehmung »der« Migrantinnen und Migranten bewusst zu werden und diese zu hinterfragen.«

Umsetzungsstand

Der *Integrationsrat* stellt 2011 in einer aufwändig gestalteten Broschüre die Untersuchungsergebnisse vor, zeigt exemplarisch Kölner Protagonist*innen mit Migrationshintergrund aus den von Sinus beschriebenen acht Milieus und lässt sie zu Wort kommen.

Die Inhalte der Untersuchung und die Broschüre werden der Öffentlichkeit in einer Reihe von Veranstaltungen vorgestellt, u. a. im Rathaus, in den neun Bezirksrathäusern und auf städtischen Personalversammlungen.

Der *Integrationsrat* bezieht sich in seiner politischen Arbeit regelmäßig bis heute auf die Erkenntnisse aus Studie von Sinus Sociovision.

Die Broschüre ist als PDF auf der Webseite des *Integrationsrates* zu finden.

Als 2018 die Forschungsergebnisse aktualisiert werden, startet der *Integrationsrat* die Folgekampagne MEHRALLES. (s. Seite 101 ►)

Im Rahmen des Integrationsbudget sind ab 2015 jährliche Finanzmittel für die interkulturelle Öffnung von Suchtberatungsstellen vorgesehen. Zwei Beratungsstellen beraten in Türkisch und Russisch.

Seniorenberatung für ältere Migrant*innen

Der *Integrationsrat* beantragt eine Seniorenberatung für ältere Migrant*innen in ihrer Herkunftssprache.

Diese Forderung wird vom *Integrationsrat* in der Wahlperiode ab 2020 verstärkt erhoben. Das Landesprojekt »Guter Lebensabend« erhebt den Ist-Stand der interkulturellen Bemühungen und erarbeitet konkrete Maßnahmenvorschläge. In der Folge gibt es ab 2022 vereinzelte Seniorenberatungen u. a. in *Interkulturellen Zentren* und Moscheen in verschiedenen Sprachen.

Teilhabe- und Integrationsgesetz NRW

Der *Integrationsrat* befasst sich mit dem Kabinettsentwurf des Gesetzes zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen (Teilhabe- und Integrationsgesetz) und unterstützt die Stellungnahme des *Landesintegrationsrates NRW* dazu.

Aufdeckung des NSU

Nach der Selbstenttarnung des NSU im Nov. 2001 verabschiedet der *Integrationsrat* die Resolution »Aufklärung der rechtsradikal motivierten Morde und Anschläge auf Migrantinnen und Migranten – keine Verharmlosung von Rechtsradikalismus und Rassismus.«

2012

Veranstaltung »Schlummernde Potenziale klug genutzt? Auf dem Weg zur interkulturellen Öffnung von Verwaltung, Wirtschaft, Verbänden und Vereinen«

Eine Diskussionsveranstaltung des *Integrationsrates* im Jan. 2012 u. a. mit Stadtdirektor Kahlen und Vertreter*innen der Industrie- und Handelskammer Köln sowie der Handwerkskammer Köln.

Bleiberecht für Flüchtlinge

Der *Integrationsrat* verabschiedet im Jan. 2012 die Resolution »Für eine neue Bleiberechtsregelung« für Flüchtlinge mit der Bitte an den Landtag und die Landesregierung in NRW auf Landesebene bestehende rechtliche Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Ausländerbehörden die Erteilung von Aufenthaltstiteln für geduldete Flüchtlinge zu erleichtern.

Der *Integrationsrat* bittet den Rat der Stadt Köln, den Beschluss zu übernehmen und sich damit an den Landtag und die Landesregierung in NRW zu wenden.

Gebetsraum am Flughafen Köln/Bonn

Der *Integrationsrat* bittet die Flughafengesellschaft um Einrichtung eines neutralen Gebetsraums für alle Religionen am Flughafen Köln/Bonn.

Ein religiös neutral gestalteter Andachtsraum wird Mitte 2013 eröffnet.

**Interkulturelle Öffnung und Angebote im Kulturbereich**

Der Kulturdezernent Dr. Georg Quander berichtet im April 2012 über die vom Kulturamt beauftragte Studie »Kulturwelten in Köln«. Diese Studie zeigt eine Auflistung interkultureller Kulturangebote in Köln und untersucht, welche Art von Kulturangeboten seitens der Kölner Migrant*innen



Türkischsprachige Angebote im Museum

favorisiert werden. Er kündigt die Einrichtung einer Personalstelle und ein Budget zur Förderung interkultureller Kunstprojekte an.

Ein Vertreter des *Integrationsrates* wird Mitglied im Vergabegremium zur Entscheidung der jährlich vergebenen Fördermittel.

MEHRSPRACHIGKEIT IM GESPRÄCH
 Natürliche Mehrsprachigkeit und Erfolg im Berufsleben
 Eine Veranstaltung des Integrationsrates der Stadt Köln mit Kooperationspartnern
 am Donnerstag, 25. Oktober 2012, 15:30 bis ca. 19:00 Uhr,
 in der Piazzetta des Historischen Rathauses zu Köln

Veranstaltung »Mehrsprachigkeit im Gespräch«

Der Schwerpunkt dieser Veranstaltung des *Integrationsrates* im Okt. 2012 u. a. mit Guntram Schneider (Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW) ist die Bedeutung von natürlicher Mehrsprachigkeit in der Arbeitswelt und einer dafür erforderlichen Wertschätzung und Förderung in den Schulen.

Berücksichtigung von Menschen mit Migrationshintergrund beim Einstellungsverfahren

Der *Integrationsrat* beantragt nach der Befassung mit dem Personalbericht der Stadtverwaltung, zum wiederholten Mal, die verstärkte Berücksichtigung von Menschen mit Migrationshintergrund bei Einstellungsverfahren der Stadt Köln.

Amt für Integration

Der *Integrationsrat* beantragt erneut die Prüfung der Einrichtung eines Amtes für Integration. Vorgeschlagen wird, die mit dem Thema Integration befassten Dienststellen organisatorisch zu einer Organisationseinheit zusammenzufassen. Als Beispiele werden die Stadt Frankfurt am Main (Amt für multikulturelle Angelegenheiten) und Bielefeld (Amt für Integration) genannt. Der Antrag wird im Jahre 2013 mit umfangreichen Unterlagen zu o. g. Beispielstädten ergänzt.

2018 wird ein *Amt für Integration und Vielfalt* eingerichtet. (s. Seite 42 ►)

Mordserie des NSU

Der *Integrationsrat* verabschiedet im Nov. 2012 zum 1. Jahrestag der Selbstenttarnung des NSU eine Resolution zu den Morden des NSU. Darin wird ein klares Signal gefordert, das unmissverständlich deutlich macht, was die Bürger*innen mit Migrationshintergrund (und hier insbesondere auch die türkeistämmige Bürgerinnen und Bürger – denn gegen sie richteten sich die Mehrzahl der Anschläge) diesem Land bedeuten und wert sind. Der *Integrationsrat* appelliert an die politischen Vertreter*innen der Bundesregierung und des Bundestages, sämtliche Regelungen der Ausländergesetzgebung zu überprüfen, um den hier seit vielen Jahren in Deutschland lebenden und nicht aus Ländern der EU stammenden Migrantinnen und Migranten Chancengleichheit zu ermöglichen.

Der *Integrationsrat* bittet den Rat der Stadt Köln, diese Resolution zu unterstützen.

2013

Haushaltplanentwurf 2014

Der Haushaltplanentwurf für 2014 sieht massive Kürzungen insbesondere auch im Ausgabenbereich des *Interkulturellen Referates* vor. Von den Einsparungen sind auch die *Interkulturellen Zentren* betroffen, die jährlich ein Mehrfaches der städtischen Fördersumme über Landes- und Bundesförderungen in die Stadt holen.

In einer Sondersitzung im März 2013 lehnt der *Integrationsrat* den vorgelegten Haushaltsplanentwurf ab und fordert, den uneingeschränkten Erhalt der Dienststelle *Interkulturelles Referat* und der dort verwalteten Finanzmittel. Gefordert wird, stärker die Potentiale von Migrant*innen für die Entwicklung der Stadt in den Mittelpunkt stellen. Ebenfalls wird die Beibehaltung der finanziellen Förderung der 30 *Interkulturellen Zentren* im bisherigen Umfang gefordert.

Veranstaltung »Brandanschlag in Solingen 1993 – was geht uns das heute an?«

Eine Informations- und Diskussionsveranstaltung des *Integrationsrates* zu *Birlikte 2013*.

Es wird der Film von Mirza Odabasi *93/13 – 20 Jahre nach Solingen* gezeigt und Professor Haci-Halil Uslucan referiert anschließend zu »Psychologischen Dimensionen der Integration: Diskriminierung und ihre Auswirkungen«. Im Podiumsgespräch u. a. mit Oberbürgermeister Jürgen Roters und dem Polizeipräsidenten von Köln, Wolfgang Albers, warnt der Vorsitzende des *Integrationsrates* Tayfun Keltek: »Rund zehn Prozent der Bevölkerung

„Migranten sind Plus-Deutsche“

20 Jahre nach Solinger Anschlag: Debatte zum Thema Integration

Von JOHANNES SPÄTLING

Deutschland – ein Land des verständnisvollen multikulturellen Miteinanders? Es ist wohl noch ein weiter Weg, auch 20 Jahre nach dem Brandanschlag von Solingen, bei dem am 29. Mai 1993 fünf Menschen starben. Zum Gedenken daran fand am Mittwoch im Rathaus ein Diskussionsabend statt, bei dem deutlich wurde, dass viele Migranten und ihre Nachkommen sich immer noch nicht in Deutschland zuhause fühlen, obwohl sie längst Deutsche sind.

Der Integrationsrat hatte gemeinsam mit dem Dezernat für Integration und Umwelt in die voll besetzte Piazzetta eingeladen. Türkischstämmige Besucher waren deutlich in

der Mehrzahl. Für viele ist der Anschlag ein prägendes Ereignis, das die Frage aufwarf, ob man in Deutschland noch leben könne. Der Kabarettist Fatih Cevikkollu betonte: „Eigentlich war immer klar: Wir bleiben hier, das ist unser Land.“ Zu Beginn hatte OB Jürgen Roters die über 100 Gäste begrüßt und lobte die zahlreichen Initiativen, die sich seit den Anschlägen in Köln gebildet hatten. „Vor allem sind die AG Arsch Huh und die Initiative 'Köln stellt sich quer' zu nennen. Sie zeigen, dass Rassismus und Islamophobie in Köln keinen Platz haben.“ Der SPD-Politiker Tayfun Keltek als Vorsitzender des Integrationsrates warnte dennoch vor der Verwurzelung des Rassismus in der Gesellschaft: „Rund

zehn Prozent der Bevölkerung haben ein rechtsextremes Weltbild, rund ein Viertel hat fremdenfeindliche Ansichten. Das ist alarmierend.“ Keltek warf den Entscheidungsträgern vor, soziale Probleme zu ethnisieren. „Immer wieder werden gerade junge Migranten als kriminell dargestellt. Viel wichtiger wäre es, mehr Menschen mit Migrationshintergrund an Schulen und öffentliche Ämter zu bringen. Wir brauchen Vorbilder.“

Dies unterstützte auch Professor Hacı-Halil Uslucan von der Uni Duisburg-Essen. Der Leiter des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung betonte: „Mit Diskriminierung machen wir uns das Leben einfacher: Hauptsache, anderen geht es noch schlech-

ter. Vorurteile kann man nur abbauen, wenn wir persönliche Kontakte pflegen und nicht nur über andere reden.“ Zum Abschluss diskutierten prominente Kölner wie Polizeipräsident Wolfgang Albers („Auch die Kölner Polizei Fehler hat bei der Aufklärung von rassistisch motivierten Taten gemacht.“) und WDR-Moderatorin Aslı Sevimdim über Lösungsansätze für die Probleme. Trotz durchaus verschiedener Ansichten einigten sich alle Beteiligten auf eine Position, die Sevimdim auf den Punkt brachte: „Wir sind alle Deutsche – die Migranten sind im Grunde Plus-Deutsche, die die Gesellschaft bereichern. Ihre multikulturelle Identität muss endlich als wichtiger Beitrag gesehen werden.“

KR 28.06.2013

haben ein rechtsextremistisches Weltbild, rund ein Viertel hat fremdenfeindliche Ansichten. Das ist alarmierend.“ (KR 28.6.13)

Interkulturelles Maßnahmenprogramm

Der Integrationsrat nimmt das von der Verwaltung vorgelegte »Interkulturelle Maßnahmenprogramm« als Bestandsaufnahme der aktuell bestehenden integrativen Arbeit im Bereich Migration in Köln zur Kenntnis. (s. Seite 64 ►)

Diversity Management

Die Stadtverwaltung gibt im März 2013 die Gründung einer Punktdienststelle *Diversity Management* bekannt. Der Integrationsrat kritisiert die Gründung der Punktdienststelle *Diversity Management* und die dortige Ansiedlung des Themas Integration/Migration. Er beklagt die Behandlung und Einordnung des Themas Integration/Migration als einer Großstadt wie Köln nicht würdig und fordert die Verwaltung dazu auf, die Organisationsverfügung zurückzunehmen.

2013

■ Mit der Novellierung des § 27 GO NRW wird der Integrationsrat (mit einer Mehrheit von direkt gewählten Mitgliedern) das einzige mögliche Modell und die Bildung eines Integrationsausschusses (mit einer Mehrheit der Ratsmitglieder) ist nicht mehr möglich.

Mit dem Passus »Rat und Integrationsrat sollen sich über die Themen und Aufgaben der Integration in der Gemeinde abstimmen« ist geregelt, dass der Integrationsrat (in Anlehnung an Regelungen für Fachausschüsse) vom Rat künftig einen klaren kommunalen Aufgaben- und Zuständigkeitsbereich einfordern kann, wie z. B. die feste Einbindung in die Beratungsfolge der Ratsausschüsse und eigene Entscheidungsbefugnisse.

2014

■ *Birlikte – Zusammenstehen* findet als dreitägiges Kulturfest im Juni 2014 anlässlich des 10. Jahrestages des Nagelbombenanschlags in der Keupstraße statt. Es wird von ca. 70.000 Menschen besucht.

„Ohne uns würde sich vieles nicht bewegen“

Seit 30 Jahren arbeitet Tayfun Keltek im Ratsgremium für Integration. Im Mai tritt er wieder an

Herr Keltek, warum braucht man 2014 noch einen Integrationsrat?

TAYFUN KELTEK: Das Thema Integration ist immer noch ein Verliererthema. Viele halten es für nebensächlich. Dabei ist es so wichtig, dass es im Mittelpunkt der politischen Diskussion stehen müsste. Ohne die Struktur eines Integrationsrates würde sich vieles nicht bewegen. Beispiele sind die Fortschritte bei der interkulturellen Öffnung der Verwaltung. Oder unsere Initiativen zur Mehrsprachigkeit.

Das könnte auch im Stadtrat geschehen. Warum sind so wenig Menschen mit Migrationshintergrund auf den Kandidatenlisten der Parteien?

„Den Sprachen wird ein unterschiedlicher Wert beigemessen. Das kann man durchaus Rassismus nennen

KELTEK: Das liegt an der fehlenden Öffnung der Parteien. Zum anderen gibt es aber auch zu wenige, die sich engagieren. Schauen Sie sich an, wer in Deutschland Politik macht. Das sind Leute mit guter Bildung und mit wenigen privaten oder beruflichen Problemen. Das trifft auf viele Migranten nicht zu. Man darf nicht vergessen, dass die Einwanderer vor allem als Arbeiter gekommen sind.

Aber das ist zwei Generationen her ...

KELTEK: Ja, aber es dauert auch Generationen, bis Kinder und Enkel aus Arbeiterfamilien in großer Zahl auf Universitäten gehen. Das ist bei einer deutschen Familie nicht anders.

Sie sind für die SPD als Landtagskandidat angetreten. Ist es schwer, in die Parteistrukturen zu kommen?

KELTEK: Mit dem Thema Integration macht man keine Karriere. Die Bedeutung von Integration hat noch keine Partei richtig verstanden. In den Debatten geht es immer nur um Defizite und Förderung. Man erkennt nicht, dass es vor allem um Potenziale gehen muss. Die Botschaft ist noch nicht angekommen.



Tayfun Keltek ist der Vorsitzende des Integrationsrates der Stadt Köln.

BILD: MICHAEL BAUSE

men. Wenn Parteien ihre Kandidaten aufstellen, werden Migranten als Symbole gewählt. Es geht nicht darum, dass ein bestimmter Bevölkerungsanteil repräsentiert wird.

Was sind wichtige Ziele für die nächste Wahlperiode?

KELTEK: Am wichtigsten ist, Integration als positives, Ressourcen schaffendes Thema herauszustellen. Wir haben bei der Förderung von Mehrsprachigkeit bislang zu wenig die Kindergärten in den Blick genommen. Wir müssen die vielen Muttersprachen der Familien fördern. Wir wissen, dass die Kinder dann auch besser Deutsch sprechen werden und sich ihre Bildungschancen erhöhen.

Zur Person

Tayfun Keltek wurde 1984 in den Ausländerbeirat gewählt, aus dem später der Integrationsrat wurde. Der 66-Jährige ist Mitglied der SPD, für die er als Landtagskandidat ins Rennen ging, aber gegen den CDU-Konkurrenten verlor. Er kam 1970 nach seinem Diplom-Studium an der Sporthochschule Ankara mit einem Stipendium zu einem Aufbaustudium nach Köln. Nachdem sich in der Türkei die politische Lage verschärfte, beschloss er, nicht mehr zurückzukehren, wurde Lehrer an einer Realschule und deutscher Staatsbürger. (fra)

Müsste man dazu für jedes Herkunftsland Erzieher, die die Sprache können, einstellen?

KELTEK: Es wäre schon viel erreicht, wenn man sich um die größten Sprachengruppen kümmern würde. Wenn es mehr Angebote in Türkisch, Italienisch, Polnisch und Russisch geben würde, hätte man schon zwei Drittel der Migranten berücksichtigt.

Wenn es um englische oder französische Angebote geht, gibt es Applaus. Warum tut man sich so schwer mit anderen Angeboten?

KELTEK: Den Sprachen wird ein unterschiedlicher Wert beigemessen. Das kann man durchaus Rassismus nennen. Das darf man nicht so einfach hinnehmen. Wir brauchen mehr Elternarbeit, eine Kampagne, aber auch mehr Druck.

Wo sollte der nächste Integrationsrat sonst noch Druck machen?

KELTEK: Wir müssen die interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung und der städtischen Betriebe weiterbringen – nicht um ein paar armen Menschen zu helfen, sondern um die Stadt durch die zusätzlichen Qualifikationen von Menschen mit Migrationshintergrund weiter voranzubringen.

Für Außenstehende ist kaum zu durchschauen, wer bei den Wahlen zum Integrationsrat kandidiert. Warum ist es immer noch so, dass zersplitterte Gruppen sortiert nach Ethnien gegeneinander antreten?

KELTEK: Ich würde nicht sagen, dass die vielen Gruppen gegeneinander kandidieren. Der Kuchen ist groß genug. Von mir aus können 150 Listen antreten. Die Wahlbeteiligung kann man nur erhöhen, wenn möglichst viele Kandidaten die Leute direkt ansprechen.

Nach fast 30 Jahren im Ausländerbeirat und Integrationsrat treten Sie noch einmal zur Wahl an. Warum tun Sie sich das an?

KELTEK: Es macht mir Spaß, und nach meiner Pensionierung kann ich noch mehr Zeit investieren. Uns ist in den letzten Jahren einiges gelungen, der gesetzliche Rahmen für unsere Arbeit ist verbessert worden. Das motiviert mich, weiterzumachen. Es ist wie vor 30 Jahren: Ich möchte etwas erreichen.

Was hat Sie damals motiviert, sich in dem von vielen belächelten Ausländerbeirat zu engagieren?

KELTEK: Ich war Lehrer an einer Realschule, und die Kinder mit Migrationshintergrund, die ich draußen auf der Straße traf, waren nicht meine Schüler. Die gingen auf Haupt- und Sonderschulen, obwohl sie nicht dümmer waren. Für mich war klar, dass ich mich in deutschen Strukturen engagieren muss, wenn ich politischen Einfluss nehmen will – nicht in irgendwelchen Heimat- oder Moscheevereinen.

Das Gespräch führte
Helmut Frangenberg

2014

Stadtmuseum

Der *Integrationsrat* fordert die Verwaltung dazu auf, bei der Neukonzeption des Kölner Stadtmuseums die jüngere Zuwanderungsthematik nach Ende des 2. Weltkrieges in Köln in die reguläre Dauerausstellung einzubinden.

Der Antrag des *Integrationsrates* wird ab 2024 im neuen Interim des Stadtmuseums in sehr guter Art und Weise umgesetzt.

Bewerbungsverfahren

Der *Integrationsrat* bittet, die Wirkung von anonymen Bewerbungs- und ggf. kultursensiblen Auswahlverfahren auf die Einstellungen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, mit Behinderungen und auf die Zahl der eingestellten Frauen vorzustellen.

Veranstaltung »Mehrsprachigkeit im Gespräch – Mehrsprachigkeit im Elementarbereich«

Eine Informationsveranstaltung des *Integrationsrates* im Mai 2014 mit der Fragestellung, wie in Köln eine mehrsprachige Erziehung in den pädagogischen Einrichtungen im Elementarbereich verankert und ausgebaut werden kann. Die Familienministerin von NRW, Ute Schäfer, hält dazu einen Impulsvortrag und 4 bilingual arbeitende Kölner Kindertagesstätten berichten über ihre praktische Arbeit.

Benennung eines Platzes oder einer Straße nach Ali Kurt

Ali Kurt kommt im Jahr 2014 bei dem Versuch, zwei Kinder aus dem Rhein zu retten, ums Leben.

Im Jahr 2018 wird eine Straße nach Ali Kurt benannt. (s. Seite 85 ►)



Große Anteilnahme am Ort der Tragödie in Köln-Stammheim.
Foto: Arton Krasniqi

Gedenken an die 22 Opfer des NSU in der Kölner Keupstraße

Der *Integrationsrat* bittet die Verwaltung zu prüfen, ob und wie ein Gedenken an die 22 Opfer des Nagelbombenanschlag des NSU in der Keupstraße, durch die Einrichtung 22 bilingualer türkisch-deutscher Gruppen in Kindertagesstätten realisiert werden kann.

Im Jahr 2017 werden hierfür, auch im Kontext der Forderung des *Integrationsrates* nach Einführung weiterer bilingualer Kitagruppen, entsprechende Finanzmittel für 22 Kitagruppen im Haushalt vorgesehen. (s. Seite 72 ► und 84 ►)

BIRLIKTE ZUSAMMENSTEHEN

AG Arsch-Huh und das Aktionsbündnis Birlikte laden anlässlich des 10. Jahrestages des Nazi-Anschlages in der Keupstraße ein.

KUNST- UND KULTURFEST
SONNTAG, 8. JUNI, 11 BIS 23 UHR

OFFENE KEUPSTRASSE • OFFENE LÄDEN • OFFENE HINTERHÖFE
MIT MUSIK, THEATER, LITERATUR,
FILMEN, DISKUSSIONSFÖREN, WORKSHOPS,
KINDERAKTIONEN U.V.M. AUF ÜBER 30 BÜHNEN

GROSSKUNDGEBUNG FREIGELÄNDE SCHANZENSTRASSE
MONTAG, 9. JUNI, AB 15.45 UHR

u.a. mit AYNUR, BLÄCK FÖÖSS, BRINGS,
CAROLIN KEBEKUS, EKO FRESH, FATİH CEVİKOLLU,
HARDY KRÜGER, HÖHNER, KASALLA, LSE,
MICROPHONE MAFIA, NIEDECKENS BAP, PETER MAFFAY,
SANDRA MAISCHBERGER, SERDAR SOMUNCU,
SERTAB ERENER & DEMİR DEMIRKAN, TOMMY ENGEL,
WILFRIED SCHMICKLER, UDO LINDENBERG,
ZÜLFÜ LIVANELI UND DEM
BUNDESPRÄSIDENTEN JOACHIM GAUCK.

WWW.BIRLIKTE.INFO  **BIRLIKTE ZUSAMMENSTEHEN**

Veranstaltung »Der Spuk muss endlich aufhören – wo müssen wir anfangen?«

Eine Informations- und Diskussionsveranstaltung des *Integrationsrates* im Juni 2014 im Rahmen von *Birlikte* mit Referaten von Prof. Dr. Marianne Bechhaus-Gerst (Institut für Afrikanistik, Uni Köln) »Wer etwas an den heutigen Verhältnissen ändern will, muss ihre Vorgeschichte kennen« und von Prof. Dr. Haci Halil Uslucan (Zentr. f. Türkeistudien u. Integration) »Wie Vorurteile und Stereotype immer noch die Integration verhindern«.

Gedenken an die Terroranschläge des NSU in der Kölner Probsteigasse und der Keupstraße

Forderungen

Der Integrationsrat bittet im Jahr 2014 um Prüfung und Vorstellung geeigneter Vorschläge zum Gedenken an die Opfer der Anschläge in der Probsteigasse und Keupstraße.

Der Integrationsrat fordert die Einrichtung von 22 bilingualen herkunftssprachlichen Kitagruppen als »aktives« Gedenken an die 22 Verletzten des Anschlags in der Keupstraße.

Hintergrund Probsteigasse

Am 19. Januar 2001 explodiert in einem deutsch-iranischen Lebensmittelgeschäft in der Probsteigasse 44 ein Sprengsatz und verletzt die 19-jährige Tochter des Geschäftsbesitzers Masha M. schwer. Nur durch Glück überlebt sie.

Erst 2011, nach 10 Jahren, wird das rassistische Motiv der Tat mit der Selbstenttarnung des NSU deutlich. 2022 wird in Abstimmung mit der Familie eine künstlerisch gestaltete Gedenktafel mit entsprechendem Text am Haus enthüllt.

Hintergrund Keupstraße

Am 9. Juni 2004 explodiert in der Keupstraße in Köln-Mülheim eine ferngezündete Nagelbombe vor einem Frisörsalon und verletzt 22 Menschen durch explodierende Zimmermannsnägel, 4 davon schwer. Die Polizei schließt einen terroristischen Hintergrund aus. Sie vermutet eine Auseinandersetzung zwischen rivalisierenden türkischen und kurdischen Gruppen in der Straße, verhört dazu mehrfach die Opfer des Anschlages sowie ihre Angehörigen und setzt verdeckte Ermittler*innen ein. Die Menschen in der Keupstraße bezeichnen dies als die »zweite Bombe«, die Misstrauen und Verdächtigungen in die Straße gebracht hat. Auch hier wird der terroristische Hintergrund erst 2011 mit der Selbstenttarnung des NSU deutlich.

Aus Solidarität mit den betroffenen Menschen tagt der Ausländerbeirat im Juli 2004 vor Ort in der Keupstraße.

2014 beantragt der Integrationsrat die Prüfung eines geeigneten Gedenkens. 2015 wird die Durchführung eines künstlerischen Wettbewerbsverfahrens zur Findung eines Denkmalentwurfs beschlossen, das die vom Anschlag Betroffenen und Vertreter*innen der IG Keupstraße verpflichtend einbezieht. 2016 prämiiert die vom Rat eingesetzte Jury, der auch der Integrationsrat angehört, einstimmig den Entwurf von Prof. Ulf Aminde. Dieser sieht in symbolischer Nähe zum Anschlagsort eine 6 x 25 m große und 30 cm hohe Bodenplatte vor, die dem Grundriss des Hauses entspricht, in dem sich der Frisörsalon befindet. Anhand von Geodaten der Bodenplatte und eines WLAN-Senders können Besucher*innen auf ihren Handys virtuelle Wände dieses Hauses entstehen lassen und auf diesen Filme aktivieren und betrachten.

Der Eigentümer des ausgewählten Standorts ist lange Jahre nicht willens, ein kleines Teilstück seines Baugrunds für das Mahnmal zur Verfügung zu stellen. Nach einem Weiterverkauf des Grundstücks im Jahr 2020 ist der neue Eigentümer bereit, der Auflage der Verwaltung zu folgen und die Errichtung des Mahnmals zu ermöglichen.

2023 wird ein Kuratorium zur Begleitung der Inhalte des Denkmals gebildet, dem u. a. vom Anschlag Betroffene sowie Vertreter*innen der IG Keupstraße und des Integrationsrates angehören.

Umsetzungsstand

Die Realisierung des Denkmals in der Keupstraße ist weiterhin offen.

Die Forderung nach Einrichtung von 22 bilingualen Kitagruppen als, aktives, Gedenken wird durch Bereitstellung entsprechender Finanzmittel im Jahr 2017 erfüllt.

Veranstaltung ›Ein Oberbürgermeister für alle – aber nicht alle dürfen ihn wählen‹ – kommunales Wahlrecht für alle!

Eine Informations- und Diskussionsveranstaltung des *Integrationsrats* im Nov. 2014 zu den bevorstehenden Kommunalwahlen mit einem Referat von Dr. Felix Hanschmann, Goethe-Universität in Frankfurt a. M., »Rechtlich ist die Einführung des kommunalen Wahlrechts möglich!« sowie einer Podiumsdiskussion mit Vertreter*innen der Fraktionen im Landtag NRW.

Interkulturelle Öffnung der Seniorenberatung

Der *Integrationsrat* bittet erneut darum, das bestehende stadtweite Angebot der Seniorenberatung interkulturell zu öffnen.

Diese Forderung wird vom *Integrationsrat* in der Wahlperiode ab 2020 verstärkt erhoben und im Projekt ›Guter Lebensabend‹ befürwortet. In der Folge gibt es ab 2022 vereinzelte Seniorenberatungen u. a. in *Interkulturellen Zentren* und Moscheen in verschiedenen Sprachen.

Gedenken für die Opfer der Anschläge des NSU in Köln

Der *Integrationsrat* bittet die Verwaltung um Prüfung und Vorlage von geeigneten Vorschlägen, in welcher Form den Opfern der Anschläge in der Probsteigasse und der Keupstraße in angemessener Form gedacht werden kann.

Im Jahr 2015 beschließt der Rat einen künstlerischen Wettbewerb unter Beteiligung der Opfer und Anwohner*innen der Keupstraße sowie des *Integrationsrates* durchzuführen und das Denkmal in der Keupstraße beziehungsweise in ihrer unmittelbaren Nähe aufzustellen.

Ende 2016 wird der in einem gemeinsamen Workshopverfahren ausgesuchte Siegerentwurf des künstlerischen Wettbewerbsverfahrens prämiert.

Im Jahr 2022 wird am Haus Probsteigasse eine künstlerisch gestaltete Gedenktafel angebracht. (s. Seite 72 ►)



Wahl des dritten *Kölner Integrationsrates*

Wahltermin	25.05.2014
Zusammensetzung des Integrationsrates	Der <i>Integrationsrat</i> hat 33 Mitglieder: ■ 22 stimmberechtigte direkt gewählte Mitglieder ■ 11 stimmberechtigte vom Rat entsandte Ratsmitglieder
Wahlverfahren	Gleichzeitig mit Kommunalwahl
Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung	34.811 abgegebene Stimmen – Wahlbeteiligung 15,45 %
Direkt gewählte stimmberechtigte Mitglieder	■ Linke internationale Liste: Figen Maleki-Balajou, Ibrahim Toure, Lilli Licco ■ Liste der türkisch-deutschen Sozialdemokraten Köln: Tayfun Keltek, Turan Özküçük ■ Liste GOL: Barbara Brunelli, Ahmet Edis ■ Kölner Liste: Ebru Coban, Ahmed Altinova ■ DEIN KÖLN: Abdullah Aydik, Gülgün Durdu ■ ITALIANI PER COLONIA: Antonella Giurano, Silvio Vallecoccia ■ Liste Birlik: Ali Esen ■ CI: Ibrahim Alici ■ Liste Einheit: Stella Shcherbatova ■ Liste BIG: Ahmad El Masri ■ Liste Mevlana: Mehmet Akif Ayata ■ Liste Gemeinsames Köln: Nebil Bayrakcioglu ■ Liste INK: Stefan-Lazar Mitu ■ Liste Bündnis 14: Eli Abeke ■ Einzelbewerber Eugen Litinov
Benannte bzw. entsandte stimmberechtigte Mitglieder	■ SPD-Fraktion: Christian Joisten, Malik Karaman, Prof. Klaus Schäfer, Monika Schultes ■ CDU-Fraktion: Stephan Pohl, Martin Erkelenz, Ira Sommer ■ Fraktion Bündnis90/Die Grünen: Marion Heuser, Firat Yurtsever ■ Fraktion Die Linke: Güldane Tokyürek ■ FDP-Fraktion: Katja Hoyer
Beratende Mitglieder	Vertreterinnen/Vertreter der Arbeiterwohlfahrt, des Arbeitgeberverbandes, der Agentur für Arbeit Köln, des Caritasverbandes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, des Diakonischen Werkes, des Fördervereins Kölner Flüchtlingsrat e. V., der Seniorenvertretung der Stadt Köln und des <i>Runden Tisches für Integration</i>
Vorsitz	Vorsitzender wird Tayfun Keltek. Seine Stellvertreter*innen werden Figen Maleki-Balajou, Ahmet Edis, Ebru Coban, Abdullah Aydik, Antonella Giurano.
Befugnisse	Satzung von 2014 gilt unverändert.

Teilnehmen | Mitgestalten | Mitentscheiden

Integrationsrats- wahlen Köln

25. Mai 2014



Wählen gehen
Chancen nutzen!

QR-Code

Landesintegrationsrat
Nordrhein-Westfalen

Stadt Köln

Der Integrationsrat ist ein Mitbestimmungsgremium für Arbeits-, Integrations- und Beschäftigungsfragen der Landesverwaltungen.

Am 25.05.2014 wird der dritte Kölner Integrationsrat gewählt.

Der neu gewählte *Integrationsrat* besteht weiterhin aus 33 stimmberechtigten Personen:

- 22 (zwei Drittel) stimmberechtigte Mitglieder werden direkt von den Migrant*innen in Köln gewählt.
- 11 (ein Drittel) stimmberechtigte Ratsmitglieder werden vom Rat entsandt.

Die Wahlen finden erstmals gleichzeitig mit den Kommunalwahlen als Urnenwahl statt.

Vorsitzender wird Tayfun Keltek. Die Zahl der Vertreter*innen ist von drei auf fünf erhöht worden. Seine Stellvertreter*innen werden Figen Mal-eki-Balajou, Ahmet Edis, Ebru Coban, Abdullah Aydik, Antonella Giurano.

Einrichtung von Arbeitskreisen zur Verbesserung der Arbeitsstrukturen

Der *Integrationsrat* beschließt die Einrichtung von Facharbeitskreise (FachAKs) zur inhaltlichen Diskussion und Begleitung konkreter Themen.

Im Blickfeld

Koordinierungsrunde und Facharbeitskreise (FachAKs)

Forderungen

Der *Integrationsrat* beschließt die Einrichtung von themenbezogenen Facharbeitskreisen zur kontinuierlichen inhaltlichen Diskussion und Begleitung bestimmter Themen:

- ▶ *Koordinierungsrunde* (bestehend aus dem Vorsitzendem des Integrationsrates, den 5 stellvertretenden Vorsitzenden und den migrationspolitischen Sprecher*innen der Fraktionen zur Vorbereitung der Integrationsratssitzung und Koordinierung der Arbeitsgruppenergebnisse)
- ▶ *FachAK Kultur und Sport*
- ▶ *FachAK Flüchtlinge, Interkulturelle Zentren und bürgerschaftliches Engagement*
- ▶ *FachAK Erziehung, Bildung und Beruf*
- ▶ *FachAK Gesundheit, Senioren und Soziales*
- ▶ *FachAK Allgemeine Rechtsfragen, Interkulturelle Öffnung und Antidiskriminierung*

Die FachAKs werden jeweils von einer/m stellvertr. Vorsitzenden geleitet. Teilnehmende sind Mitglieder des *Integrationsrates*, vom FachAK bestimmte beratende Mitglieder von Trägern und Vereinen, die *Geschäftsstelle des Integrationsrates* sowie ggfls. Vertretungen der Fachverwaltung.

Hintergrund

Die Einrichtung von FachAKs erfolgt in Anlehnung an die Arbeitsstrukturen der Ratsfraktionen. Bewährt hat sich die Hinzuziehung von beratenden Fachleuten aus den Wohlfahrtsverbänden und von Trägern und Vereinen.

Die FachAKs bewerten und kommentieren die von der Verwaltung vorgestellten Vorlagen zu den Sitzungen des *Integrationsrates*. Konkrete Themen im Integrationsrat werden hier fachlich vorbereitet und Anfragen, Anträge und ggfls. Kampagnen initiiert.

Umsetzungsstand

Die *Koordinierungsrunde* und die FachAKs tagen regelmäßig im Vorfeld der Sitzungen des *Integrationsrates*.

Interkulturelles Maßnahmenprogramm

Der Integrationsrat diskutiert das vorgelegte Maßnahmenprogramm und beauftragt die Verwaltung, die erarbeiteten Maßnahmenempfehlungen umzusetzen. Dabei sollen die hoch priorisierten Maßnahmenvorschläge und die Maßnahmen, zu deren Umsetzung zusätzliche Finanzmittel benötigt werden, dem Integrationsrat, den Fachausschüssen und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werden. (s. Seite 64 ►)

2015

Menschen ohne Papiere in Köln

Der Integrationsrat lässt sich über das Thema *Menschen ohne Papiere* informieren. Dieses Thema wird federführend vom *Runden Tisch für Flüchtlingsfragen* begleitet.

Zentrales Migrationsmuseum Deutschland in Köln

Der Integrationsrat beauftragt die Verwaltung, Sondierungsgespräche zur Ansiedlung des *Zentralen Migrationsmuseums* in Deutschland (Haus der Einwanderungsgesellschaft) am Standort Köln aufzunehmen. (s. Seite 87 ►)

Veranstaltung »Mehrsprachigkeit im Gespräch – Mehrsprachigkeit in der Elementarerziehung«

Eine Informations- und Diskussionsveranstaltung

des Integrationsrates zusammen mit dem ZMI im Juni 2015 zu der Frage, welches Potential in den Kölner Tageseinrichtungen steckt und wie die Ergebnisse der Studie »MehrKita« in der Kölner Bildungslandschaft von Politik und Verwaltung genutzt werden können. Mit einem Impulsreferat der Regierungspräsidentin von Köln, Gisela Walsken, »Sprachbildung ist Menschenrecht« und einem Praxisgespräch zu »Strategien der Sensibilisierung in mehrsprachigen Kitas bei Kindern, Erzieher*innen und Eltern«.

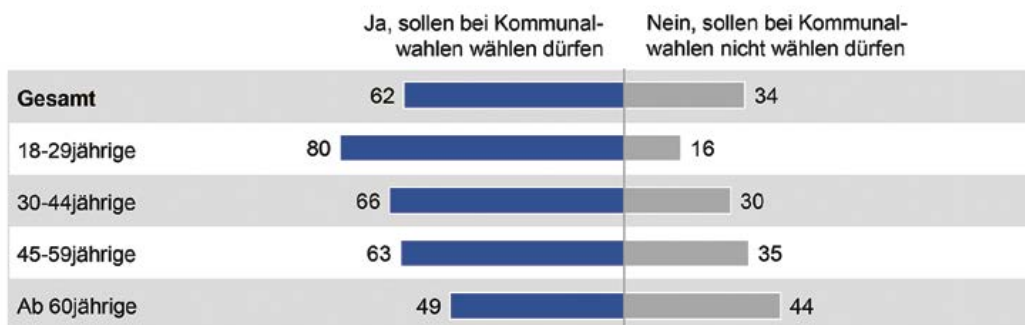
Veranstaltung »Wertschätzen und Wertschöpfen – Potentiale der Bi- und Multikulturalität«

Eine Informations- und Diskussionsveranstaltung des Integrationsrates im Juni 2015 im Rahmen von *Birlikte*. Vor dem Hintergrund, dass Migrant*innen überwiegend immer noch aus der defizitgeprägten Perspektive betrachtet und beurteilt werden, scheint es nicht zufällig, dass der NSU insbesondere türkeistämmige Migrant*innen in seinem tödlichen Fokus hatte. Prof. Dr. Haci Halil Uslucan (Zentr. f. Türkeistudien u. Integration) berichtet über eine »Studie zu Kompetenzen und Erfolgsbedingungen von Einwanderern der 2. Generation« und Dr. Mark Terkessidis (Migrationsforscher) referiert zum Thema »Jung, begabt, mehrsprachig – warum unsere Gesellschaft ihre Potentiale nicht ausschöpft.«. Es folgt eine Podiumsdiskussion.

Kommunalwahlrecht und Ausländer

Kommunalwahlrecht auch für ausländische Bürger aus Nicht-EU-Staaten einführen?

Nordrhein-Westfalen Altersgruppen



Frage: In Deutschland dürfen bei Kommunalwahlen auch ausländische Bürger aus EU-Ländern wählen, die in der jeweiligen Stadt oder Gemeinde leben. Ausländische Bürger, die nicht aus einem EU-Land kommen und sich hier niedergelassen haben, sind nicht wahlberechtigt. Was meinen Sie, sollen auch die auf Dauer in Deutschland lebenden Ausländer, die nicht aus einem EU-Land kommen, bei Kommunalwahlen wählen dürfen?

Wahlprüfsteine zu den Neuwahlen der Oberbürgermeisterin/des Oberbürgermeisters

Der *Integrationsrat* verabschiedet im Mai 2015 Wahlprüfsteine zu den Neuwahlen der Oberbürgermeisterin/des Oberbürgermeisters. Gefordert wird die Ansiedlung des Themas Integration bei der Oberbürgermeisterin/dem Oberbürgermeister, die Stärkung der politischen Entscheidungskompetenzen des *Integrationsrates*, eine personelle Aufstockung der *Geschäftsstelle Integrationsrat* und die Umsetzung des Beschlusses des *Integrationsrates* zur Einrichtung von bilingualen herkunftssprachlichen Kitagruppen.

Unterbringung von Geflüchteten

Der *Integrationsrat* verabschiedet eine Resolution gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Köln in Zeltstädten.

Integrationsbudget

Der *Integrationsrat* beantragt die Einrichtung eines *Integrationsbudgets* im städtischen Haushalt zur Finanzierung der Maßnahmen aus dem *Interkulturellen Maßnahmenprogramm*.

Seit 2016 gibt es zur Finanzierung von kostenpflichtigen Maßnahmen ein jährliches städtisches *Integrationsbudget* in Höhe von knapp 1 Million Euro. Das konkrete *Integrationsbudget* wird dem Integrationsrat jährlich zur Vorberatung bzw. Entscheidung vorgelegt. (s. Seite 78 ►)

Konzept zur Integration von neu zugewanderten Kindern

Der *Integrationsrat* bittet das *Zentrum für Mehrsprachigkeit (ZMI)*, ein innovatives Konzept zur Integration von Flüchtlingskindern in die Kölner Schulen zu erarbeiten und dem *Integrationsrat* und Rat vorzulegen.

Das *ZMI* legt 2018 dem *Integrationsrat* das unter Mitwirkung von Mitgliedern des *Integrationsrates* erarbeitete Papier »Eckpunkte zur Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Kölner Schulen« vor.

Der Rat folgt der Bitte des *Integrationsrats*, das Eckpunktepapier zur Grundlage der schulischen Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Köln zu erklären.

Dem *Integrationsrat* werden regelmäßige Sachstandsberichte zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus dem Papier vorgelegt.

2014

■ Im Mai 2014 werden 101 Integrationsräte gewählt. Die lange vom *Landesintegrationsrat* geforderte Einheitlichkeit des Gremiums ist hergestellt. 13,8 % der Wahlberechtigten nehmen an der Wahl teil.

2015

■ Festveranstaltung zum 20. Jahrestag der Gründung des *Landesintegrationsrates*

■ *Birlikte - Zusammenleben* findet als jetzt ein-tägiges Kulturfest im Juni 2015 statt. Wieder kommen ca. 70.000 Menschen.

■ Am 17. Oktober 2015 wird die Kandidatin für die Wahl zur Kölner Oberbürgermeisterin, Henriette Reker, angegriffen und schwer verletzt. Der rechts-extremistische Angreifer gibt an, mit ihrer Asylpolitik in Köln unzufrieden zu sein. Eine weitere Frau wird schwer und drei weitere Personen leicht verletzt.

■ Am 18. Oktober wird Henriette Reker zur Oberbürgermeisterin in Köln gewählt.

2016

■ Zum Jahreswechsel 2015/2016 kommt es in Köln und anderen Orten zu sexuellen Übergriffen durch Gruppen junger Männer, lt. Polizeiangaben vornehmlich aus dem nordafrikanischen und arabischen Raum. Nach dieser *Kölner Silvesternacht* folgt eine teils rassistisch geführte öffentlich Diskussion und der Polizei wird vorgeworfen, sie habe die Lage in ersten Berichten beschönigend dargestellt. Bemängelt wird auch eine späte mediale Berichterstattung.

■ Am 9. Januar findet in Köln eine erste Demonstration der Organisation *Pegida* gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung statt.

■ *Birlikte - Zusammenreden* findet im Mai/Juni 2016 als Dialogwoche statt.

■ Der *Landesintegrationsrat* feiert sein 20-jähriges Bestehen mit einem Empfang im Landtag mit Landtagspräsidentin Carina Gödecke, dem früheren Sozialminister Franz Müntefering, dem früheren Integrationsminister Armin Laschet, dem WDR-Intendanten Tom Buhrow, dem NRW-Integrationsminister Rainer Schmelzer.

Integrationsbudget

Forderungen

Antrag zur Einrichtung eines *Integrationsbudgets* im städtischen Haushalt

Hintergrund

Das *Integrationsbudget* beträgt ca. 1 Million Euro und der Antrag ist aus der Diskussion zur Umsetzung konkreter Maßnahmen aus dem *Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft bzw. dem Interkulturellen Maßnahmenprogramm* hervorgegangen.

Gefördert werden seit 2015 daraus:

- ▶ die Beratung von »Menschen ohne Papiere«
- ▶ das Projekt »Integrationslots*innen«
- ▶ die Perspektivberatung von Geflüchteten
- ▶ die Arbeit von Interkulturelle Zentren
- ▶ die Projekte zur Antirassismusbearbeitung
- ▶ die Interkulturelle Öffnung der Suchtberatungsstellen
- ▶ die Sprach- und Integrationsmittler*innen im Gesundheitswesen
- ▶ die Verbesserung der psychosozialen Betreuung von Geflüchteten
- ▶ die Qualifizierung von herkunftssprachlichen Zuwanderer*innen als »Integrationslots*innen Gesundheit«
- ▶ ein Budget zum Einsatz professioneller Sprach- und Integrationsmittler*innen
- ▶ die Angebote der interkulturellen Familienbildung in Familienbildungsstätten
- ▶ die Schulungen zur interkulturellen Kompetenz für Jugendleiter*innen in Jugendeinrichtungen

Umsetzungsstand

Der *Integrationsrat* berät seit 2015 jährlich über das *Integrationsbudget*. Seit einigen Jahren entscheidet er abschließend über die Mittelverteilung an die *Interkulturellen Zentren* sowie die Mittel zur Förderung der *Antirassismusbearbeitung*.



Broschüre »Orientierungshilfe für das Leben in Deutschland«

Angesichts der Zuwanderung einer hohen Zahl von Flüchtlingen auch nach Köln, verlegt und verteilt der *Integrationsrat* im Nov. 2015 eine von Pro Asyl unterstützte und Refugeeguide.de herausgegebene Orientierungshilfe mit 18.000 Exemplaren in den Sprachen Arabisch, Kurdisch, Albanisch, Türkisch und Serbisch (sowie einige Exemplare in Deutsch) in Kölner Flüchtlingsheimen und Beratungsstellen. Die ehrenamtlich engagierten Ersteller*innen haben ausdrücklich dazu aufgefordert, diese Orientierungshilfe in Papierform drucken zu lassen und an Flüchtlinge bzw. Zuwanderer*innen in Papierform zu verteilen.

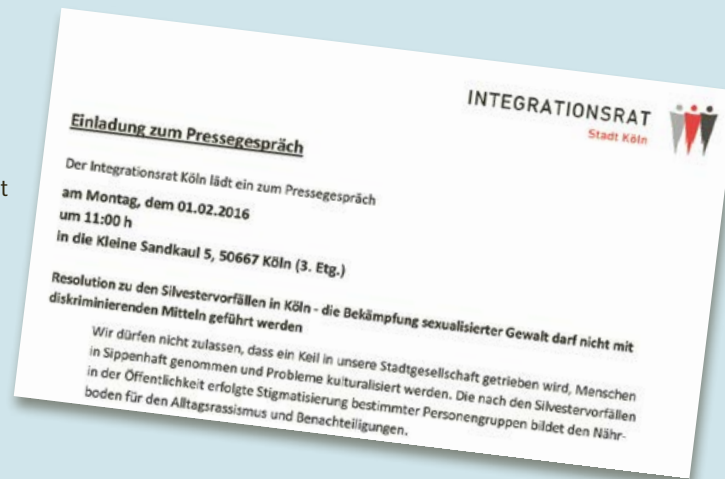
2016

»Kölner Silvesternacht«

Der *Integrationsrat* veröffentlicht eine Presseerklärung zu den Vorfällen der Kölner Silvesternacht. Er verurteilt darin jegliche sexuelle Gewalt gegen Frauen und fordert eine intensive sozial- und integrationspolitische Analyse der Vorfälle. Gleichzeitig mahnt der *Integrationsrat*, dass nicht zugelassen werden darf, dass Probleme kulturalisiert und Menschen mit Migrationshintergrund in Sippenhaft genommen werden. Durch die Stigmatisierung bestimmter Personengruppen werde der Nährboden für den Alltagsrassismus bereitet und ein Keil in unsere vielfältige Stadtgesellschaft getrieben.

Demonstration »Mut zum Miteinander – statt Schaffen von Feindbildern«

Unmittelbar nach der Kölner Silvesternacht positionieren sich die Mitglieder des *Integrationsrates* gemeinsam mit Oberbürgermeisterin Henriette Reker zu den Vorfällen und der öffentlichen Diskussion. (s. Foto unten)

Veranstaltung »Die Kölner Silvesternacht ... und was das mit der Keupstraße zu tun hat«
Eine Informations- und Diskussionsveranstaltung

des *Integrationsrates* im Juni 2016 im Rahmen von *Birlikte*. Die Silvestervorfälle haben gezeigt, wie schnell ethnische Gruppen pauschal verdächtigt und stigmatisiert werden. Gefragt wird, wie sich Köln stark gegen den Rassismus machen und aus der Defensive (Reaktion auf rassistische Vorfälle) in die Offensive (Verhinderung von Rassismus) kommen kann. Prof. Andreas Zick, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Uni Bielefeld, referiert zu »Zusammen auf dem Scherbenhaufen: menschenfeindliche Stimmungen«.



»Berücksichtigung der ethnischen Vielfalt
Bebildung von städtischen Publikationen«
Der Integrationsrat bittet den Rat der Stadt Köln,
die Verwaltung aufzufordern, bei der Gestaltung
und insbesondere der Bebilderung städtischer Pub-

likationen (Plakate, Flyer, Informationsbroschüren
etc.) künftig konsequent auf eine angemessene
Berücksichtigung der ethnischen Vielfalt in Köln
zu achten. Der Rat folgt der Bitte des Integrations-
rates. (s. Seite 81 ►)

Integrationsrat fordert ethnische Vielfalt ein Blond statt bunt: Sind Kölns Flyer weltfremd?

Die Oberbürgermeisterin



Stadt Köln

Der Oberbürgermeister



Stadt Köln

Der Oberbürgermeister



Stadt Köln

Der Flyer zur Seniorenvertretung sei für Menschen mit Migrationshintergrund wenig ansprechend.

Kandidieren Sie zur Seniorenvertretung!

Bewegungsbilder

Bei Kita-Flyern sind blonde Kinder zu sehen. Die Kritik: Die Hälfte der Kinder...

Bewegungsbildet

Kölner KITAs sind dabei

Anmeldung in einem städtischen Kindergarten

... hat einen Migrationshintergrund. Sie werden dort „unterschlagen“.

Anmeldung in einem städtischen Kindergarten

Köln – Die Stadt ist eine multikulturelle Metropole. Köln ist bunt. Die Darstellungen und besonders die Bilder von städtischen Flyern, Plakaten und Broschüren sind es aber nicht, kritisiert der Integrationsrat. Blond statt bunt: Sind städtische Publikationen mittlerweile weltfremd?



VON CHRIS MERTING
chris.merting@netzwerk-stadt.de

Der Integrationsrat will den Rat und die Stadt auffordern, bei öffentlichen Publikationen „künftig konsequent auf eine angemessene Berücksichtigung der ethnischen Vielfalt“ zu achten.

Das sieht ein Antrag des Arbeitskreises Antidiskriminierung vor. Deren Sprecher Ahmet Edis (36) kritisiert: „Die Publikationen sind weltfremd.“ So wirbt etwa ein Flyer der Freiwilligen Feuerwehr für ehrenamtliches Engagement – gerade bei Kölnern mit Migrationshintergrund, die dort ausdrücklich genannt werden. „Und auf den Bildern ist ein Herr mit blonden Haaren und eine Frau mit blonden Haaren zu sehen“, so Edis.

Der Vize-Vorsitzende des Integrationsrates listet zig Beispiele auf. Auch der Flyer „Kandidieren Sie zur Senioren-



„Diese einseltigen, weltfremden Darstellungen sind für eine bunte, multikulturelle Stadt wie Köln blamabel bis peinlich.“

Ahmet Edis vom Integrationsrat der Stadt

vertretung“ richte sich mit dem gewählten Titelbild augenscheinlich nur an die „deutsch-deutsche Bevölkerung“.

Ebenso bilde die Kampagne für die Kölner Wochenmärkte mit Sicherheit nicht die Real-

tät ab. Häufiges Motiv ist eine deutsche Musterfamilie. Mama, Papa und zwei Kinder mit blauen Augen kaufen vergnügt auf dem Markt ein. Provokativ heißt es in dem Antrag: „Sind Menschen mit Zuwanderungsgeschichte dort nicht erwünscht?“

Edis kritisiert gegenüber EXPRESS: „Diese einseltigen Darstellungen sind für eine bunte, Multikulti-Stadt wie Köln blamabel bis peinlich.“ Er fordert mehr Sensibilität ein.

Tayfun Keltik (69), Vorsitzender des Integrationsrates, unterstützt das Anliegen. Er sagt: „Bei den Publikationen zum Thema Kindergarten tut man so, als ob nur blonde Kinder „gebe“. Das entspreche nicht der Realität. Der Politiker fordert weiter: „50 Prozent aller Kölner unter 18 Jahren haben einen Migrationshintergrund. Die meisten der Kinder und Jugendlichen wurden hier geboren. Ihre Existenz muss auch in öffentlichen Publikationen sichtbar werden.“

Der Integrationsrat versteht sich als Vertretung aller Kölner mit Zuwanderungsgeschichte. Und das sind 360 000 Kölner.



FÜR EIN SAUBERES KÖLN. FÜR SIE.

ABFALL- UND WERTSTOFFKALENDER

2016



Vielfalt nur bei Müllmännern

Alles blond in Köln. Vor diesem Hintergrund sei die Bebilderung des Abfall- und Wertstoffkalenders 2016 „mehr als irritierend“, kritisiert der Integrationsrat. „Wenn es um Müllmänner

geht, werden ausnahmsweise und wie selbstverständlich Menschen mit Migrationshintergrund zum Motiv“, so Edis. Das sei ein Negativbeispiel, es gehe auch um „Bilder in den Köpfen“.

Vergebliches Werben um Migranten

STADT Es fehlt an Personalausländischer Herkunft

VON HELMUT FRANGENBERG

Ebenso wie die Förderung der Gleichstellung von Frauen ist die verstärkte Einstellung von Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund ein erklärtes Ziel der Stadt. Aber auch hier ist die Bilanz mager. Bei den städtischen Auszubildenden liegt die Quote derzeit bei knapp unter 27 Prozent. 2014 war sie noch etwas höher, heißt es in einem Bericht der Verwaltung zur „Personalsituation 2016“. Angesichts eines Migrantenanteils von mehr als 50 Prozent bei den unter 18-Jährigen ist man somit weit vom Ziel entfernt, die Zusammensetzung der Bevölkerung einigermaßen zu spiegeln.

Es fehlen allerdings exakte Zahlen, weil niemand gezwungen ist, Angaben zu seinem Migrationshintergrund zu machen. Insofern gibt es auch keine verlässlichen Daten zu den familiären Wurzeln

aller rund 17 000 Verwaltungsmitarbeiter. „Im höheren und gehobenen Dienst ist die Zahl fast zu vernachlässigen“, glaubt der Vorsitzende des Integrationsrats, Tayfun Keltek. Die Gesellschaft verändere sich, aber das spiegele sich nicht in den staatlichen Behörden. „Das Bewusstsein ist nicht da. Wenn man das Thema nicht immer wieder auf die Tagesordnung bringt, wird es vergessen“, so Keltek.

Unter Experten, aber auch unter Kölns Politikern gibt es eigentlich keinen Zweifel: Eine interkulturelle Stadtverwaltung ist nicht nur ein Beitrag gegen Alltagsdiskriminierung und ein zentraler Beitrag zur Integration, weil viele Menschen sonst staatliche Behörden nicht so leicht als ihre akzeptieren. Eine buntere Mischung würde auch die Kompetenzen einer Verwaltung steigern. Der kürzlich ausgeschiedene Stadtdirektor Guido Kahlen teilte dem Integrationsrat mit, dass das Kriterium „interkulturelle Kompetenz“ vor allem in den Dienststellen immer wichtiger wird, die direkten Kontakt zu Bürgern haben oder sich mit den Belangen von Ausländern und

Flüchtlingen befassen. Dazu gehören zum Beispiel das Wohnungs- und Sozialamt, die Ausländerbehörde, die Volkshochschule oder die Beratungsstellen des Gesundheits- und Jugendamtes. Das Problem: Auch wenn „Interkulturelle Kompetenz“ ein Einstellungskriterium sein soll, ist sie in der Praxis eines Bewerbungsverfahrens schwer messbar, so der Ex-Stadtdirektor in seiner Mitteilung für die Integrationspolitiker.

Bei den Stellenausschreibungen gibt es jetzt schon einen sogenannten „Diversity-Passus“. Man begrüßt Bewerbungen von Frauen und Männern, unabhängig von deren ethnischer, kultureller oder so-

zialer Herkunft, Alter, Religion, Weltanschauung oder sexueller Identität“. Eine Quotenregelung scheitert indes an rechtlichen Hürden. Ein Problem ist aber auch, dass sich nach wie vor zu wenige bewerben, die aus Sicht der Stadt eine nötige Qualifikation mitbringen.

Im Rahmen eines Programms „Initiative Chancengleichheit“ bietet die Stadt Jugendlichen mit Migrationshintergrund einen sechsmonatigen Vorbereitungskurs für eine Ausbildung an. Die Bilanz aus dem Jahr 2015 zeigt, dass auch dieses Projekt nicht viel mehr ist als ein Tropfen auf den heißen Stein: Es gab nahezu 100 Interessenten für 25 Projektplätze. Trotzdem blieben fünf Plätze unbesetzt, weil aus Sicht der Verwaltung für die Teilnahme an diesem Vorbereitungskurs die Qualifikationen fehlten. Von den zwanzig Bewerbern, die genommen wurden, wurden nach Abschluss des Kurses lediglich 12 in eine Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten übernommen. Auch hier waren die Zahlen in den Vorjahren schon mal besser.



Tayfun Keltek

Foto: Bause

KStA, 19.12.2016

Im Blickfeld

Bebildung bzw. Bildsprache städtischer Publikationen

Forderungen

Der Integrationsrat bittet den Rat um Aufforderung der Verwaltung, bei der Bebilderung städtischer Publikationen (Plakate, Flyer, Informationsbroschüren etc.) künftig konsequent auf eine angemessene Berücksichtigung der ethnischen Vielfalt in Köln zu achten.

Hintergrund

Die Bebilderung von Flyern, Plakaten, Broschüren kann entscheidend dafür sein, ob sich Menschen angesprochen fühlen, das vorgestellte Angebot anzunehmen, oder ob sie dadurch eine Ausgrenzung oder sogar eine Stigmatisierung erleben.

Der Integrationsrat greift dieses Thema auf und befasst sich mit verschiedenen städtischen Publikationen. Im Ergebnis führt er in seinem Antrag aus, dass die Tatsache, dass 35,7 % aller Kölner Bürger*innen insgesamt und 50 % aller Kölner*innen unter 18 Jahren im Jahr 2014 einen Migrationshintergrund haben, in der Bildsprache städtischer Publikationen nicht angemessen berücksichtigt wird. Als Beispiele dienen einerseits die Flyer »Anmeldung in einem städtischen Kindergarten« und »Wir suchen Personal«, deren Bebilderung sich mit blonden und braunhaarigen Kindern und Erwachsenen eindeutig an die deutsch-deutsche Bevölkerung richtet. Andererseits der »Abfall- und Wertstoffkalenders 2016«, der zwei augenscheinlich südländisch gelesene Männer zeigt.

Sachstand

In den Folgejahren sind auf der städtischen Website »Stellenangebote« vereinzelt Bilder zu finden, die eine ethnisch diverse Zielgruppe ansprechen soll.

Der »Abfall- und Wertstoffkalender« zeigt künftig abstrahierte Bilder und vermeidet damit die Stigmatisierung von Personengruppen.

2017

■ Bundesweite Diskussion zur Nennung der Herkunft von Straftätern in der Presse

Lt. Richtlinie des Deutschen Presserates soll die Herkunft von Straftätern nur genannt werden, wenn ein *begründeter Sachbezug* zur Tat besteht. In der Neufassung im März 2017 ist dies künftig möglich, »wenn ein begründetes öffentliches Interesse vorliegt«.

Umgang mit Herkunft von Straftätern

Der Deutsche Presserat hat die umstrittene Richtlinie zur Nennung der Herkunft von Straftätern neu formuliert. Damit werde die eigenständige Verantwortung der Medien beim Diskriminierungsschutz bekräftigt, teilte das Selbstkontrollorgan nach einer Plenumsitzung mit. Der alten Richtlinie zufolge sollten Medien Herkunft und Religion von Straftätern nur dann nennen, wenn ein „begründbarer Sachbezug“ zu der Straftat bestand. In der Neufassung ist diese Ausnahme von der Regel dann legitim, „wenn ein begründetes öffentliches Interesse vorliegt“.

Laut Presserat muss die Presse darauf achten, dass Berichte über das Fehlverhalten Einzelner nicht diskriminierende Verallgemeinerungen fördern. Redaktionen müssten sorgfältig prüfen, ob die Erwähnung der Herkunft von Straftätern durch ein öffentliches Interesse gerechtfertigt ist.

Die alte Richtlinie war in den Pressekodex aufgenommen worden, um Minderheiten vor Vorurteilen zu schützen. Besonders im Zusammenhang mit der Berichterstattung über Straftaten in der Kölner Silvesternacht geriet der Diskriminierungsschutz aber in die Kritik. Journalisten beklagten, die Richtlinie halte Medien davon ab, über Kriminalität von Ausländern wahrheitsgetreu zu berichten. Leser würden bevormundet. Dazu gingen mehr als 20 Beschwerden beim Presserat ein. (epd)

KStA, 23.03.2017

■ Die Staatssekretärin im NRW-Integrationsministerium Serap Güler schlägt die Einrichtung von *Integrationsausschüssen* an Stelle von *Integrationsräten* vor. Begründet wird dies mit der aus ihrer Sicht fehlenden Professionalität der *Integrationsräte*.

Interkulturelle Kompetenz als Kriterium bei städtischen Stellenbesetzungsverfahren

Stadtdirektor Kahlen setzt die langjährige Forderung des *Integrationsrates* um und folgender Passus wird künftig in städtische Stellenausschreibungen aufgenommen: »Begrüßt werden Bewerbungen von Frauen und Männern, unabhängig von deren ethnischer, kultureller oder sozialer Herkunft, Alter, Religion, Weltanschauung oder sexueller Identität«.

2017

Veranstaltung »Wahlkampf in Köln – Achtung: Wir sind eine Stadt der Vielfalt!«

Eine Informations- und Diskussionsveranstaltung des *Integrationsrates* zusammen mit dem *Landesintegrationsrat* im Febr. 2017 zu den Wahlen zum Landtag NRW und Bundestag unter dem Motto »Die Würde des Menschen ist unantastbar – dies gilt für alle Menschen« mit einem Referat von Alexander Häusler, Hochschule Düsseldorf, zu den Ergebnissen der Studie »Rechte Parteien im Wahlkampf NRW«, der Vorstellung des *Kölner Fairnessabkommens* und der *Europäische Städtekoalition gegen den Rassismus* durch Ahmet Edis, stellvertr. Vorsitzender des *Integrationsrates*.

Bleiberecht für langfristig geduldete Menschen

Der *Integrationsrat* schließt sich dem fraktionsübergreifenden Beschluss des Hauptausschusses in Köln an und bittet die Verwaltung, dringend alle Initiativen zu fördern, die darauf hinwirken, für langfristig geduldete Menschen in Köln eine sichere Aufenthaltsperspektive zu schaffen.

Bilinguale Kita-Gruppen

Die Jugendverwaltung informiert darüber, dass im städtischen Haushalt erstmalig Fördermittel in Höhe von 264.000 Euro für den Ausbau von bilingualen Gruppen in Kölner Kindertageseinrichtungen, das bedeutet je 12.000 Euro für insgesamt 22 bilinguale Kitagruppen zur Verfügung stehen.

Damit wird eine langjährige Forderung des *Integrationsrates* erfüllt.

Der *Integrationsrat* begleitet das Thema mit einem »Arbeitskreis mehrsprachige Kitas« zum Austausch mit bilingual arbeitenden Kitas und der Begleitung der Neugründung von Bilingualen Kitagruppen in Köln. (s. Seite 84 ►)

Positionspapier »Identität stärken – natürliche Mehrsprachigkeit fördern!«

Forderungen

Die Vorteile der natürlichen Mehrsprachigkeit von Menschen mit internationaler Familiengeschichte sollen in allen Bereichen wertgeschätzt, genutzt und gefördert werden, z. B. die natürliche Bi- und Multilingualität im Kitabereich, in der Jugendarbeit, in städtischen Dienststellen wie den Bürgerämtern, im Ausländeramt etc.

Hintergrund

Das Positionspapier des *Integrationsrates* beschreibt die Notwendigkeit der Wertschätzung und Förderung der Herkunftssprache der hier lebenden Menschen mit internationaler Familiengeschichte als einen wichtigen Beitrag zur Schaffung von Gleichberechtigung.

Folgende Gründe werden dazu genannt:

- ▶ Die Wertschätzung der Herkunftssprache eines Menschen ist gleichzeitig die Wertschätzung seiner Identität, insbesondere bei Kindern und Heranwachsenden.
- ▶ Die ‚mehrsprachige‘ Sprachrealität in Kindergärten und Schulen muss anerkannt und das vorhandene Sprachenpotential genutzt und gefördert werden.
- ▶ Mehrsprachigkeit ist europa- und weltweit in den meisten Ländern der Normalfall.
- ▶ Die gezielte Förderung der Herkunftssprache der Kinder und Jugendlichen begünstigt das Erlernen der deutschen und später weiterer Sprachen.
- ▶ Die Förderung der Herkunftssprache und das parallele Erlernen der deutschen Sprache fördert das metasprachliche Bewusstsein der Kinder und Jugendlichen, verbessert die kognitive Entwicklung und erhöht damit die Chance auf bessere Schulabschlüsse.
- ▶ Mehrsprachige und interkulturelle Kompetenz sind in einer Zeit der Globalisierung eine zentrale Qualifikation.

Umsetzungsstand

Der Rat der Stadt Köln hat im Juni 2022 das vom *Integrationsrat* vorgelegte Positionspapier »Identität stärken – natürliche Mehrsprachigkeit fördern!« als Grundlage für den Umgang mit Mehrsprachigkeit in der Stadt begrüßt.

Der Rat fordert die Verwaltung auf, die Erkenntnisse aus dem Positionspapier aufzugreifen und die Vorteile der natürlichen Mehrsprachigkeit in allen Bereichen wertzuschätzen und zu nutzen.

Positionspapier »Identität stärken – natürliche Mehrsprachigkeit fördern!«

Der *Integrationsrat* beschließt das Positionspapier »Identität stärken – natürliche Mehrsprachigkeit fördern!«.

Der Rat folgt der Forderung im Juni 2022, verabschiedet ein leicht geändertes Papier und bittet die Verwaltung um Beachtung und Umsetzung. (siehe oben)

Zentrales Migrationsmuseum Deutschland

Der *Integrationsrat* bittet den Rat, sich für die Ansiedlung des »Zentralen Migrationsmuseum Deutschland« am Standort Köln einzusetzen, eine Machbarkeitsstudie zu beauftragen und in Abstimmung mit DOMiD Gespräche zur Finanzierung auf Landes- und Bundesebene zu führen. (s. Seite 87 ►)

Zeichen für Toleranz

INTEGRATIONS RAT Migrationsmuseum befürwortet

Der Integrationsrat Köln bittet den Stadtrat, sich für eine Ansiedlung des »Zentralen Migrationsmuseums Deutschland« in Köln einzusetzen. Schließlich verfüge das in Köln beheimatete »Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V.« (DOMiD) über eine der größten Sammlungen zur Geschichte der Migration in Deutschland. Auch hätten sich bereits 2016 alle im Landtag vertretenen Fraktionen beim Bund für die Ansiedlung eines Zentralen Migrationsmuseums im Land NRW eingesetzt. »Die Stadt Köln sollte sich bewerben, denn ein solches Museum würde ihren Ruf der Weltoffenheit und Toleranz sehr deutlich nach außen transportieren. Das wäre ein deutliches Zeichen der Wertschätzung von Zuwanderung nach Deutschland und Köln,« sagte der Vorsitzende des Integrationsrats, Tayfun Keltek. (red)

KStA, 9./10.12.2017

Bilinguale Gruppen in Kindertagesstätten

Forderungen

Der *Integrationsrat* fordert regelmäßig, dass die Mehrsprachigkeit der Kinder in den Konzepten aller Kölner Kitas berücksichtigt wird und sich alle Einrichtungen in Köln bi- bzw. multilingual aufstellen, um die demographische Struktur und sprachliche Vielfalt des jeweiligen Sozialraums widerzuspiegeln. Kinder mit internationaler Familiengeschichte sollen dadurch in ihrer Herkunftsidentität gestärkt und gleichzeitig das kindliche Sprachniveau in der Herkunfts- und der deutschen Sprache gefördert werden.

Nach der Aufdeckung des NSU und dessen Verantwortung für den Nagelbombenanschlag in der Keupstraße mit 22, zum Teil schwerverletzten Menschen, fordert der *Integrationsrat* im Jahr 2014 die Einrichtung von 22 bilingualen herkunftssprachlichen Kitagruppen als aktives Gedenken an die Opfer.

Hintergrund

Im Verständnis des *Integrationsrates* handelt es sich um eine bilinguale (zweisprachige) Kita bzw. Kindertagesgruppe, wenn neben Deutsch eine weitere Sprache gleichberechtigt und im gleichen Umfang auf bildungssprachlichem Niveau gesprochen wird. Die Wahl dieser weiteren Sprache orientiert sich an den Familiensprachen der Kinder sowie den vorhandenen guten Sprachkompetenzen der Erzieher*innen. Deutsch und die weitere Sprache werden gleichwertig in allen Bereichen der pädagogischen Arbeit in der Kita verwendet.

Im Jahr 2022 gibt es in Köln 60 bilingual arbeitende Kitas, davon sind 52 in freier, 7 in privat-gewerblicher und 1 in städt. Trägerschaft. 30 davon bieten ein englisch-deutsches Sprachangebot, wobei der weit überwiegende Teil von ihnen kaum Kinder mit der Familiensprache Englisch hat. Vielmehr sollen deutschsprachige Kinder frühzeitig an die Sprache Englisch herangeführt werden. Der *Integrationsrat* sieht dies kritisch und legt großen Wert darauf, dass vorrangig Kitas Fördermittel erhalten, in denen die überwiegende Zahl der Kinder als Familiensprache nicht Deutsch spricht und deren Sprache zu den großen nichtdeutschen Sprachengruppen in Köln gehört.

Umsetzungsstand

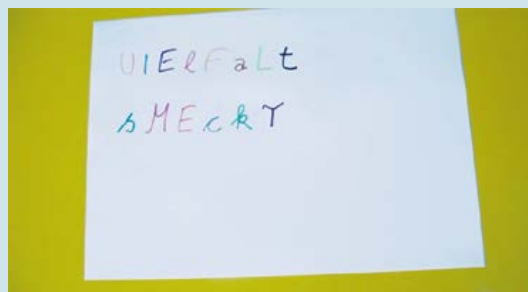
Ab dem Jahr 2017 stellt die Jugendverwaltung Fördermittel in Höhe von 264.000 Euro für die Gründung von 22 bilingualen Gruppen (12.000 Euro je neu eingerichteter Gruppe) in Kölner Kindertageseinrichtungen im städtischen Haushalt zur Verfügung. Grundlage der Bezuschussung von antragstellenden Kitas ist eine entsprechende Richtlinie, die mit dem *Integrationsrat* abgestimmt wurde.

Aufgrund der seit Jahren angespannten Personalsituation der Kitas und der Arbeitsüberlastung der Erzieher*innen läuft dieses Förderprogramm nur sehr schleppend an.

Der *Integrationsrat* begleitet das Thema intensiv mit seinem *Facharbeitskreis Erziehung, Bildung und Beruf*.



Produktion des Films »Vielfalt smeckt« für die Website des *Integrationsrates*. Der Film zeigt auf amüsant ansprechende Art die vielfältige Sprachrealität an Kölner Grundschulen und macht



auf das sprachliche Potential dieser Kinder aufmerksam.

Der Film ist auf der Website des *Integrationsrates* abrufbar.

2018

Umbenennung eines Straßenstücks in »Ali-Kurt-Weg«

Auf Antrag des *Integrationsrates* beschließt die zuständige Bezirksvertretung Köln- Mülheim die Benennung einer Straße in *Ali-Kurt-Weg*. Damit wird im Januar 2018 – knapp vier Jahre nach dem Tod von Ali Kurt – ein Weg in unmittelbarer Nähe zum Unglücks- und Wohnort von Herrn Kurt in Köln-Stammheim nach ihm benannt. (s. unten)

Einrichtung des Amtes für Integration und Vielfalt

Oberbürgermeisterin Henriette Reker gründet das *Amt für Integration und Vielfalt* und siedelt es im Dezernat der Oberbürgermeisterin an.

Damit wird eine **jahrzehntealte** Forderung des *Ausländerbeirates/Integrationsrates* erfüllt. (s. Seite 42 ►)

2018

■ Kurz vor der Fußball-WM2018 lassen sich Mesut Özil und Ilkay Gündogan in London mit dem türkischen Staatschef Erdogan ablichten. Es entbrennt eine heftige Loyalitätsdebatte. Ilkay Gündogan erklärt: »Wir haben aufgrund unserer türkischen Wurzeln noch einen sehr starken Bezug zur Türkei. Das heißt aber nicht, dass wir jemals behauptet hätten, Herr Steinmeier sei nicht unser Bundespräsident oder Frau Merkel nicht unsere Bundeskanzlerin.« Trotzdem hören die rassistischen Angriffe, insbesondere auf Mesut Özil, nicht auf.

■ Der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer bezeichnet im Sept. 2018 die Migrationsfrage als »Mutter aller politischen Probleme« in Deutschland.

■ Mit einer erneuten Novellierung des § 27 GO NRW werden Integrationsausschüsse abweichend vom Regelgremium *Integrationsrat* wieder zugelassen.

*Benennung einer Straße nach Ali Kurt***Im Blickfeld****Forderungen**

Der *Integrationsrat* bittet die Bezirksvertretungen in Köln im Jahr 2014, einen Platz oder eine Straße nach Ali Kurt zu benennen.

Hintergrund

Ali Kurt, Vater von drei Kindern, versucht 2014 2 in den Rhein gefallene Kinder zu retten. Eines der Kinder kann er ans Ufer bringen, bevor er selbst ertrinkt. Beide Kinder können gerettet werden, eines von ihnen verstirbt später im Krankenhaus.

In der Begründung des Antrages heißt es: »Menschen mit türkischer Zuwanderungsgeschichte sind seit Jahrzehnten in Deutschland regelmäßig Zielscheibe und Opfer menschenverachtender Angriffe und Morde, wie z. B. in Mölln, Solingen und bei der Mordserie des NSU. Dies geschieht in einem latent zuwanderungsfeindlichen Klima, dem insbesondere Menschen türkischer Herkunft ausgesetzt sind. Trotzdem hat bereits zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres ein Kölner mit türkischer Zuwanderungsgeschichte Verantwortung für seine Stadt übernommen und hat sein Leben, bei dem Versuch ein Kind zu retten, verloren. Dieses besondere menschliche Verhalten muss in der Erinnerung der Kölnerinnen und Kölner

bewahrt werden und es sollte eine angemessene Form gefunden werden, ihn in Erinnerung zu behalten.«

Umsetzungsstand

Auf Antrag des *Integrationsrates* beschließt die dafür zuständige Bezirksvertretung Mülheim im Jahr 2017 die Benennung einer Straße in unmittelbarer Nähe des Wohnortes der Familie Kurt bzw. des Unfallortes in Ali-Kurt-Weg. 2018 erfolgt die Umbenennung.



Ein Straßenschild erinnert an Ali Kurts Einsatz. Im Hintergrund wird seiner gedacht.
Foto: Rosenbaum



Veranstaltung »25 Jahre Brandanschlag in Solingen. Vielfalt schätzen – Rassismus ächten!«

Eine Veranstaltung des *Integrationsrates* in Kooperation mit dem *Landesintegrationsrat NRW* und dem *DGB* im Mai 2018. Nach Grußworten u. a. von Dr. Joachim Stamp (stellvertr. Ministerpräsident NRW) und dem Impulsreferat »Der Solinger Brandanschlag: Vergangenheit und Gegenwart in unserer Gesellschaft« von Prof. Dr. Andreas Zick (Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und

Gewaltforschung, Uni Bielefeld) diskutiert eine Podiumsrunde zu »Von Solingen zum NSU und weiter«.

Veranstaltung »Der NSU-Nagelbombenanschlag in der Keupstraße – wir brauchen ein gemeinsames Denkmal gegen die Spaltung unserer Gesellschaft«

Eine Veranstaltung des *Integrationsrates* zum Jahrestag des Nagelbombenanschlags im Juni 2018 in der Keupstraße mit vier Statements zu »Der Weg

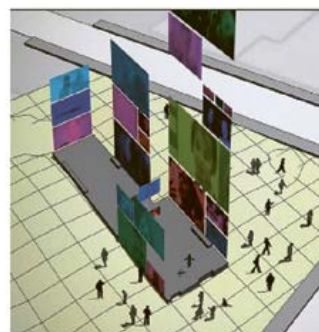
**Der NSU-Nagelbombenanschlag in der Keupstraße -
wir brauchen ein gemeinsames Denkmal gegen die Spaltung unserer Gesellschaft**

Samstag, 9.6.2018 um 20 h / Ecke Keupstr./Genovevastr.

Am 09. Juni 2004 explodiert in der Kölner Keupstraße eine auf einem Fahrrad montierte Nagelbombe. 22 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt, zahlreiche Geschäfte zerstört. Erst sieben Jahre später im Jahr 2011, wurde der rechtsterroristische Hintergrund des Anschlags offiziell bestätigt. Seit 2013 läuft in München der Prozess gegen 5 Personen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU).

In Köln gab es in der Zwischenzeit ein gut gelungenes Werkstattverfahren zur gemeinsamen Findung eines angemessenen Denkmalentwurfs. Ende 2016 prämierte die u.a. mit Vertreter*innen der Anschlagsoffer, der IG-Keupstraße, des Integrationsrates, des Rates und der Verwaltung zusammengesetzte Jury, den Entwurf des Künstlers Ulf Aminde: eine Bodenplatte in Form des Hauses Keupstraße 29 (Anschlagsort) als Ort der Begegnung mit der Möglichkeit über eine App Filme und Dokumentationen zum NSU-Komplex, Alltags-Rassismus u.ä. abzurufen.

Zurzeit werden mögliche Aufstellungsorte des Denkmals diskutiert.



Zentrales Migrationsmuseum in Deutschland am Standort Köln/Museum Selma

Forderungen

Der Integrationsrat bittet im Jahr 2015 den Rat um Beauftragung der Verwaltung, die Möglichkeit der Ansiedlung des geplanten Zentralen Migrationsmuseums in Deutschland am Standort Köln zu prüfen.

Hintergrund

Der Integrationsrat beschreibt den starken kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Einfluss von Migration in den letzten 60 Jahren auf Deutschland. Er verweist darauf, dass der in Köln ansässige Verein DOMiD (Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V.) über eine einmalige Sammlung zu dieser Migrationsgeschichte verfügt, der von unschätzbarem kulturellen wie historischem Wert ist. Köln gehöre zu den deutschen Städten, die durch die Migration die größte Umgestaltung erlebt haben und daher sollte alles getan werden, diese wertvolle Sammlung in Köln zu erhalten. Zudem sei diese Form der Wertschätzung von Zuwanderung ein längst fälliger und sehr wichtiger Beitrag zur Anerkennung und damit Stärkung der Identität der zugewanderten Community. Ein solches Museum biete die Möglichkeit, das Faktum Migration zu entdramatisieren und die Potenziale und den gesellschaftlichen Zugewinn von Zuwanderung sichtbar zu machen.

Umsetzungsstand

Der Rat folgt der Bitte des Integrationsrates im Jahr 2018 und befürwortet die Ansiedlung eines Zentralen Migrationsmuseums (Arbeitsbezeichnung) am Standort Köln und beauftragt die Verwaltung, in Kooperation mit DOMiD mögliche Standorte im Kölner Stadtgebiet zu prüfen, Investitionsfinanzierungen durch Landes-, Bundes-, Stiftungs- und private Mittel sowie eine Trägerschaft und zukünftigen Betrieb des Museums näher zu ermitteln.

Eine Umsetzung des Museumsbaus ist in Köln in den Hallen Kalk in der Halle 71 geplant.

Seit 2024 hat das geplante Museum einen Namen: *Museum Selma*. »In Dutzenden Ländern der Welt ist der Name Selma als weiblicher Vorname verbreitet. Wir haben uns bewusst entschieden, einen Frauennamen zu verwenden, um gerade beim häufig männlich wahrgenommenen Phänomen der Migration die weibliche Perspektive zu stärken«, so Timo Glatz, Marketingleiter bei DOMiD.



zum Denkmalentwurf«, »Das Denkmal und seine Chancen«, »Verdächtigungen und dessen Folgen für die Betroffenen«, »Wir wollen, dass ihr uns versteht – warum das Denkmal in die Keupstraße gehört!« und »Was das Denkmal mit dem Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu tun hat« sowie einem Auszug aus dem Theaterstück »Die Lücke« und anschließend »Einer Nacht voller Filme« aus migrantischer Perspektive.

Veranstaltung »Mehrsprachigkeit im Gespräch: Zwischen Mythos und Realität«

Eine Informations- und Diskussionsveranstaltung des *Integrationsrates* zusammen mit dem *ZMI* und dem *Landesintegrationsrat* im März 2018 für pädagogische Fachkräfte, Kita-Träger, Eltern, Kinderärzte*innen, Therapeuten*innen und an alle, die sich für Mehrsprachigkeit bei Kindern interessieren. Nach einem Impulsreferat von Dr. Anja Leist-Villis zu »Mehrsprachigkeit im Elementarbereich – Überforderung oder Bereicherung?« stellen die Kölner mehrsprachigen Kitas Zebra Kita/Zebra Verde, Innenstadt (Deutsch-Italienisch), Internationale Strolche (Deutsch-Türkisch), Städt. Kita Teufelsbergstraße (Deutsch-Türkisch, Deutsch-Russisch), Kita Amana, (Deutsch-Türkisch, Deutsch-Arabisch) ihre pädagogische Praxis vor.

Veranstaltung »Der ewige Gast – wie mein türkischer Vater versuchte, Deutscher zu werden«

Eine vom *Integrationsrat* organisierte Lesung mit anschließender Diskussion im Sept. 2018 mit dem Autor des o. g. Buches. Can Meray schreibt über seinen Vater und die Gefühlslage vieler Migrant*innen in Deutschland sowie den fatalen Zusammenhang zwischen Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrung und einer gelingenden Integration.

Kurz zuvor ist in der breiten Öffentlichkeit am »Fall Meszut Özil« eine heftige Debatte über Integration und Loyalität von Migrant*innen geführt worden.

2019

Haushaltsplan 2020/21

Der *Integrationsrat* der Stadt Köln beantragt im Haushaltsplan 2020/21 folgende Finanzmittel vorzusehen: Erhöhung der Förderung *Interkulturelle Zentren*, Verbesserung der psychosozialen Betreuung Geflüchteter, Erhöhung der Mittel für rassismuskritische Arbeit, Verbesserung der Kölner Antidiskriminierungsberatung, Institu-



tionalisierung des Bildungsprojektes Brückenbauer, Beratung und Unterstützung der von häuslicher Gewalt/Partnerschaftsgewalt betroffenen Migrantinnen und geflüchteten Frauen.

Veranstaltung »15 Jahre nach dem NSU-Nagelbombenanschlag – gemeinsames Gedenken und miteinander Reden«

Eine gemeinsame Veranstaltung des *Integrationsrates* mit der IG Keupstraße, dem Schauspielhaus Köln, Herkesin Meydani und weiteren Akteuren anlässlich des 15. Jahrestages des Nagelbombenanschlags in der Keupstraße im Juni 2019.

Studie »Migranten, Meinungen, Milieus«

In einer Sondersitzung des *Integrationsrates* in Anwesenheit der Oberbürgermeisterin Henriette Reker wird die aktuelle Studie »Migranten, Meinungen, Milieus« – Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Deutschland/Identität, Teilhabe und ihr Leben vor Ort« von Bernd Hallenberg (vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung) vorgestellt.

Schwerpunkt des anschließenden Austausches ist die Fragestellung, wie es in Köln gelingen kann, den weiter oftmals defizit- und problemorientierten Blick der Öffentlichkeit auf Migrant*innen zu ver-

»Miteinander Köln. Preis für Demokratie und Vielfalt«

Forderungen

Der *Integrationsrat* beantragt 2019 die Einrichtung eines *Miteinander-Preises für Demokratie und Vielfalt* zur Würdigung und Sichtbarmachung des ehrenamtlichen Engagements von Kölner*innen mit internationaler Familiengeschichte.

Hintergrund

Der *Integrationsrat* beschreibt in der Begründung des Antrages die Notwendigkeit, »angesichts zunehmender öffentlicher Ressentiments und Ablehnung von Menschen mit internationaler Familiengeschichte, auf deren vielfältige ehrenamtliche Aktivitäten zum solidarischen, demokratischen und friedlichen Miteinander aufmerksam zu machen. Dies soll im Rahmen des städtischen ‚Ehrenamtspreises‘ durch eine jährliche Würdigung bzw. Preisverleihung des *Miteinander Köln. Preis für Demokratie und Vielfalt* erfolgen und dazu beitragen, das Engagement von Migrant*innen vor Ort stärker sichtbar zu machen, das Eintreten für Demokratie und Vielfalt anzuerkennen und öffentlich wertzuschätzen, andere zu ermutigen, das eigene Umfeld mitzugestalten und Veränderungen zu bewirken, eine Kultur des gegenseitigen Respekts und der Wertschätzung zu stärken sowie nachhaltiges Engagement in Köln zu fördern.«

Umsetzungsstand

Der Rat folgt dem Antrag des *Integrationsrates* und beschließt den Preis *Miteinander-Preis. Köln für Demokratie und Vielfalt* als Sonderpreis im Rahmen des bereits existierenden Kölner Ehrenamtspreises ab dem Jahr 2020 jährlich zu vergeben.

ändern und stattdessen deren Potentiale zu erkennen und für die Stadtgesellschaft zu nutzen.

Im Jahr 2020 wird die Kampagne »MEHRALLES« mit einem Erklärfilm im Netz, einer Website und einem dekorativen Faltpaket gestartet.
(s. Seite 101 ►)

»Miteinander Köln. Preis für Demokratie und Vielfalt«

Auf Antrag des *Integrationsrates* beschließt der Rat die Einrichtung eines »Miteinander Köln. Preis für Demokratie und Vielfalt« in Höhe von 7.000 Euro, um das Engagement Kölner Migrantinnen und Migranten für eine integrative Stadtgesellschaft besser sichtbar zu machen.

Der Preis wird künftig jährlich verliehen.
(s. oben)

Presserklärung zum rechtsterroristischen Anschlag in Halle a. d. Saale

Der *Integrationsrat* erklärt im Okt. 2019 seine tief empfundene Solidarität mit den jüdischen Mitbürgern und den betroffenen Menschen in Halle a. d. Saale. Angesichts der schleichenden Hoffähigkeit rassistischer und menschenfeindlicher Äußerungen appelliert der *Integrationsrat* an Politik und

Medien, sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zu stellen, Diskriminierung und Rassismus öffentlich zu enttarnen und eine klare Position dagegen zu beziehen.

2020

Anschlag in Hanau

Der *Integrationsrat* verabschiedet eine Resolution zum rechtsextremistischen Anschlag in Hanau mit der deutlichen Aufforderung an Politik, Verwaltung und Gesellschaft, dass aufgrund dieses erneuten, tödlichen Angriffs auf Menschen mit internationaler Familiengeschichte verlorene Vertrauen, wieder zu gewinnen und Maßnahmen einzuleiten, damit »Migrant*innen in unserm Land glauben können, dass sie in diesem Land erwünscht sind. Erwartet werden konkrete Taten!« erinnert wird an das Versprechen von Bundeskanzlerin Angela Merkel, alles dafür zu tun, um die NSU-Morde »aufzuklären und die Helfershelfer und Hintermänner aufzudecken und alle Täter ihrer gerechten Strafe zuzuführen (...) Das ist wichtig genug, es würde aber noch nicht reichen. Denn es geht auch darum, alles in den Möglichkeiten unseres Rechtsstaates stehende zu tun, damit sich so etwas nie wiederholen kann«.



Ächtung des N*-Wortes

Der *Integrationsrat* fordert den Rat dazu auf, das N*-Wort zu ächten. Der Rat folgt dem Antrag des *Integrationsrates* auf Ächtung des N*-Wortes. (s. Seite 91 ►)



Corona-Pandemie und Geflüchtete

Angesichts der Corona-Pandemie bittet der *Integrationsrat* die Verwaltung, Geflüchtete aus gesundheitlichen Risikogruppen sowie vulnerable Personen zeitnah in abgeschlossenen Wohneinheiten unterzubringen und gemeinsam mit dem *Runden Tisch für Flüchtlingsfragen* ein Konzept zu entwickeln, um Gemeinschaftsunterkünfte perspektivisch komplett aufzulösen.

Haus der Kulturen/House of Resources

Der *Integrationsrat* bittet die Verwaltung zu prüfen, inwieweit ein Haus der Kulturen/House of Resources mittelfristig am Standort Köln unter weitestgehendem Einsatz von Fördermitteln realisiert werden kann. Ein House of Resources soll Migrant*innen-Organisationen und andere integrativ wirkende Organisationen und Ehrenamtliche in ihrer Arbeit auf lokaler Ebene unterstützen und flexibel Ressourcen und Leistungen zur Verfügung stellen. Außerdem sollen Kooperationen mit relevanten Institutionen und Organisationen angebahnt werden, um auf lokaler und regionaler Ebene, nachhaltige Strukturen für zivilgesellschaftliches Engagement im Integrationsbereich zu schaffen.

Ächtung des N*-Wortes

Forderungen

Der *Integrationsrat* bittet den Rat im Jahr 2020 folgenden Beschluss zu fassen:

»Der Rat

1. bittet die Verwaltung, die Ziele der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft in Köln umzusetzen und insbesondere anzuerkennen, dass jegliche Verwendung des N*-Wortes rassistisch ist,
2. setzt sich dafür ein, dass jegliche Verwendung des N*-Wortes in der Stadt Köln bekämpft wird, um schwarzen Menschen und PoC ein friedvolles und diskriminierungsfreies Leben in Köln zu ermöglichen,
3. bittet die Verwaltung, zur Weiterentwicklung der Kölner Städtepartnerschaften, den Vorschlag für eine Partnerschaft mit einer Stadt südlich der Sahara zur Entscheidung vorzulegen.«

Hintergrund

Begründet wird der Antrag damit, dass die Nutzung des N*-Wortes von vielen schwarzen Menschen und PoC mit Leid, Diskriminierung, Gewalt, Ungleichheit und Entmenschlichung sowie einer Vielzahl von rassistischen Stereotypen verbunden ist und zu Ohnmachtserfahrungen und psychischen Folgen führt. Als europäisches Konstrukt der Kolonialzeit wird es verwendet, um eine rassistische Unterscheidung herzustellen, Machtverhältnisse zu untermauern und unterdrückende Strukturen zu festigen.

Umsetzungsstand

Der Rat folgt im März 2020 dem Antrag des Integrationsrates. Die Vereinbarung einer Städtepartnerschaft mit einer Stadt südlich der Sahara wird aktuell nicht mehr diskutiert.



10+1 Bäume für die Opfer der NSU

Der *Integrationsrat* bittet die Verwaltung zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen im öffentlichen Raum Bäume gepflanzt, mit Gedenktafeln, Stelen o. ä. versehen und Schüler*innen an den Kölner Schulen die Verantwortung für eine Partnerschaft zu Pflege dieser Bäume übernehmen können. Dies wäre ein deutliches Zeichen eines lebendigen Erinnerens an die Opfer rechtsterroristischer Morde sowie eine klare Positionierung gegen eine

Zerstörung oder Schändung ihrer Gedenkort.

Der Rat übernimmt im Juni 2020 diese Forderung des Integrationsrates.

Aufgrund von Corona und den Planungen zu Gedenkmöglichkeiten an die Opfer des NSU in der Probsteigasse und der Keupstraße wird diese Forderung seitens der Verwaltung noch nicht weiterverfolgt.

VON MICHAEL RUCHS

Der Vorfall liegt schon viele Jahre zurück, aber Eli Abeke erinnert sich noch so gut daran, als wäre es gestern gewesen. Der Kölner Architekt arbeitete als Bauleiter auf einer Baustelle in Dietzenbach und wartete auf eine Fahre Beton. „Es war ein Freitag. Wir wollten die Decke der ersten Etage gießen. Gegen 13 Uhr kam der Betonmischwagen, der Fahrer stieg aus, ging an mir vorbei und fragte einen Elektriker, wo der Bauleiter sei. Der zeigte auf mich und sagte: „El steht vor Ihnen.“ Da meinte der Fahrer: „Willst du mich verarschen?“ und ging weg.“

Auch als andere Bauarbeiter ihm erklärten, dass er der Bauleiter sei, habe der Mann das nicht geglaubt und ihn als Ansprechpartner nicht akzeptiert. Der einzige Grund: Eli Abeke hat eine dunkle Hautfarbe.

Viele Weiße verstehen nicht, wie tief dieser Begriff Menschen afrikanischer Herkunft verletzt.

Eli Abeke über das „N-Wort“

Solche Szenen hat der Wahlkölner, der in den 80er-Jahren als junger Mann aus Nigeria nach Bremen kam, dort studierte und sich später in Köln als selbstständiger Architekt etablierte, immer wieder erlebt. „Rassismus hat viele Gesichter und ist quer durch alle Schichten der Gesellschaft zu finden“, betont der Familienvater mit deutschem Pass, der sich als Vorstandsvorsitzender der Liste „Bündnis 14 Afrika“ seit 2014 im Integrationsrat engagiert.

Besonders schlimm sei es, wenn Kinder rassistischen Diffamierungen ausgesetzt werden. Eine traumatische Erfahrung, die auch sein neunjähriger, in Köln geborener Sohn wiederholt gemacht hat. Verleiner Zeit habe ihn eine ältere Frau in der Straßenbahn als „du kleiner Neger“ beschimpft, der ihr gefälliger Platz machen solle. „Der Junge war völlig verstört und weinte. Er wusste gar nicht, was er machen sollte, da diese Bezeichnung das aller schlimmste Schimpfwort für ihn ist.“

Wenn Eli Abeke über solche Erfahrungen redet, spricht er den beleidigenden Begriff „N...“ nicht aus. Er redet stattdessen vom „N-Wort“. Es ist eine Umschreibung für einen, wie Abeke unterstreicht, „uralten Begriff, der Menschen allein wegen ihrer Hautfarbe stigmatisiert und herabwürdigt“. In dem 400 Jahre Kolonialgeschichte mitgeschwungen und sich bis heute Machtanspruch und Unterdrückung manifestieren.

„Das N-Wort war die von den Kolonialherren benutzte rassistische Bezeichnung für die versklavten afrikanischen Einwohner des von ihnen besetzten Landes. Belden so Angesprochenen los es noch heute oft ein Gefühl von Ohnmacht aus“, erläutert Abeke. „Sie leiden darunter

„Rassismus hat viele Gesichter“

Integrationsratsmitglied Eli Abeke über Vorurteile und Ohnmachtsgefühle



Der Architekt Eli Abeke ist stellvertretender Vorsitzender des Integrationsrats Köln.

Foto: Belibasakis

Köln plant neue Städtepartnerschaft südlich der Sahara

2011

wurde Rio de Janeiro (Foto) zur jüngsten Partnerstadt Kölns – und sollte das nach dem Willen des Rates auch bleiben. Die Verwaltung sollte die bestehenden 22 internationalen Städtepartnerschaften konsolidieren und nicht, nach weiteren suchen, so der Auftrag.

Bewegung in die Sache bringt der jetzt vom Rat gefasste Beschluss, im Rahmen der Achtung des N-Wortes auch Vorschläge für eine neue Partnerstadt südlich der Sahara prüfen zu lassen. Der Zeitpunkt sei richtig, meint Frieder Wolf, Leiter des Büros für Internationale Angelegenheiten der Stadt Köln. „Die Konsolidierung ist erfolgreich geglückt“, sagt er. Dafür spreche zum Beispiel die Arbeit von Cologne Alliance, dem Dachverein der Partnerstädtevereine. Aus Sicht der Verwaltung seien die Voraussetzungen gegeben, den Kreis der

Partnerstädte um eine zu vergrößern.

Mit Liverpool schloss Köln 1952 die erste Städtepartnerschaft. Mittlerweile sind es 22 Partnerstädte von Indianapolis bis Kyoto, dazu zwei innerdeutsche Partnerschaften. Auf dem afrikanischen Kontinent wurde Tunesien 1964 Partnerstadt.

Der Impuls für eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt südlich der Sahara kommt vom Bündnis 14 Afrika. Dieses Engagement aus der Bürgerschaft

sei eine wichtige Voraussetzung, sagt Frieder Wolf. Denn die Beziehungen zu den Partnerstädten werden in Köln von Bürgervereinen gepflegt.

Das Bündnis 14 Afrika betont in seinem Konzept den Stellenwert der Zivilgesellschaft, in deren Auftrag Politik und Verwaltung Entscheidungen umsetzen. Es sucht nach einer Partnerstadt, in der nicht nur die afrikanische Zivilgesellschaft, sondern auch eine europäische Diaspora an einer Zusammenarbeit mit Köln interessiert ist. (sab)



Sprache als Machtinstrument

Der diskriminierende Begriff „N...“ ist untrennbar mit der Geschichte der Versklavung und Kolonisierung verbunden, mit Entmenslichung, Brutalität und Verwundung. Auch Begriffe wie „Farbige“, „Mulatten“ und „Mischlinge“, die auf die Kolonialzeit und Rassentheorien zurückgehen, sind diskriminierend und daher zur Verwendung tabu. Als abwertend und generalisierend gelten heutzutage auch Begriffe wie „Dritte Welt“ oder „Entwicklungsland“. Sie sollten durch die konkreten Namen von Ländern und Regionen ersetzt werden.

Ein respektvoller sprachlicher Umgang mit Menschen aus anderen Kulturen ist für ein gleich-

berechtigtes Miteinander von zentraler Bedeutung. Als People of Colour (zu Deutsch etwa: „Menschen von Farbe“) werden in westlichen Ländern lebende Personen mit dunkler Hautfarbe bezeichnet, deren familiäre Wurzeln in Afrika, Asien, Amerika oder Australien liegen.

Die Verwendung dieses Begriffs bietet sich vor allem an, wenn es um spezielle Belange dieser Gruppe geht. Denn bei anderen Themen gibt es keinen vernünftigen Grund, diese Menschen anders zu bezeichnen als andere Bürger. In der schwarzen Community sind größtenteils auch die Begriffe „Schwarze“, „Afrodeutsche“ oder „Afroamerikaner“ akzeptiert. (fu)

und wissen nicht, wie sie aus dieser Schulblase herauskommen sollen. Viele Weiße verstehen nicht, was dieser Begriff mit Menschen afrikanischer Herkunft macht, wie tief er sie verletzt.“ Es stiehe „außer Zweifel, dass das N-Wort rassistisch und diffamierend ist und auch in Kinderbüchern wie Pippi Langstrumpf nichts zu suchen hat.“

Häufig bekomme man zu hören, der Begriff sei doch harmlos oder nicht böse gemeint. Aber wer das behaupte, ignoriere die Gefühle seiner Mitbürger afrikanischer Herkunft und verkenne, wo Gleichberechtigung aufhöre und wo Rassismus anfänge. „Der Kolonialismus hat die Europäer gelehrt, Menschen afrikanischer Herkunft als minderwertig zu betrachten.“

Den Beschluss des Kölner Rates zur Achtung des N-Wortes sieht Abeke als „ein starkes Zeichen für ein friedliches Miteinander und eine Anregung für alle Kölnerinnen und Kölner, sich mit dem Thema auseinanderzu-

setzen und ein tieferes Verständnis für ihre schwarzen Mitbürger zu entwickeln.“ Das sei wichtig in einer Zeit, in der die Spaltung der Gesellschaft immer weiter zunehme. Ein solches gesellschaftliches Klima wie heute, in dem sich immer mehr Menschen trauen, andere zu diskriminieren, habe er noch nicht erlebt, betont Abeke.

Der Kolonialismus hat die Europäer gelehrt, Menschen afrikanischer Herkunft als minderwertig zu betrachten.

Eli Abeke über Rassismus

Der Erfolg der AfD auf Bundesebene sei „eine Schande für dieses Land“. Köln präsentiere sich gerne als weltoffene und tolerante Stadt, aber auch hier: gebe es noch viel zu verbessern – zum Beispiel die Möglichkeiten von Menschen mit Migrationsgeschichte, am politischen Leben der Stadt teilzunehmen.

Dass der Rat außerdem beschlossen hat, eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt in Afrika südlich der Sahara einzugehen, freut ihn ganz besonders. Seit zwei Jahren setzen sich der Verein „Bündnis 14 Afrika“ und der Integrationsrat dafür ein – unterstützt vom Büro der Stadt für europäische und internationale Angelegenheiten. „In Kürze möchten wir einen Vorschlag machen, welche Stadt für diese Partnerschaft in Frage kommen könnte.“

Vielleicht Sapele in seiner alten Heimat Nigeria? Abeke hüllt sich in Schweigen, meint nur schmunzelnd: „Meine Heimat ist Köln. Aber nicht im Fußball. Da halte ich zu Werder Bremen.“

INTEGRATIONSRATS- UND KOMMUNALWAHLEN NRW

13. September 2020

#DUUNDDEINEWAHL
www.integrationsratswahlen.nrw

DEIN LAND

DEINE STADT

DEINE WAHL 





Am 13.09.2020 wird der vierte Kölner Integrationsrat gewählt.

Der neu gewählte *Integrationsrat* besteht aus 33 stimmberechtigten Personen:

- 22 (zwei Drittel) stimmberechtigte Mitglieder werden direkt von den Migrant*innen in Köln gewählt.
- 11 (ein Drittel) stimmberechtigte Ratsmitglieder werden vom Rat entsandt.

Die Wahlen finden gleichzeitig mit den Kommunalwahlen in allen Kölner Wahllokalen als Urnenwahl statt.

Vorsitzender wird Tayfun Keltok. Seine Vertreter*innen werden Anna Maria Klimaszewska-Golan, Ahmet Edis, Toni Abbruscato, Malik Karaman, Dr. John Akude.

Integrationsrat Köln – gleiche Chancen für alle!

Migrantinnen und Migranten sind in den Kommunalparlamenten massiv unterrepräsentiert.

Integrationsrat Köln – damit Kölner Migrantinnen und Migranten in der politischen Diskussion gehört werden.

Integrationsrat Köln – ein verbindliches Gremium, in dem sich Ratsmitglieder sowie gewählte Migrant*innen regelmäßig auf Augenhöhe über Fragen der Chancengerechtigkeit, gleichberechtigte Teilhabe, Migration und Integration austauschen.

... die Herzen der Menschen mit Migrationshintergrund für unsere Stadt gewonnen werden!

... ein neues gemeinsames „Wir“ in der Stadt entwickelt wird!

... Migration in Köln als Normalfall angesehen wird!

... die Gleichbehandlung Aller Realität wird und Diskriminierung ein Fremdwort ist!

... gleiche Chancen Aller bei der Job- und Wohnungssuche bestehen!

... es kultursensible Angebote für jede Altersgruppe und insbesondere auch für Seniorinnen und Senioren gibt!

... Diskriminierung und Ausgrenzung als das benannt werden, was sie sind: Menschenfeindlichkeit und Rassismus!

... die interkulturelle Öffnung der Behörden als ein Erfolgsfaktor erkannt wird und mehr Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst beschäftigt werden!

... eine doppelte kulturelle Identität als Bereicherung wertgeschätzt wird!

... die Familiensprache der Kinder wertgeschätzt und gefördert wird!

... sich Fehler der Vergangenheit in der Integrationspolitik nicht wiederholen und die Potentiale gesehen werden!

Integrationsrat Köln, damit ...

Wahl des vierten *Kölner Integrationsrates*

Wahltermin	13.09.2020
Zusammensetzung des Integrationsrates	Der <i>Integrationsrat</i> hat 33 Mitglieder: ■ 22 stimmberechtigte direkt gewählte Mitglieder ■ 11 stimmberechtigte vom Rat entsandte Ratsmitglieder
Wahlverfahren	Gleichzeitig mit Kommunalwahl
Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung	Wahlberechtigt sind weiter alle Ausländer*innen, die am Wahltag 18 Jahre alt sind und sich seit einem Jahr rechtmäßig in Deutschland und seit 3 Monaten in Köln aufhalten sowie eingebürgerte Deutsche, die sich aber in vielen Fällen zuerst ins Wählerverzeichnis eintragen lassen müssen. Wahlberechtigt sind 307.597 Kölner*innen, davon haben 46.400 (15,08 %) ihre Stimme abgegeben.
Direkt gewählte stimmberechtigte Mitglieder	■ SPD-Liste: Tayfun Keltek, Malik Karaman, Christophe Twagiramungu Mugabowindekwe, Toni Abbruscato, Alparslan Babaoğlu-Marx, Gönül Topuz, Turan Özküçük + NN ■ Grün Offene Liste/GOL: Lisa Khan, Ahmet Edis, Dorsa Billstein ■ DEIN Köln: Abdullah Aydik ■ Linke Internationale Liste – LIL: Vivian Berhane ■ Polnische-Deutsche Liste: Anna Maria Klimaszewska-Golan ■ Liste Kölner Vielfalt: Musa Yüceel ■ Offene Liste Orthodoxe Christen Köln: Stefan Mitu ■ Italia Integra: Luca Paglia ■ Kölner Verbund der Migrantenorganisationen: Carine Weber ■ HEIMAT-Rodina: Eugenie Rempel ■ Liste GÜVEN: Ali Esen ■ Liberale Liste: Fardad Hooghoughi ■ Einzelbewerber Luziano Gonzalez Tejon
Entsante stimmberechtigte Mitglieder	■ Fraktion Bündnis90/Die Grünen Marion Heuser (später Mechthild Böll), Dilan Yazicioğlu, Mario Michalak ■ SPD-Fraktion: Claudia Brock-Storms, Lukas Lorenz ■ CDU-Fraktion: Martin Erkelenz, Werner Marx, Dr. John Akude (ehem. Klima Freunde) ■ Fraktion Die Linke: Sarah Niknamtavin ■ FDP-Fraktion: Katja Hoyer ■ Volt: Isabella Venturini
Beratende Mitglieder	Vertreterinnen/Vertreter der Arbeiterwohlfahrt, des Arbeitgeberverbandes, der Agentur für Arbeit Köln, des Caritasverbandes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, des Diakonischen Werkes, des Fördervereins Kölner Flüchtlingsrat e. V., der Seniorenvertretung der Stadt Köln und des <i>Runden Tisches für Integration</i>
Vorsitz	Vorsitzender wird Tayfun Keltek und seine Vertreter*innen werden Anna Maria Klimaszewska -Golan, Ahmet Edis, Toni Abbruscato, Malik Karaman, Dr. John Akude.
Befugnisse	Die Satzung von 2014 gilt weiter. Allerdings kann der Rat dem <i>Integrationsrat</i> jetzt Mittel zuweisen, über deren Verteilung der <i>Integrationsrat</i> nach Maßgabe der vom Rat beschlossenen Richtlinien zur Anerkennung und Förderung der Interkulturellen Zentren und zur Förderung rassismuskritischer Projekte abschließend entscheidet.
Zahl der Kölner*innen mit Migrationshintergrund	2020 leben in Köln 1.088.040 Menschen, 439.653 (40,4 %) davon haben einen Migrationshintergrund

2019

■ An Jom Kippur (09.10.2019), dem höchsten jüdischen Feiertag, versucht ein rechtsextremer Täter in eine Synagoge in Halle (Saale) einzudringen, um die dort versammelten Menschen zu töten. Als dieser Versuch eines Massenmordes misslingt, erschießt er vor dem Gebäude die Passantin Jana Lange und anschließend in einem Imbiss den Gast Kevin Schwarze. Beim Versuch weitere Menschen zu töten, verletzt der Täter weitere Personen, 2 davon schwer.

2020

■ Bei einem Anschlag in Hanau am 19. Februar 2020 erschießt der 43-jährige Täter 9 Menschen mit internationaler Familiengeschichte, danach seine Mutter und sich selbst. Ermordet werden Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar, Kaloyan Velkov und Gabriele Rathjen, die Mutter des Täters. Mindestens 5 weitere Menschen erleiden Schussverletzungen.

■ Im US-Bundesstaat Minnesota wird im Mai 2020 der 46-jährige Afroamerikaner George Perry Floyd Jr. bei der Festnahme durch weiße Polizeibeamte getötet. Nach seinem Tod protestieren auch in Deutschland über 100.000 Menschen gegen den Rassismus.

■ Der *Landesintegrationsrat* ruft mit der Kampagne »10+1 Bäume für die Opfer des NSU« die Integrationsräte in NRW dazu auf, sich in ihren Kommunen für ein vielfältiges, friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben einzusetzen sowie einen Erinnerungsort zu errichten, der aus 11 neu angepflanzten Bäumen besteht. Die Zahl elf ergibt sich aus zehn Bäumen für die zehn Opfer des NSU, ein weiterer Baum ist allen genannten und ungenannten Opfern rassistischer Gewalt gewidmet. Immer wieder werden Erinnerungsstätten für die NSU-Opfer geschändet bzw. zerstört. Das Abholzen eines Baumes, der an den Mord an Enver Şimşek erinnern soll, sorgt bundesweit für Schlagzeilen.

Bei den Integrationsratswahlen werden 100 Integrationsräte und sieben Integrationsausschüsse gewählt.

2021

■ Köln erinnert Ende Okt. 2021 eine Woche lang mit unterschiedlichen Veranstaltungsformaten an den 60. Jahrestag des Anwerbeabkommens mit der Türkei.

■ Der *Landesintegrationsrat* feiert sein 25-jähriges Jubiläum im Landtag NRW. Festrednerin ist Bundesstagspräsidentin a. D. Prof. Dr. Rita Süßmuth

2021

Ehrenbürgerwürde für Dr. Uğur Şahin

Der *Integrationsrat* bittet im Apr. 2021 Oberbürgermeisterin Henriette Reker zu prüfen, die Ehrenbürgerwürde an Dr. Uğur Şahin für Köln zu verleihen. Dr. Uğur Şahin ist in Köln aufgewachsen und hat an der Uni Köln studiert. Ferner regt der *Integrationsrat* an, auch zu prüfen, ob auch Dr. Özlem Türeci, seine Ehefrau, dieser Ehrung angeschlossen werden kann.

Die Biontech-Gründer Dr. Uğur Şahin und seine Frau Dr. Özlem Türeci tragen sich im September 2021 im Beisein von Oberbürgermeisterin Henriette Reker in das Goldene Buch der Stadt ein. Als Gastgeberin dankt sie ihnen für ihren »Dienst an der Menschheit«.

»Kölner Lebenslagenbericht«

Die Stadtverwaltung legt den »Kölner Lebenslagenbericht« vor, in dem u. a. auch die Situation von Kölner*innen mit Migrationshintergrund beschrieben wird. Der *Integrationsrat* sieht den Bericht und seine defizitären Aussagen zu Kölner Migrant*innen äußerst kritisch und hält ihn in dieser Form für absolut unzureichend.

(s. Seite 97 ►)



Denkmal zu den Anschlägen der NSU in Köln

Im Juni 2021 findet eine Sondersitzung des *Integrationsrates* zum Stand der Umsetzung des Denkmals statt. Nach einer Einführung des Baudezernenten Markus Greitemann berichten Dr. Werner Jung (Direktor des NS-Dok) über »Den Weg zum



»Kölner Lebenslagenbericht« (2020) und »Strategische Sozialplanung Köln« (2023)

Forderungen

Der *Integrationsrat* kritisiert beide Berichte als ungeeignet, die Lebenswirklichkeit der Kölner*innen mit internationaler Familiengeschichte angemessen abzubilden. Er warnt, dass damit weiterhin ein defizitärer Blick auf Migration befördert werde, statt die Ursachen gesellschaftlicher und sozialer Benachteiligungen zu untersuchen und bspw. Potentiale dieses Personenkreises zu beschreiben und fordert, künftig eine Sozialplanung vorzulegen, die

- ▶ auf eine differenzierte Datenlage zurückgreift und so sicherstellt, dass diese Gruppe differenziert betrachtet wird, z. B. nach
 - ▶ ausländischer Status (z. B. Asylstatus oder eingebürgert),
 - ▶ Aufenthaltsdauer (z. B. gerade zugereist oder in 3. Generation hier lebend),
 - ▶ Zuwanderungsintention (z. B. Schutzsuche vor Krieg oder Einwanderung)
 - ▶ Milieuzugehörigkeit (s. Kampagne MEHRALLES auf Seite 101 ►)
- ▶ einordnende Erläuterungen gibt, aus welchen Gründen sich die statistischen Feststellungen in dieser Weise darstellen.

Hintergrund

Beide Berichte untersuchen die Lebenslagen der Kölner Bevölkerung, fragen welche Belastungen sich u. a. für Menschen mit und ohne internationale Familiengeschichte ergeben und sollen entsprechende Handlungserfordernisse aufzeigen.

Der *Integrationsrat* bemängelt, dass die Verwaltung Menschen mit internationaler Familiengeschichte als große homogene Gruppe betrachtet, die lt. Untersuchungsergebnis des Lebenslagenberichtes vergleichsweise ärmer und weniger erwerbstätig ist, deren Kinder seltener auf ein Gymnasium wechseln und mehrheitlich einen Hauptschulabschluss machen, ein doppelt so hohes Armutsrisiko hat weniger gut im Arbeitsmarkt integriert ist und kein Interesse an Politik zeigt.

Der *Integrationsrat* bezweifelt nicht die grundsätzliche Richtigkeit der statistischen Daten, weist aber darauf hin, dass in Betracht gezogen werden muss, dass möglicherweise:

- ▶ diese Menschen vielleicht deshalb weniger Interesse an Politik haben, da die ihnen wichtigen Themen (z. B. fehlende Chancengerechtigkeit, Diskriminierung und Ausgrenzung auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, fehlender Blick auf die Ressourcen und Potenziale) von vielen Parteien nicht aufgenommen werden, sie sich aufgrund ihrer Ausgrenzungserfahrung dem Gemeinwesen nicht zugehörig fühlen und viele von ihnen überhaupt nicht wahlberechtigt sind.
- ▶ diese Menschen vielleicht deshalb häufiger segregiert in bestimmten Stadtteilen wohnen müssen, da sie aufgrund ihres »ausländisch klingenden Namens«, ihres »anderen Aussehens« und vielleicht auch ihrer Religion (Stichwort: Kopftuch) wesentlich weniger Chancen haben, eine Wohnung in bestimmten Stadtvierteln zu finden.
- ▶ diese Menschen deshalb eher von Armut bedroht sind, da sie in der Vergangenheit von der Wirtschaft gezielt für den Niedriglohnsektor angeworben wurden (Altersarmut der Gastarbeiter*innen) und heute aufgrund des »ausländisch klingenden Namens« »anderen Aussehens« und der Religion (Stichwort: Kopftuch) schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben und z. B. hohe Hürden bei der Anerkennung ihrer ausländischen Berufs- und Hochschulabschlüsse überwinden müssen.
- ▶ Kinder mit internationaler Familiengeschichte vielleicht deshalb seltener an weiterführende Schulen wechseln, da ihnen die Lehrer*innen weniger zutrauen, sie selbst aufgrund ihrer Ausgrenzungserfahrung das Zutrauen in ihren eigenen Schulerfolg verlieren, oder ihre Eltern sie aufgrund unzureichender Deutschkenntnisse nicht so unterstützen können, wie dies im aktuellen Schulsystem immer noch erwartet wird.
- ▶ Neu zugereiste Kinder mit internationaler Familiengeschichte oder auch Kinder mit einer nicht-deutschen Familiensprache vielleicht deshalb Deutsch langsamer lernen, da dies bereits ihre Zweitsprache ist und nicht berücksichtigt wird, dass die Kompetenz ihrer Zweisprachigkeit bei gezielter Förderung eine wichtige Ressource in einer globalisierten Welt bedeutet.

Denkmal«, Prof. Ulf Aminde (Gewinner des künstlerischen Wettbewerbs) über »Das Denkmal« und Michael Kraus (Geschäftsführung, gentes Wohnen GmbH) über »Der Weg zum Standort«.

Situation im Ausländeramt Köln

Aufgrund einer nicht abnehmenden Zahl von Beschwerden führt der *Integrationsrat* im Aug. 2021 eine Aktuelle Stunde zur Situation im Ausländeramt Köln durch und die zuständige Amtsleiterin gibt einen Bericht zur Situation. Zum Abschluss der Sitzung fordert der *Integrationsrat*, eine verlässliche Erreichbarkeit des Ausländeramtes sicherzustellen, das Online-Verfahren einfacher und mehrsprachig zu gestalten, Ansprechpartner*innen für dringende Fälle zu benennen und Termine in Präsenz bzw. online zu ermöglichen. Außerdem bittet der *Integrationsrat* darum, quartalsweise über die weiteren Entwicklungen informiert zu werden.

Situation im Ausländeramt Köln

Da seitens des Ausländeramtes beschrieben wurde, dass ein Grund für die Beschwerden über das Aus-

länderamt die vielen vakanten Stellen seien, wird im Sept. 2021 das Personalamt in die Sitzung des Integrationsrates eingeladen, um über Verbesserungsmöglichkeiten zu berichten. Die Verwaltung wird anschließend aufgefordert, Lösungen für den Personalnotstand zu erarbeiten und dem *Integrationsrat* vorzulegen.

»60. Jahrestag des Anwerbeabkommens mit der Türkei«

Der *Integrationsrat* ist Mitveranstalter der Gedenktage zum 60. Jahrestag des Anwerbeabkommens in der Woche vom 25.-30. Oktober. Deutlich gemacht wird, dass dies, angesichts der oft ausgrenzenden Erfahrungen der ehemaligen Gastarbeiter*innen sowie des zunehmend menschenfeindlichen Klimas ihnen gegenüber, ein eher nachdenklicher Tag sein muss. Geehrt wird die Lebensleistung der älteren Generation und die dadurch entstandenen Möglichkeiten für ihre Nachkommen. Es finden ein Empfang der Oberbürgermeisterin in Gürzenich sowie eine Fülle unterschiedlicher Veranstaltungen, Filmvorführungen, Diskussionen und Gesprächsrunden statt.



Podiumsgespräch u.a. mit Ahmet Edis (stellvertr. Vorsitzender des Integrationsrates) und Robert Fuchs (Geschäftsführer DOMiD).

Haushaltsplanentwurf für 2022

Der *Integrationsrat* der Stadt Köln beantragt folgende Positionen im Haushaltsplan 2022 zu berücksichtigen und entsprechende Finanzmittel vorzusehen: Verbesserung der psychosozialen Betreuung Geflüchteter, Förderung der Antirassismussarbeit, Verbesserung der Kölner Antidiskriminierungsberatung, Stärkung des »Kölner Forums gegen Rassismus und Diskriminierung«, Anpassung des Förderbedarfs der *Interkulturellen Zentren*, Förderung der Arbeit von agisra e. V. Köln bei der Beratung von Gewalt betroffenen Migrantinnen und geflüchteten Frauen.

2022

Situation im Ausländeramt

Der *Integrationsrat* bittet im Jan. 2022 die Stadtdirektorin Andrea Blome, als zuständige Beigeordnete für das Ausländeramt und das Personalamt, über die Möglichkeiten einer grundlegenden Verbesserung der Situation zu referieren. Es folgt eine angeregte und teils kontroverse Diskussion.

Rückgabe der Benin-Bronzen

Im *Integrationsrat* berichtet im Febr. 2021 die Direktorin des Rautenstrauch Joest Museums, Nanette Snoep, über den Stand der Rückgabeverhandlungen, der in Köln aufbewahrten 92 höfische Kunstwerken aus dem Königreich Benin an den heutigen Edo State in Nigeria. Das Museum erhält diese Kunstwerke zwischen 1899 und 1967 im Rahmen von Schenkungen und Ankäufen. Sie sind 1897 von der britischen Armee aus dem Königspalast von Benin geraubt worden.

Der *Integrationsrat* befürwortet und unterstützt das beispielhafte Kölner Engagement in den Verhandlungen zur Rückgabe sowie die Aufarbeitung dieser kolonialen Vergangenheit mit verschiedenen Ausstellungen und Veranstaltungen.

Veranstaltung mit Film »Die Perspektive der Direktbetroffenen des Nagelbombenanschlages am 09.06.2004 – Interviews mit Zeitzeug*innen und Überlebenden«

Eine coronabedingt kleine Veranstaltung des *Integrationsrates* zum Jahrestag des Nagelbombenanschlages im Juni 2022 in der Keupstraße mit der Erstvorführung der o. g. Filme.

Integrationsrat will Denkmal für Gastarbeiter

Das Gremium und Domid sollen an der Gestaltung beteiligt sein

Der Integrationsrat hat den Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 2. Dezember 2021 unterstützt, ein Denkmal für die Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter zu errichten. Der Stadtrat wird gebeten, bei der Gestaltung und Errichtung, zusätzlich die Expertise des Dokumentationszentrums und Museums über die Migration in Deutschland (Domid) einholen zu lassen und den Integrationsrat daran zu beteiligen.

Die Bezirksvertretung Innenstadt hatte in der Sitzung im vergangenen Dezember auf Antrag von Grünen, CDU, SPD, Linke, FDP, Klimafreunde und Die Partei mehrheitlich beschlossen, den Stadtrat zu beauftragen, das Errichten eines Denkmals für die erste Generation der Arbeitsmigrantinnen und -migranten an einem zentralen Platz in der Innenstadt zu beschließen und die Verwaltung mit der entsprechenden Planung zu beauftragen. Der Ottoplatz vor dem Deutzer Bahnhof soll als Standort prioritär geprüft werden.

Bau so schnell wie möglich

In der Begründung des Antrages hieß es, dass bei der Gestaltung und Errichtung des Denkmals möglichst die Konsulate der an dem Anwerbeabkommen beteiligten Länder, migrantische Organisationen, Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter der ersten Generation, sowie die Arbeitnehmervertreter und Gewerkschaftssekretäre der Unternehmen, in denen die ersten Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter beschäftigt waren, beteiligt werden sollten.

Der Integrationsrat vertrete jedoch die Auffassung, dass bei der vorgeschlagenen Beratungskonstruktion »die Einbeziehung von Domid und Integrationsrat unerlässlich« sei. Das Denkmal soll schnellstmöglich – noch zu Lebzeiten der ersten Generation in Köln – errichtet werden. (red)

KStA 27.01.2022



Kölner Stadtmuseum

Der *Integrationsrat* fordert die Verwaltung im Febr. 2022 auf, bei der Neukonzeption des Kölner Stadtmuseums, den auf Initiative des *Integrationsrates* gefassten Beschluss des Rates aus dem Jahr 2014 zu beachten, und die jüngere Zuwanderungsthematik nach Ende des 2. Weltkrieges in die Dauerausstellung des Museums einzubinden.

2024 eröffnet das Interim des Stadtmuseums und setzt den vom Integrationsrat geäußerten Wunsch in vorbildlicher Weise um.

Website des Ausländeramtes

Der *Integrationsrat* bittet den Rat, die Verwaltung zu beauftragen, schnellstmöglich die Website des Ausländeramtes in leichte Sprache sowie in die zehn am meisten gesprochenen Sprachen der Kölner*innen mit ausländischem Pass übersetzen zu lassen.

Der *Integrationsrat* hat ebenfalls bei der Verwaltung angefragt, welche Möglichkeiten einer generellen Übersetzung aller städtischen Websites bestehen.

Im Jahr 2022 wird ein Übersetzungstool auf der städtischen Website für insgesamt 16 Sprachen zur Verfügung gestellt. Die Möglichkeit der Übersetzung in weitere Sprachen wird angekündigt. Damit erfüllt die Verwaltung eine jahrelange Forderung des *Integrationsrates*.

Geflüchtete aus der Ukraine

Auf Bitte des *Integrationsrates* stellen Ausländer-, Gesundheits- und Wohnungsamt sowie das Amt für Integration und Vielfalt die Planungen zur Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine in Köln

vor. Dieses Thema wird regelmäßiger Tagesordnungspunkt der darauffolgenden Sitzungen.

Gleichbehandlung aller Geflüchteten

Im Kontext der Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine fordert der *Integrationsrat* im Mai 2022, das aktuell entstandene Mehrklassensystem unter geflüchteten Menschen zu beenden und alle Menschen, die nach Köln fliehen müssen – unabhängig von Staatsangehörigkeit, ethnischer Herkunft, Hautfarbe, Land und Religion – gleich zu behandeln und die bestehenden Aufnahme- und Hilfsangebote allen Geflüchteten gleichermaßen zur Verfügung zu stellen. Zuvor ist es zu großen Irritationen über die sehr unterschiedlichen Aufnahmemodalitäten der und Angebote an die ukrainischen Geflüchteten gekommen.

Der Hauptausschuss der Stadt übernimmt im Juli 2022 diesen Antrag des Integrationsrates.

Zielbild des Ausländeramtes

Der *Integrationsrat* diskutiert ausführlich und kritisch das im Aug. 2022 vorgelegte »Zielbild des Ausländeramtes«. Es entwickelt sich eine kontroverse Diskussion zum grundsätzlichen Selbstverständnis eines modernen Ausländeramtes.

Haushaltsplan 2023/24

Der *Integrationsrat* fordert folgende Positionen im Haushaltsplan 2023/24 zu berücksichtigen und entsprechende Finanzmittel vorzusehen: Erhöhung der Förderung Interkultureller Zentren, Förderung der Antirassismuserbeit, Einrichtung einer Koordinierungsstelle Gesundheit und Migration, Stärkung des Gesundheitszentrums für Migrant*innen, Einrichtung eines Netzwerkes »Städtische Mitarbeitende mit internationaler Familiengeschichte«, Einrichtung eines Mentoring-Programms für städtische Mitarbeitende mit internationaler Geschichte, Erstellung von Filmen über die unmittelbar vom Anschlag betroffenen Menschen in der Keupstraße und Unterstützung eines House of Resources Köln ab 2024.

»Willkommensbehörde« Ausländeramt

Aufgrund der Diskussionen im *Integrationsrat* über die Situation im Ausländeramt entscheidet der Rat, die Ausländerbehörde zur »Willkommensbehörde« umzugestalten und zur fachlichen Begleitung dieses Entwicklungsprozesses eine*n externe*n Dienstleister*in mit Expertise im Bereich der interkulturellen Öffnung zu beauftragen.

Es wird ein Gremium gebildet, das den gesamten Prozess begleiten soll. Der *Integrationsrat* ist Mitglied in diesem Gremium.

Kampagne »MEHRALLES«

Die öffentlichen Debatten zum Thema Migration sind regelmäßig hoch emotional. Der Integrationsrat möchte mit seiner Kampagne MEHRALLES einen wissenschaftsbasierten Beitrag dazu leisten.

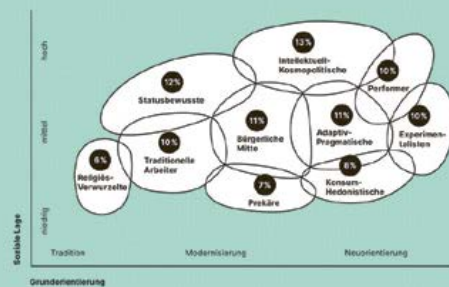
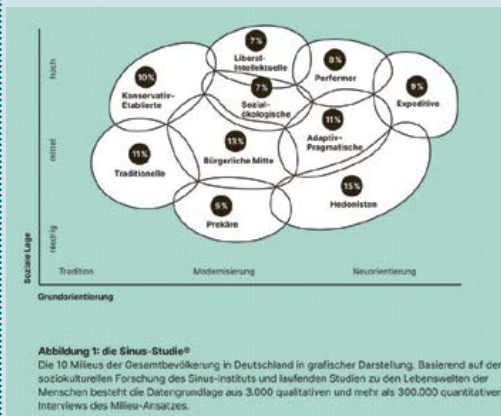
Zwei Kernaussagen hat die Kampagne MEHRALLES:

»Die Zugehörigkeit von Menschen zu Milieus ist prägender als deren ethnische Herkunft.«

und

»Die Intuition steht dem klaren Denken im Weg.« (Daniel Kahneman).

Ziel der Kampagne ist es, ein Bewusstsein für die Potenziale von Migrant*innen zu schaffen und dem Klischee entgegenzutreten, Migrant*innen gehörten vorrangig den problembehafteten Milieus an. Die Kampagne macht in diesem Zusammenhang den fatalen Mechanismus der unbewussten Voreingenommenheit bzw. die Stereotypisierungsfälle bewusst. Bereits 2011 hat der Integrationsrat in seiner Broschüre »100 % Köln – Kulturelle Vielfalt einer Stadt« die Ähnlichkeit der Milieus in der Bundesrepublik mit den Milieus von Menschen mit internationaler Familiengeschichte auf Grundlage der wissenschaftlichen Ergebnisse der Sinus-Milieustudie herausgestellt.



2018 veröffentlicht der *vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.* eine aktualisierte Studie »Migranten, Meinungen, Milieus« — Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Deutschland / Identität, Teilhabe und ihr Leben vor Ort«. Diese veranlasst den Integrationsrat 2022, mit MEHRALLES ein Update der Untersuchungsergebnisse und wissenschaftlichen Forschung in zeitgemäßer Form aufzulegen.

Mehr Neugier
Mehr Freiheit
Mehr Erfolg
Mehr Leistung
Mehr Optimismus
Mehr Gerechtigkeit
Mehr Multikulturalität
Mehr Kreativität
Mehr Selbstbestimmtheit
Mehr Karriere
Mehr Exklusivität
Mehr Spaß
Mehr Action
Mehr Coolness
Mehr Heimat
Mehr Direktheit
Mehr Problemfreiheit
Mehr Zielstrebigkeit
Mehr Weltoffenheit
Mehr Fitness
Mehr Arbeitsethos
Mehr Sparsamkeit
Mehr Zusammenhalt
Mehr Traditionen
Mehr Menschlichkeit
Mehr Familie
Mehr Sicherheit
Mehr Bodenständigkeit
Mehr Harmonie



Die Kampagne MEHRALLES besteht aus einem kurzen Erklärfilm, einem kompakten Info-Faltplakat und einer ausführlichen Website, die über den QR-Code (im Kasten) und auf der Website des Integrationsrates abrufbar sind.

2023

Erdbebenopfer in der Türkei und Syrien.

Ca. 100.000 Kölner*innen haben ein Bezug zur Türkei und zu Syrien und Angehörige in der Erdbebenregion. Der *Integrationsrat* bittet die Ausländerbehörde, Visa-Erleichterungen für die Erdbebenopfer aus der Türkei und Syrien konsequent umzusetzen und zu prüfen, ob ggf. hierfür kurzfristig Personal aufgestockt werden kann. Die NRW-Landesregierung und die zuständige Ministerin werden aufgerufen, die Globalzustimmung für den Familiennachzug nach dem Berliner Modell durchzuführen.

Der Integrationsrat verabschiedet eine Resolution und dankt den Kölner Katastrophenhelfer*innen für ihren sofortigen und gefährlichen

Einsatz im Erdbebengebiet. Die Kölner Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert, sich in Berlin bzgl. der Aufnahme von Familienangehörigen für Erleichterungen – wie damals bei den Geflüchteten aus der Ukraine erfolgt – einzusetzen. Die Kölner Bevölkerung wird dazu aufgerufen, die Opfer im Erdbebengebiet durch Spenden zu unterstützen.

Auch wird angeregt, eine Koordinationsstelle der Verwaltung »Erdbeben Türkei/Syrien« einzurichten bei der alle Informationen zum Thema gesammelt, gebündelt und zur Verfügung gestellt sowie evtl. weitere Bedarfe rechtzeitig erkannt und gemeldet werden.

Künftige Schwerpunkte: »Sichtbarmachung von Potenzialen – Chancengerechtigkeit – Integration«

Im Blickfeld

Der *Integrationsrat* legt folgende Bereiche als Schwerpunkte seiner künftigen politischen Arbeit fest:

a) Anerkennung und Nutzung des Wissens, der Ressourcen und Potenziale von Menschen mit internationaler Familiengeschichte und Überwindung der defizitorientierten Perspektive auf Migration. Ziel ist, dass Menschen mit internationaler Familiengeschichte als gleichwertiger Teil der Gesellschaft gesehen und gehört, mit ihrer Herkunftsidentität grundsätzlich anerkannt sowie ihre Potenziale als gesellschaftlicher Zugewinn wertgeschätzt werden. Hierdurch kann ein Beitrag zur Überwindung diskriminierenden und rassistischen Denkens geleistet werden.

b) Schaffung von Chancengerechtigkeit und gleichberechtigter Teilhabe für alle Menschen mit internationaler Familiengeschichte, durch Vermittlung und Sicherstellung eines gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugangs zu allen Bereichen des Regelsystems der Stadt und ihrer gesellschaftlichen Angebote.

c) Integration von neu zugewanderten Menschen mit internationaler Familiengeschichte in eine postmigrantische Gesellschaft, durch Unterstützung bei der gesellschaftlichen und kulturellen Orientierung sowie der sprachlichen Qualifikation.

Der *Integrationsrat* wird den Bereich »Anerkennung und Nutzung von Potenzialen« in besonderer Weise mit politischen Initiativen und den Bereich »Schaffung von Chancengerechtigkeit« weiterhin eng über die Facharbeitskreise begleiten.

Der *Integrationsrat* bittet die Fachverwaltung, d. h. das *Amt für Integration und Vielfalt*, künftig den Bereich »Anerkennung und Nutzung der Ressourcen und Potenziale« in besonderer Weise zu beachten und entsprechende Initiativen und Maßnahmen (auch finanziell) zu unterstützen sowie die Umsetzung in den Bereichen »Schaffung von Chancengerechtigkeit« und »Integration« weiter in allen Bereichen der Stadtverwaltung zu begleiten und zu unterstützen.

Der *Integrationsrat* bittet, diesen Beschluss des Integrationsrates den Ausschüssen Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Ausschuss für Kunst und Kultur, Ausschuss Schule und Weiterbildung, Ausschuss Soziales und Senioren, Gesundheitsausschuss sowie dem Jugendhilfeausschuss als Mitteilung zur Kenntnis zu geben.

Die neuen Schwerpunktsetzungen werden über die *Facharbeitskreise (FachAKs)* des *Integrationsrates* begleitet. Die seitens der Stadt finanzierten Maßnahmen sollen den Kategorien zugeordnet und ihre Weiterführung in Orientierung daran ggf. neu bewertet werden.



Veranstaltung »30 Jahre nach dem Brandanschlag in Solingen ... was müssen wir tun?«

Eine Veranstaltung des *Integrationsrates* im Mai 2023 zum Jahrestag des Brandanschlages in Solingen mit dem Film »Hört uns zu – Der Anschlag von Solingen!« von Mirza Odabaşı, einem Impulsreferat »Was war damals? Was hat sich verändert? Was ist wieder da?« von Anke Hoffstadt (Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus an der FH Düsseldorf) und einer Podiumsdiskussion zur Frage: »Was müssen wir tun?«.

Veranstaltung »19. Jahrestag des Anschlages des NSU in der Keupstraße: Die Perspektive der von den NSU-Anschlägen betroffenen Menschen«

Eine Veranstaltung des *Integrationsrates* im Juni 2023 zum Jahrestag des Nagelbombenanschlags mit weiteren Filmportraits der Opfer des Anschlages von Ulf Aminde und einem Ausschnitt aus dem Theaterstück »NSU-Monologe«, vorgetragen von Aydin Isik.

Netzwerk »Städtische Mitarbeitende mit internationaler Familiengeschichte«

Der *Integrationsrat* beantragt im Apr. 2023 die Einrichtung und Begleitung eines Netzwerkes »Städtische Mitarbeitende mit internationaler Familiengeschichte« zu prüfen und ein Konzept vorzulegen.

Das städtische Netzwerk wird im Frühjahr 2024 in Anwesenheit der Oberbürgermeisterin gegründet. (s. Seite 104 ►)

Novellierung des Staatsangehörigkeitsgesetzes

Der *Integrationsrat* verabschiedet eine Resolution zur Novellierung des Staatsangehörigkeitsgesetzes und fordert die Abgeordneten des Bundestages der Wahlkreise in Köln und alle demokratischen Bundestagsfraktionen auf, die Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes wie geplant umzusetzen. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Verkürzung der Dauer des rechtmäßigen Aufenthalts von 8 Jahren auf 5 Jahre, der Verkürzung der Dauer des rechtmäßigen Aufenthalts auf 3 Jahre bei »besonderen Integrationsleistungen«, dem Verzicht auf einen Einbürgerungstest und einen Sprachnachweis ab dem 67. Lebensjahr und der generellen Hinnahme von Mehrstaatlichkeit.



Veranstaltung zum 19. Jahrestag des NSU-Anschlages

Migrationsgesellschaftliche Öffnung des Kölner Gesundheitswesens

Im Rahmen einer Integrationsratssitzung findet im Mai 2023 ein Austausch mit dem Leiter des Gesundheitsamtes Herrn Dr. Nießen über die Bedarfe und Möglichkeiten einer migrationsgesellschaftlichen Sensibilisierung des städtischen Gesundheitswesens statt.

Das Thema wird in Folge über den entsprechenden Facharbeitskreis weiter begleitet. Vertreter*innen der Sozialpsychiatrischen Zentren vereinbaren mit den Interkulturellen Zentren eine bessere Zusammenarbeit.

Neue Schwerpunktsetzung der Arbeit im Integrationsrat: »Sichtbarmachung von Potentialen – Chancengerechtigkeit – Integration«

Im Integrationsrat werden die vorher in einer Klausurtagung erarbeiteten folgenden Schwerpunkte vorgestellt, diskutiert und im Aug. 2023 beschlossen:

- Anerkennung und Nutzung der Ressourcen und Potentiale von Menschen mit internationaler Familiengeschichte und Überwindung der defizitorientierten Perspektive auf Migration.

- Schaffung von Chancengerechtigkeit und gleichberechtigter Teilhabe für alle Menschen mit internationaler Familiengeschichte.
- Integration von neu zugewanderten Menschen mit internationaler Familiengeschichte und der postmigrantischen Gesellschaft – Integration verstanden als das Engagement der aufnehmenden und der ankommenden Communitys.

(s. Seite 102 ►)

Chancengerechtigkeit auf dem Wohnungsmarkt.

Der Integrationsrat bittet im Sept. 2023 die Verwaltung zu evaluieren, ob das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) insbesondere bei der Wohnungsvergabe der städtischen Wohnungsgesellschaften berücksichtigt wird, ein Kampagnenkonzept zum Abbau der Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt zu erarbeiten, zu prüfen wie die Kölner Antidiskriminierungsstellen in die Lage versetzt werden können, das Thema besser zu begleiten sowie die künftige Einrichtung einer Stelle analog der Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt zu prüfen.

Im Blickfeld

Netzwerk für städtische Mitarbeitende mit internationaler Familiengeschichte

Forderungen

Der Integrationsrat beantragt die Einrichtung und Begleitung eines Netzwerkes Städtische Mitarbeitende mit internationaler Familiengeschichte.

Hintergrund

Der Integrationsrat führt an, dass Networking für das berufliche Fortkommen unerlässlich ist und beantragt in Anlehnung an die in der Kölner Stadtverwaltung bereits bestehenden Frauennetzwerke (Stadt-Frauen für den höheren Dienst, KölnFrauen für den gehobenen Dienst) und »BuntWerk« als Netzwerk der LSBTI-Mitarbeitenden, die Gründung und Begleitung eines Netzwerkes für städtische Mitarbeitende mit internationaler Familiengeschichte. Dieser informelle Zusammenschluss soll eine Plattform für empowernde Treffen, Austausch und Vernetzung bieten.

Umsetzungsstand

Das Netzwerk für städtische Mitarbeitende mit internationaler Familiengeschichte wird 2024 in Anwesenheit der Oberbürgermeisterin, der Stadtdirektorin und des Vorsitzenden des Integrationsrates im Rathaus gegründet. Es wird organisatorisch von einer Mitarbeiterin des Kommunalen Integrationszentrums begleitet.

Denkmal zu den NSU-Anschlägen

Das von der Verwaltung vorgelegte Konzept »Kuratorium für ein Denkmal zu den Anschlägen der NSU in der Keupstraße und der Probsteigasse« wird vom *Integrationsrat* im Aug. 2023 befürwortet.

»Strategische Sozialplanung Köln«

Die von der Verwaltung im Nov. 2023 vorgelegte »Strategische Sozialplanung Köln – Herausforderungen und Ziele« wird, wie bereits bei der Vorlage zum »Kölner Lebenslagenbericht 2021«, erneut als eine zu undifferenzierte und wenig erläuternde Darstellung der Lebenswirklichkeit von Menschen mit internationaler Familiengeschichte kritisiert. (s. Seite 97 ►)

2024

Veranstaltung »Mehr als du siehst – Potenziale sichtbar machen: Neue Perspektiven für eine vielfältige Gesellschaft«

Eine Veranstaltung des *Integrationsrates* in Kooperation mit *Landesintegrationsrates*. (s. Seite 106 ►)

Aktion »Bunt gegen Braun« zum Jahrestag des Brandanschlages in Solingen

Der *Integrationsrat* unterstützt die öffentlichen Aktionen des *Landesintegrationsrates* anlässlich des Jahrestages des Brandanschlages in Solingen mit einer Flyerverteilung in der Fußgängerzone und der Teilnahme etlicher Mitglieder an einer zentralen Fahrradsternfahrt zu einer Kundgebung nach Solingen.



2022

■ Im Februar 2022 beginnt der Einmarsch russischer Streitkräfte in die Ukraine. In der Folge fliehen annähernd 1 Million Menschen aus der Ukraine nach Deutschland.

2023

■ Ein Erdbeben im Südosten der Türkei und im Nordwesten Syriens fordert ca. 50.000 Todesopfer und unzählige Verletzte.

■ Der *Landesintegrationsrat* führt landesweit Gedenkveranstaltungen zum 30. Jahrestag des Anschlages in Solingen durch. Am Jahrestag selbst organisiert er eine Radsternfahrt zur Gedenkstätte und eine Kranzniederlegung am Standort des abgebrannten Hauses.

2024

■ Im Januar 2024 veröffentlicht das Onlinemagazin *Correctiv Recherchen* zu einem Treffen rechtsextremer Kreise in Potsdam. Die dort diskutierten Pläne zur »Remigration« von Menschen mit internationaler Familiengeschichte lösen Massendemonstrationen aus.

■ Birlikte – Gedenken & Kulturfest findet am 9. Juni 2024 zum 20. Jahrestag des Anschlages und dem Tag der Europawahl mit starken Stimmen gewinnen der AfD statt. Es gibt ein umfangreiches – teilweise vom *Integrationsrat* organisiertes – Programm mit Lesungen, Ausstellungen, Aufführungen, Musikbeiträgen und Podiumsdiskussionen.

■ Im Juni 2024 ist das neue Staatsangehörigkeitsrecht in Kraft getreten. Dieses hebt das vorherige Verbot der Mehrstaatigkeit für alle deutschen Staatsbürger auf. Ihnen ist es also fortan gestattet, über zahlreiche Wege eine doppelte Staatsbürgerschaft in Deutschland oder im Ausland zu erlangen.

■ Der *Landesintegrationsrat* initiiert die Kampagne »Mehr als Du siehst!« und verfolgt damit das Ziel, Menschen mit internationaler Familiengeschichte als vielfältig und mit ihrem besonderen Potenzial für die Gesellschaft sichtbar zu machen. Die 30 Kampagnenveranstaltungen in Kooperation mit den kommunalen Integrationsräten im Jahr 2024 betonen die Chancen, die sich aus der Vielfalt für eine moderne Gesellschaft ergeben.

Diskriminierung in Gastronomiebetrieben

Der *Integrationsrat* bittet die Verwaltung im Febr. 2024 zu prüfen, welche kommunalen Möglichkeiten es gibt, gegen diskriminierendes Verhalten im Bereich des Zugangs zu Gastronomiebetrieben vorzugehen, und ob eine Zusatzserklärung bei der Erteilung einer Gaststättenerlaubnis hinzugefügt werden kann.

Einbürgerungsfeiern

Der *Integrationsrat* beauftragt im Febr. 2024 die Verwaltung, ein Konzept für festliche, öffentliche und stadtweite Einbürgerungsfeiern vorzulegen.

Förderung rassismuskritischer Projekte

Der *Integrationsrat* fordert die Verwaltung im Apr. 2024 auf, zu prüfen, welche Formate geeignet sind, um im Sinne einer besseren Transparenz die Mit-

glieder des *Integrationsrates* künftig angemessen an der Auswahl und Entscheidung der Finanzmittel an die antragstellenden Institutionen zu beteiligen.

Kürzungen von landesgeförderten Stellen und Projekten von Kölner Trägern

Der *Integrationsrat* fordert im Apr. 2024 die Landesregierung NRW aufgrund der angekündigten Einsparungen dazu auf, systemrelevante landesgeförderte Programme wie bspw. Integrationsagenturen, Servicestellen zur Antidiskriminierung, die Integrationspauschalen des Landes, die soziale Beratung von Geflüchteten, ausgewählte Organisationen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte usw. weiter auskömmlich zu finanzieren.

Im Blickfeld

Kampagne »Mehr als Du siehst!« – Potenziale sichtbar machen

Ziel

Mit dieser Kampagne sollen die Potenziale von Menschen mit internationaler Familiengeschichte in den Mittelpunkt der politischen Diskussion gerückt und ihre wichtige Rolle für unsere Gesellschaft sichtbar gemacht und genutzt werden.

Hintergrund

Menschen mit internationaler Familiengeschichte sind vielfältig und verfügen über besondere Potenziale. Die Kampagne »Mehr als Du siehst!« verfolgt das Ziel, diese Potenziale sichtbar und erfahrbar zu machen – sowohl für die Menschen mit internationaler Familiengeschichte selbst als auch für die breite Zivilgesellschaft. Besondere Stärken wie Mehrsprachigkeit, interkulturelle Kompetenz, kognitive Flexibilität und Resilienz werden hervorgehoben und als Bereicherung für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen präsentiert. Die Kampagne betont die Chancen, die sich aus der Vielfalt für eine moderne Gesellschaft ergeben, und ruft zu einer inklusiven Wahrnehmung auf.

Umsetzungsstand

NRW-weit sind vom *Landesintegrationsrat* in Kooperation mit den *kommunalen Integrationsräten* und weiteren Multiplikator*innen bis Ende Jan. 2025 über 30 Veranstaltungen durchgeführt worden. Die Veranstaltungen bieten in der Regel eine kabarettistische Heranführung an Thema (z. B. von Fatih Çevikkollu), einen Fachvortrag sowie eine anschließende Gesprächsrunde mit unterschiedlichen Gästen.



Schulen mit bilingualem Zweig

Der *Integrationsrat* bittet die Verwaltung im Apr. 2023, die Möglichkeiten des mehrsprachigen Lernens an den Schulen verbessert gegenüber den Eltern zu kommunizieren. Des Weiteren wird gebeten aufzuzeigen, wie das Förderangebot an Schulen mit bilingualen Zweig erhalten bzw. ausgebaut werden kann.

Gedenktafel Millionster sog. Gastarbeiter

Der *Integrationsrat* bittet die Verwaltung im Apr. 2023, anlässlich des bevorstehenden 60. Jahrestages der Ankunft des millionsten sog. »Gastarbeiters« am Köln-Deutzer Bahnhof, die bisher unauffällig platzierte und verschmutzte Gedenktafel zu reinigen und umzusetzen.

Haushalt 2024/25 – Unterstützungsstruktur für Geflüchtete in Köln

Der *Integrationsrat* fordert in einer Resolution im Apr. 2023 den Kölner Rat dazu auf, keine Kürzungen bei den städtischen Förderungen für die Beratung und Integration Geflüchteter vorzunehmen, den Erhalt und Ausbau der Infrastrukturen für geflüchtete Menschen zu sichern sowie kurzfristige Beschlussfassung über die Finanzierung zu »Mindeststandards zur Unterbringung und Betreuung«, der Verlängerung des Projektes »Anonymer Krankenschein«, dem »Auszugsmanagement«, der »Projekte zu Gewaltprävention

und integrativen Angeboten in den Heimen« und des Projektes »Bleibeperspektive in Köln« zu fassen.

Nach weiteren öffentlichen Protesten werden die geplanten Kürzungen vom Rat größtenteils zurückgenommen.

Interkulturelle Öffnung des Senior*innenbereichs

Der *Integrationsrat* beantragt im Nov. 2024 zum wiederholten Mal eine Verbesserung der interkulturellen Öffnung des Senior*innenbereichs und bittet die Verwaltung, das Beratungssystem künftig angemessen auf die Bedürfnisse dieser Personengruppe auszurichten.

2025

10.01.2025 – vor 40 Jahren fand die konstituierende Sitzung des Ausländerbeirates Köln statt.

In der Sitzung des *Integrationsrates* am 11.01.2025 würdigt Oberbürgermeisterin Henriette Reker das lange Engagement des Ausländerbeirates bzw. *Integrationsrates* und ehrt Tayfun Keltek für sein gleichfalls 40-jähriges Engagement in den beiden Kölner Gremien sowie auf Landesebene.

Für das Frühjahr 2025 ist ein Festakt zum 40-jährigen Bestehen geplant.



Eine persönliche Anmerkung zum Schluss

Mein Eindruck nach Abschluss der Arbeiten an der Dokumentation: Meine Güte – unglaublich viele Themen wurden in Anfragen, Anträgen, Resolutionen, Veranstaltungen etc. immer und immer wieder angesprochen. Und – wie deprimierend ist der sich kontinuierlich durchziehende immerwährende Kampf der Aktiven im Ausländerbeirat und Integrationsrat gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und die gesellschaftlichen Beharrungskräfte.

Natürlich habe ich mich bei der Erstellung der Dokumentation gefragt, inwieweit es angebracht ist, als weißer Mensch, über die politische Partizipation von Menschen mit internationaler Familiengeschichte in Köln zu schreiben und die Schwerpunktthemen ihrer Arbeit zu erläutern. Dies gerade auch deshalb, da ich während meiner Tätigkeit in der Geschäftsstelle des Integrationsrates habe erkennen müssen/dürfen, wie stark auch ich von unbewussten Vorurteilen und erlerntem rassistischem Denken geprägt bin und wie privilegiert ich persönlich lebe.

Gleichzeitig hatte ich aber die großartige Möglichkeit, über das Zuhören und die vielen nachsichtigen Antworten der Kolleg*innen im Integrationsrat und dem Kommunalen Integrationszentrum auf meine »ungelenken« Nachfragen, einen kleinen Eindruck zu bekommen, wie machtbewusst, ungerecht und oft mit zweierlei Maß messend Gesellschaft agiert. Ich bin sehr dankbar für das Vertrauen und die Möglichkeit, über viele große und kleine Alltagserzählungen von der Lebenswirklichkeit dieser Menschen und ihren Biografien erfahren zu haben. Darüber habe ich sehr hohen Respekt vor der persönlichen Lebensleistung und Resilienz jeder/jedes Einzelnen gewonnen.

Die oben angesprochene, offensichtlich nicht enden wollende Diskriminierung und der Rassismus, ausgehend von der weißen Mehrheitsgesellschaft, ist unerträglich. Ich denke, dass es unsere Verpflichtung als weiße Mitglieder dieser ausgrenzenden Mehrheitsgesellschaft ist, gemeinsam und als Verbündete der Menschen mit internationaler Familiengeschichte, dagegen Position zu beziehen.

In diesem Sinne habe ich mich über das Vertrauen gefreut, mit der Erstellung der jetzt vorliegenden Dokumentation beauftragt zu werden, in der dieser Einsatz für gleichberechtigte Teilhabe und Kampf gegen den Rassismus beschrieben werden soll.

Köln, März 2025

Andreas Vetter

Bildnachweis

© Stadt Köln/Maximilian König: Seite 6
 Alfred Koch / DOMiD-Archiv, Köln: Seite 19
 DOMiD-Archiv, Köln: Seiten 21, 26, 30, 37, 44, 48, 49, 71, 87
 Landesintegrationsrat NRW: Seiten 39, 86, 105, 106
 Privat: Seiten 47, 52, 58, 61, 63, 96, 98, 103
 Historisches Archiv der Stadt Köln: Seite 51
 Integrationsrat Köln: Seiten 58, 61, 65, 75, 78, 86, 93, 94, 101
 © Stadt Köln/Nikolai Stabus: Seite 67
 studio ulf aminde: Seiten 73, 96
 Quelle infratest dimap: Seite 76
 P.Y.P film & fernsehproduktions gmbh: Seite 84
 vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung: Seite 88
 Jasper Kettner / DOMiD-Archiv, Köln: Seite 90
 Facebook: Seite 87
 Mirza Odabaşı Screenshot aus Film »Hört uns zu«: Seite 103
 Constantin Ehrchen: Seite 107

Register

Im Blickfeld

- 24 Muttersprachlicher Ergänzungsunterricht
- 28 Doppelte Staatsbürgerschaft
- 30 Kommunales Wahlrecht
- 33 Brandanschlag in Solingen
- 41 Interkulturelle Zentren
- 42 Ausländerreferat bis Amt für Integration und Vielfalt
- 57 Verbund Europäischer Grundschulen
- 59 Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration (ZMI)
- 64 Ausländerstudie bis Interkulturelles Maßnahmenprogramm
- 66 Broschüre »Köln 100% – kulturelle Vielfalt einer Stadt«
- 72 Gedenken an die Terroranschläge des NSU in der Kölner Probsteigasse und der Keupstraße
- 75 Koordinierungsrunde und Facharbeitskreise (FachAK)
- 78 Integrationsbudget
- 81 Bebilderung bzw. Bildsprache städtischer Publikationen
- 83 Positionspapier »Identität stärken – natürliche Mehrsprachigkeit fördern!«
- 84 Bilinguale Gruppen in Kindertagesstätten
- 85 Benennung einer Straße nach Ali Kurt
- 87 Zentrales Migrationsmuseum in Deutschland am Standort Köln/Museum Selma
- 89 »Miteinander Köln. Preis für Demokratie und Vielfalt«
- 91 Ächtung des N*-Wortes
- 97 »Kölner Lebenslagenbericht« und »Strategische Sozialplanung Köln«
- 101 Kampagne »MEHRALLES«
- 102 Künftige Schwerpunkte: »Sichtbarmachung von Potenzialen – Chancengerechtigkeit – Integration«
- 104 Netzwerk für städtische Mitarbeitende mit internationaler Familiengeschichte
- 106 Kampagne »Mehr als Du siehst!« – Potenziale sichtbar machen

Wahlen Ausländerbeirat und Integrationsrat 1985-2025

- 22 Erster Kölner Ausländerbeirat 1985
- 27 Zweiter Kölner Ausländerbeirat 1989
- 38 Dritter Kölner Ausländerbeirat 1995
- 45 Vierter Kölner Ausländerbeirat 1999
- 54 Erster Kölner Integrationsrat 2004
- 62 Zweiter Kölner Integrationsrat 2010
- 74 Dritter Kölner Integrationsrat 2014
- 95 Vierter Kölner Integrationsrat 2020

Rechtsgrundlagen

Gemeindeordnung NRW § 27 Integration

(Stand März 2025)

- (1) In einer Gemeinde, in der mindestens 5 000 ausländische Einwohner ihre Hauptwohnung haben, ist ein Integrationsrat zu bilden.

In einer Gemeinde, in der mindestens 2 000 ausländische Einwohner ihre Hauptwohnung haben, ist ein Integrationsrat zu bilden, wenn mindestens 200 Wahlberechtigte gemäß Absatz 3 Satz 1 es beantragen. In anderen Gemeinden kann ein Integrationsrat gebildet werden.

Der Integrationsrat wird gebildet, indem die Mitglieder nach Absatz 2 Satz 1 gewählt werden und die vom Rat nach Absatz 2 Satz 4 bestellten Ratsmitglieder hinzutreten. Die Zahl der nach Absatz 2 Satz 1 zu wählenden Mitgliedern muss die Zahl der nach Absatz 2 Satz 4 zu bestellenden Ratsmitglieder übersteigen.

- (2) In allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl werden für die Dauer der Wahlperiode des Rates die Mitglieder nach Listen oder als Einzelbewerber gewählt. Für die Mitglieder nach Listen und die Einzelbewerber können Stellvertreter gewählt werden.

Die Wahl der Mitglieder findet am Tag der Kommunalwahl statt; in den Fällen des Absatz 1 Satz 2 und 3 ist auch eine spätere Wahl zulässig.

Für den Integrationsrat bestellt der Rat aus seiner Mitte die weiteren Mitglieder. Die Bestellung von Stellvertretern ist zulässig.

Nach Ablauf der Wahlperiode üben die bisherigen Mitglieder und Ratsmitglieder im Integrationsrat ihre Tätigkeit bis zum Zusammentritt eines neugewählten Integrationsrates weiter aus, es sei denn, der Rat hat nach Absatz 1 Satz 3 beschlossen, künftig keinen Integrationsrat zu bilden.

- (3) Wahlberechtigt ist, wer

1. nicht Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist,
2. eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt,
3. die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erhalten hat oder
4. die deutsche Staatsangehörigkeit nach § 4 Absatz 3 des Staatsangehörigkeitsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. August 2013 (BGBl. I S. 3458), erworben hat.

Darüber hinaus muss die Person am Wahltag

1. 16 Jahre alt sein,
2. sich seit mindestens einem Jahr im Bundesgebiet rechtmäßig aufhalten und
3. mindestens seit dem sechzehnten Tag vor der Wahl in der Gemeinde ihre Hauptwohnung haben.

Wahlberechtigte Personen nach Satz 1 Nummern 3 und 4 müssen sich bis zum zwölften Tag vor der Wahl in das Wählerverzeichnis eintragen lassen.

- (4) Nicht wahlberechtigt sind Ausländer

1. auf die das Aufenthaltsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 17. Juni 2013 (BGBl. I S. 1555), nach seinem § 1 Absatz 2 Nummer 2 oder 3 keine Anwendung findet oder
2. die Asylbewerber sind.

- (5) Wählbar sind mit Vollendung des 18. Lebensjahres alle wahlberechtigten Personen nach Absatz 3 Satz 1 sowie alle Bürger.
Darüber hinaus muss die Person am Wahltag
1. sich seit mindestens einem Jahr im Bundesgebiet rechtmäßig aufhalten und
 2. seit mindestens drei Monaten in der Gemeinde ihre Hauptwohnung haben.
- (6) Bei der Feststellung der Zahl der ausländischen Einwohner nach Absatz 1 lässt die Gemeinde die in Absatz 4 bezeichneten Ausländer sowie die Personen, die neben einer ausländischen auch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, außer Betracht.
- (7) Für die Rechtsstellung der nach Absatz 2 Satz 1 gewählten Mitglieder gelten die §§ 30, 31, 32 Absatz 2, 33, 43 Absatz 1, 44 und 45 mit Ausnahme des Absatzes 5 Nummer 1 entsprechend.
Der Integrationsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen oder mehrere Stellvertreter.
Der Integrationsrat regelt seine inneren Angelegenheiten durch eine Geschäftsordnung.
- (8) **Rat und Integrationsrat sollen sich über die Themen und Aufgaben der Integration in der Gemeinde abstimmen.**
Der Integrationsrat kann sich darüber hinaus mit allen Angelegenheiten der Gemeinde befassen.
Auf Antrag des Integrationsrates ist eine Anregung oder Stellungnahme des Integrationsrates dem Rat, einer Bezirksvertretung oder einem Ausschuss vorzulegen.
Der Vorsitzende des Integrationsrates oder ein anderes vom Integrationsrat benanntes Mitglied ist berechtigt, bei der Beratung dieser Angelegenheit an der Sitzung teilzunehmen; auf sein Verlangen ist ihm dazu das Wort zu erteilen.
- (9) Der Integrationsrat soll zu Fragen, die ihm vom Rat, einem Ausschuss, einer Bezirksvertretung oder vom Bürgermeister vorgelegt werden, Stellung nehmen.
- (10) **Dem Integrationsrat sind die zur Erledigung seiner Aufgaben erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.**
Der Rat kann nach Anhörung des Integrationsrates den Rahmen festlegen, innerhalb dessen der Integrationsrat über ihm vom Rat zugewiesene Haushaltsmittel entscheiden kann.
- (11) Für die Wahl zum Integrationsrat nach Absatz 2 Satz 1 gelten die §§ 2, 5 Absatz 1, §§ 9 bis 13, 24 bis 27, 30, 34 bis 46, 47 Satz 1 und § 48 des Kommunalwahlgesetzes entsprechend; § 29 Kommunalwahlgesetz gilt entsprechend, soweit die Gemeinden keine abweichenden Regelungen treffen. Das für Inneres zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung das Nähere über die Wahlvorschläge sowie weitere Einzelheiten über die Vorbereitung und Durchführung der Wahl sowie über die Wahlprüfung regeln.

Hauptsatzung der Stadt Köln § 22 Integrationsrat (§§ 27 i.V.m. 126 GO)

(Stand März 2025)

- (1) Der Integrationsrat der Stadt Köln besteht aus 33 Mitgliedern. Die Mitglieder werden vom Rat zu einem Drittel nach dem für die Ausschüsse geltenden Verfahren aus seiner Mitte bestellt, zu zwei Dritteln nach den Bestimmungen des § 27 Gemeindeordnung (GO) für die Dauer der Wahlzeit des Rates nach Listen oder als Einzelbewerberinnen/Einzelbewerber gewählt.
- (2) Nähere Einzelheiten über die Durchführung der Wahl regelt die Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates.
- (3) Die/der Vorsitzende und seine fünf Stellvertreterinnen/Stellvertreter werden von allen Mitgliedern aus der Mitte des Integrationsrates gewählt.
- (4) Für die Verwaltung nimmt die Oberbürgermeisterin / der Oberbürgermeister oder die / der zuständige Fachbeigeordnete und/ oder die Leitung des Amtes für Integration und Vielfalt an den Sitzungen des Integrationsrates teil.
Daneben können im Einzelfall Vertreterinnen / Vertreter der Arbeiterwohlfahrt, des Arbeitgeberverbandes, der Agentur für Arbeit Köln, des Caritasverbandes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, des Diakonischen Werkes, des Fördervereins Kölner Flüchtlingsrat e.V., der Seniorenvertretung der Stadt Köln und des Runden Tisches für Integration als Sachverständige zu den Beratungen hinzugezogen werden.
- (5) Die Geschäftsordnung des Rates gilt auch für den Integrationsrat. Es gelten die Befugnisse gemäß § 27 Abs. 8 und 9 der GO.
Der Integrationsrat regelt seine inneren Angelegenheiten sowie Abweichungen von der Geschäftsordnung des Rates durch eine eigene Geschäftsordnung. Diese ist vom Rat zu genehmigen.
- (6) **Der Integrationsrat kann sich mit allen Angelegenheiten der Gemeinde, insbesondere wenn sie die Interessen der Kölner Migrantinnen und Migranten als solche betreffen, befassen und Vorschläge und Anregungen machen.**
Der Integrationsrat ist in allen wichtigen Angelegenheiten, die die Interessen der Kölner Migrantinnen und Migranten als solche betreffen,
 - zu informieren und
 - vor der Beschlussfassung durch den Rat zu beteiligen.
- (7) Der Integrationsrat wirkt an den Beratungen über die Haushaltssatzung mit. Er berät über alle Haushaltsansätze, die seine Aufgaben betreffen und kann dazu Vorschläge und Anregungen machen.
Darüber hinaus weist der Rat dem Integrationsrat Mittel zu, über deren Verteilung der Integrationsrat nach einer vom Rat beschlossenen Richtlinie
 - zur Anerkennung und Förderung der Interkulturellen Zentren und
 - zur Förderung rassismuskritischer Projekte zur Stärkung von Demokratie und Akzeptanz entscheidet.

- (8) **Dem Integrationsrat werden zur Erfüllung seiner Aufgaben die notwendigen personellen und sachlichen Mittel bereitgestellt.** Gemäß § 27 Absatz 10 GO NRW Seite 16 von 23 werden dem Integrationsrat Mittel im städtischen Haushalt zugewiesen, die von der Geschäftsstelle verwaltet werden. Die Einzelheiten regelt ein Ratsbeschluss.
- (9) **Der Integrationsrat erhält die Möglichkeit einer eigenständigen Öffentlichkeitsarbeit.**
- (10) Der Integrationsrat kann dem Rat je ein Mitglied als sachkundige Einwohnerin/sachkundigen Einwohner gemäß § 58 Abs. 4 GO sowie ein Mitglied als stellvertretende sachkundige Einwohnerin/stellvertretenden sachkundigen Einwohner in die Fachausschüsse vorschlagen.
- (11) Der Integrationsrat wird bei der Besetzung der Stelle der Geschäftsführung des Integrationsrates, sowie bei der Besetzung der Leitung des Kommunalen Integrationszentrums der Stadt Köln frühzeitig informiert und hat die Möglichkeit, vor der Entscheidungsfindung eine Stellungnahme abzugeben.
- (12) **Darüber hinaus kann der Rat dem Integrationsrat weitere Kompetenzen in Angelegenheiten, die die Interessen der Migrantinnen und Migranten als solche berühren, zuweisen.**

76 % aller Migrant*innen finden es vorteilhaft in mehreren Kulturen zuhause zu sein. Warum auch nicht! Wieso sollte jemand nur Currywurst mögen, wenn Pizza, Falafel, Sushi und Döner auch lecker sind?

Die ethnische Vielfalt einer Gesellschaft ist ein Zeichen für eine gescheiterte Integration? – Im Gegenteil!

Wir müssen aufhören, uns als HALB von irgendetwas zu bezeichnen: Wir sind nicht halb deutsch und halb migrantisch – wir sind einfach wir selbst.

Der Lohn der Anpassung? Alle mögen mich, nur ich mich selbst nicht mehr.

Einfach mal umschauen und entdecken: DIE Migrant*innen gibt es nicht, DIE Deutschen auch nicht.

Für 42 % der Menschen mit internationaler Geschichte hat Religion eine große oder sehr große Bedeutung – dies trifft auch auf 39 % der Gesamtbevölkerung zu.

Alle Menschen einer Herkunft sind gleich – Schon klar, und alle Deutschen: gucken um 8 die Tagesschau, waschen jeden Samstag ihr Auto, machen immer Urlaub auf Malle und essen jeden Tag Sauerkraut?

Wir müssen Umgebungen schaffen, in denen sich Menschen auf gleicher Augenhöhe begegnen.

Soziale Probleme haben immer soziale Ursachen – Herkunft ist nicht das Problem.

Wissen Sie, in welchem Milieu Sie leben? Vielleicht sind es auch 2 oder 3? Milieus überschneiden sich nämlich. Jetzt MEHRALLES.DE

